

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Edgar Wolfrum

Geschichtspolitik in der Bundesrepublik  
Deutschland 1949–1989

Phasen und Kontroversen

Herfried Münkler

Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand  
als politischer Gründungsmythos der DDR

Lothar Steinbach

DDR-Historie zwischen Wissenschaftlichkeit  
und Politik

Anmerkungen zu unterschiedlichen Forschungsansätzen  
und kontroversen Bewertungen

B 45/98

30. Oktober 1998

Edgar Wolfrum, Dr. phil., geb. 1960; 1990 Promotion an der Universität Freiburg i. Br.; 1991–1994 Förderungsreferent für Geschichte bei der Volkswagen-Stiftung, Hannover; Hochschulassistent an der Freien Universität Berlin, Institut für Grundlagen der Politik.

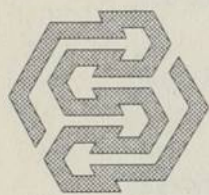
Veröffentlichungen u. a.: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991; Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur, 41 (1996); Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989), in: Geschichte und Gesellschaft, 24 (1998).

Herfried Münkler, Dr. phil., geb. 1951; Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz, Frankfurt/M. 1984; (Hrsg. zus. mit Iring Fetscher) Handbuch der politischen Ideen, 5 Bde., München 1985 ff.; Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken, Frankfurt/M. 1992; Reich – Nation – Europa. Modelle der politischen Ordnung, Weinheim 1996; (Hrsg.) Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Ein Lesebuch, München 1997<sup>2</sup>; (zus. mit Hans Grünberger und Kathrin Mayer) Nationenbildung. Die Nationalisierung Europas im Diskurs humanistischer Intellektueller, Berlin 1998.

Lothar Steinbach, Dr. phil., geb. 1937; Professor für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg; z. Z. Leiter eines biographiegeschichtlichen Forschungsprojektes zum Thema „Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein. Autobiographische Geschichtserfahrungen aus vierzig Jahren deutscher Teilung“.

Veröffentlichungen u. a.: Didaktik der Sozialgeschichte, Stuttgart 1976; Lebenslauf, Sozialisation und „erinnerte Geschichte“, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Frankfurt am Main 1980; Ein Volk, ein Reich, ein Glaube?, Bonn 1983 (Neuaufgabe 1995); Mannheim – Erinnerungen aus einem halben Jahrhundert. Sozialgeschichte einer Stadt in Lebensbildern, Stuttgart 1984; Autobiographische Geschichtserfahrung und Oral History, in: BIOS (1995) 1; Der Holocaust und die Erinnerung, in: Jörg Thierfelder (Hrsg.), Für ein neues Miteinander zwischen Christen und Juden, Weinheim 1996.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen.

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989

## Phasen und Kontroversen

### I. „Vaterland Bundesrepublik“? Ein beispielhafter Konflikt

Im August 1960 entbrannte in der Bundesrepublik eine öffentliche Kontroverse. Aus den Reihen der regierenden Christdemokraten gab es Bestrebungen, das angeblich mangelnde Nationalgefühl der Westdeutschen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Man sprach hier und in der Öffentlichkeit verstärkt davon, daß die Bundesrepublik das „wahre Vaterland“ sei und bestritt deren provisorischen Charakter. Der Streit eskalierte, als Thomas Dehler, der impulsive liberale Vizepräsident des Deutschen Bundestages, den konservativen Erneuerern in die Parade fuhr und mehrmals kategorisch vor der Presse erklärte: „Die Bundesrepublik, der Rheinbund-Staat, die erweiterte Rheinische Republik, sie ist nicht das deutsche Vaterland.“ Daraufhin drohten einige CDU-Minister gerichtliche Schritte gegen Dehler an, falls die Zurücknahme „einer der schwersten denkbaren Beschimpfungen unserer Bundesrepublik“ nicht unverzüglich erfolge<sup>1</sup>. Eine „Endlösung Bundesrepublik“ war auch für die Sozialdemokraten undenkbar<sup>2</sup>. Damit würde nicht nur der Auftrag des Grundgesetzes mißachtet, sondern auch der nationale Zusammenhalt des deutschen Volkes aufgekündigt und nicht zuletzt die Zwei-Staaten-Theorie der DDR unterstützt.

Die sozialdemokratischen und liberalen Kritiker des Vorstoßes aus der CDU argumentierten folgendermaßen: Allein in der Bundesrepublik lebe die deutsche Nation mit ihrer Geschichte weiter, während das SED-Regime die historische Kontinuität gesprengt und die Nation durch das Proleta-

riat und die Geschichte durch den historischen Materialismus ersetzt habe. Aus diesem Grunde existiere ein Paradoxon: Die Bundesrepublik sei nur in dem Maße mehr als ein Provisorium – nämlich die Nation selber –, in dem sie sich als provisorisch empfinde. Wenn die Bundesrepublik sich hingegen auf dem Status quo als Definitivum stabilisieren würde – worauf die CDU-Initiative hinauslief –, würde sie weniger sein, als sie tatsächlich war. Aus dieser paradoxen und komplizierten Situation zogen die Sozialdemokraten und die Liberalen einen einfachen Schluß: Unter keinen Umständen dürfe es ein bundesrepublikanisches Geschichtsbewußtsein in der Bevölkerung geben, sondern nur die Erinnerung an die gesamte deutsche Nation. Der Diskurs über ein „Vaterland Bundesrepublik“ war daher in ihren Augen äußerst gefährlich<sup>3</sup>.

Interessant und beispielhaft ist dieser Konflikt – der mit einem öffentlichen Sieg des Provisoriums-Diskurses der SPD und der FDP endete –, weil in ihm Geschichte zu einem Politikum wurde, es sich folglich um einen geschichtspolitischen Konflikt handelte. Denn der Kern der Auseinandersetzung war die Frage nach dem historischen Ort der Bundesrepublik, nach ihrem Selbstverständnis, nach den werthaftern und normativen Inhalten ihres Gedächtnisses. Es ging letztlich um zwei unterschiedliche Varianten kollektiver Identität.

Im folgenden soll zunächst erörtert werden, was unter Geschichtspolitik in einer Demokratie zu verstehen ist. Die anschließenden Abschnitte widmen sich sodann den wesentlichen Phasen bundesrepublikanischer Geschichtspolitik, wobei nach den Akteuren, ihren Intentionen, aber auch den gesellschaftlichen Wirkungen zu fragen sein wird<sup>4</sup>.

1 Der ganze Vorgang ist ausführlich geschildert im Schreiben von Franz-Josef Wuermeling, Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, an Erich Mende, vom 25. 1. 1961, Archiv des deutschen Liberalismus, Gummersbach, Bestand Mende, A/031-0040.

2 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. 8. 1960, Gegen „Endlösung Bundesrepublik“.

3 Vgl. Freie demokratische Korrespondenz vom 10. 8. 1960, Provisorium Bundesrepublik. Das Wort vom „wahren Vaterland“.

4 Hierzu kann an dieser Stelle nur auf die grundsätzlichen Tendenzen hingewiesen werden. Ausführlicher demnächst meine Habilitationsschrift: Der Weg zur bundesrepublikani-

## II. Was ist Geschichtspolitik?

Als Analysekategorie ist der Begriff „Geschichtspolitik“ wissenschaftlich noch nicht entfaltet und inhaltlich gefüllt worden. Er besitzt entweder einen eher diffamierenden Charakter in aktuellen historisch-politischen Kontroversen oder gerinnt zur bloßen Aufmacher-Floskel ohne Erkenntnisgewinn<sup>5</sup>. Verwendet wird der Begriff allenfalls, um die Rolle der Geschichtswissenschaft in einer Diktatur zu beschreiben; mit Blick auf pluralistische Gesellschaften wird er bisher äußerst negativ bewertet<sup>6</sup>. Geschichtspolitik als ein Forschungsthema, das die Auseinandersetzungen um Geschichte als politisches Ereignis in Demokratien untersucht und das Erkenntnisinteresse vor allem auf die Motive der politischen Akteure richtet, steht erst am Anfang<sup>7</sup>. Die Diskussion in Deutschland gruppiert sich bislang um zwei andere Forschungskonzepte: Geschichtsbewußtsein und Geschichtskultur.

*Geschichtsbewußtsein* ist als eine zentrale Kategorie eines neuen Ansatzes der Geschichtsdidaktik seit den späten siebziger Jahren ausgiebig diskutiert worden. In der „klassischen“ Definition von Karl Ernst Jeismann ist Geschichtsbewußtsein das Pragemuster aus dem Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive<sup>8</sup>. Das Geschichtsbewußtsein hat eine Orientierungsfunktion; mit ihm setzt sich eine Person, eine Gruppe, eine Gesellschaft in ein Verhältnis zu ihrer Vergangenheit und fundiert aufgrund bestimmter Erfahrungen ihr gegenwärtigen

schen Erinnerung. Geschichtspolitik und deutsche Frage in der Bundesrepublik Deutschland 1948/53–1990.

5 Z. B. Manfred Wilke, Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages, in: Deutschland Archiv, 30 (1997), S. 607–613. Im Text wird der Begriff nicht reflektiert.

6 Vgl. Jürgen Habermas, Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Warum ein „Demokratiepreis“ für Daniel Goldhagen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42 (1997), S. 408–416. Für Habermas „degeneriert“ Geschichtswissenschaft zur Geschichtspolitik, „sobald die Sicht des analysierenden Beobachters mit der Perspektive verschmilzt, die die Teilnehmer in Selbstverständigungsdiskursen einnehmen“ (S. 410).

7 Weiterführend v. a. Peter Steinbach, Erinnerung und Geschichtspolitik, in: Universitas, 50 (1995) 584, S. 181–194, und 585, S. 285–294.

8 Vgl. Karl Ernst Jeismann, Über den Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive, hrsg. und eingel. von Wolfgang Jacobmeyer und Erich Kosthorst, Paderborn u. a. 1985; Jörn Rüsen, Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden, Köln 1994.

ges Selbstverständnis. *Geschichtskultur* hingegen wird erst seit Beginn der neunziger Jahre theoretisch reflektiert, und zwar als Folge einer kulturwissenschaftlichen Öffnung der Gesellschafts- und Sozialgeschichte. Man kann in der Geschichtskultur die praktische Artikulation von Geschichtsbewußtsein im Leben einer Gesellschaft sehen bzw. den Gesamtbereich von Erinnerungsarbeit in einer Gesellschaft<sup>9</sup>. Geschichtskultur läßt sich in drei Dimensionen auffächern: in eine ästhetische, eine kognitive und eine politische.

Es ist nun auffällig, daß sich in bezug auf die umfassendere Kategorie Geschichtskultur in Deutschland gravierende Schief lagen herausgebildet haben: Die erste läßt sich als Dominanz der historiographiegeschichtlichen Perspektive bezeichnen. Die Forschungen dazu vermitteln den Eindruck, daß es sich bei geschichtskulturellen Auseinandersetzungen allein um disziplininterne Historikerdebatten handelt<sup>10</sup>. Ein Blick auf den „Umgang mit Geschichte“ etwa in den neuen Demokratien Ostmitteleuropas genügt jedoch, um zu erkennen, wie verengt diese Perspektive ist. Wenn Geschichte zu einem Medium der Konstruktion politischer und nationaler Identitäten wird, sind die Historiker keineswegs mehr unter sich. Der zweite spezifische Aspekt geschichtskultureller Forschungen in Deutschland hängt mit der doppelten Diktaturerfahrung des Nationalsozialismus und des SED-Regimes zusammen. Die Forschung tendiert – soweit sie sich überhaupt dem politischen Gebrauch der Geschichte zuwendet – dazu, lediglich den Komplex „Geschichte als Propaganda“ zu betonen<sup>11</sup>. Auch die dritte Schief lage ist unübersehbar, führt man sich die zahlreichen Beiträge über die „Historische Faszination“ – Museen, Theater, Tourismus, Werbung – vor Augen: Die ästhetische Dimension der Geschichtskultur hat hier ein überaus starkes Interesse gefunden<sup>12</sup>. Insgesamt sind somit bisher die politischen Aspekte fast völlig ausgeblendet worden.

9 Vgl. Jörn Rüsen, Geschichtskultur, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995), S. 513–521.

10 Statt vieler Einzelbeispiele vgl. den Literaturbericht von Christoph Cornelißen, Geschichtswissenschaft und Politik im Gleichschritt? Zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur, 42 (1997), S. 275–309.

11 Vgl. z. B. Hans-Ulrich Thamer, Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit, in: Geschichte und Gesellschaft, 24 (1998), S. 349–381; Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR, Berlin 1994.

12 Vgl. die Beiträge in: Klaus Fießmann/Heinrich Theodor Grütter/Jörn Rüsen (Hrsg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln u. a. 1994.

Daß jedoch Darstellung wie Interpretation von Vergangenheit immer auch hochgradig politisch umkämpft sind, daß also der wissenschaftliche Wahrheitsgehalt einer historischen Aussage selten allein deren öffentliche Wirkung bestimmt, dürfte unbestreitbar sein. In pluralistischen Gesellschaften wird ständig Geschichtspolitik betrieben, denn politische Eliten – als gewichtiger Teil der Deutungseliten – gestalten und definieren das für einen politischen Verband konstitutive Ensemble von grundlegenden Vorstellungen, Normen, Werten und Symbolen.

Geschichtspolitik ist daher, erstens, ein Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene politische Akteure die Vergangenheit mit bestimmten Interessen befrachten und in der Öffentlichkeit um Zustimmung ringen<sup>13</sup>. Dabei bestehen vielfältige Interdependenzen zwischen Politik, Publizistik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung. Moderne Demokratien werden durch Deutungszusammenhänge mobilisiert; Geschichte kann hier ein wichtiges Vehikel sein, um Zusammenhänge zwischen diffusen Gruppen zu schaffen, Auseinandersetzungen zu polarisieren, Skandale zu provozieren oder den politischen Gegner zu delegitimieren. Die Reichweite der politischen Präsentation von Geschichte ist viel größer als die historiographische – dafür verantwortlich sind u. a. ein privilegiertes Zugang zu den Medien sowie die zur Verfügung stehenden Informationsapparate der Parteien und verschiedener Institutionen<sup>14</sup>. In dieser Forschungsperspektive zur Geschichtspolitik ist nicht die Frage nach dem wissenschaftlichen Wahrheitsgehalt des vermittelten Geschichtsbildes entscheidend, sondern die Frage, wie, durch wen, mit welchen Mitteln, welcher Absicht und welcher Wirkung Erfahrungen mit der Vergangenheit thematisiert und politisch relevant werden.

Geschichtspolitik ist darüber hinaus, zweitens, eine politisch-pädagogische Aufgabe. Denn Geschichte ist bei einer gesellschaftlich-politischen Selbstverständigung immer präsent. Die ständige Arbeit an der Geschichte, vor allem der Zeitgeschichte, gehört zu den Aufgaben einer politischen Führung und bedarf – wie die politische Kultur – in pluralistisch verfaßten Gesellschaften der Pflege. Von

daher gesehen erscheint es äußerst verkürzt, Geschichtspolitik als Analyse-kategorie nur einseitig negativ zu werten. Viel sinnvoller ist ein offener Blick; denn aufklärerische, kritische Geschichtspolitik ist ebenso möglich wie legitimatorische und regressive.

Geschichtspolitik zeichnet sich, drittens, vor allem durch ein Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik aus. Zwischen diesen beiden Sphären bestehen zwar Wirkungszusammenhänge, aber Politik und Wissenschaft gehen unterschiedliche Wege. Mit dem Wissenschaftsanspruch von Geschichtsschreibung verbinden sich Vernunftpotentiale. Die Fachöffentlichkeit wacht über die Standards des Fachs. Nur was ihrer Kritik standhält, kann sich wissenschaftlich behaupten, und Wahrheitsansprüche werden an Wissenschaftlichkeit gebunden. Demokratische Machthaber hingegen sind potentielle Rechthaber; Politik arbeitet mit (notwendigen) Vereinfachungen und Verkürzungen.

Geschichtspolitik greift, viertens, viel weiter aus als „Vergangenheitsbewältigung“, die lediglich auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus abzielt<sup>15</sup>; sie läßt sich zudem sinnvoll von dem neuen Begriff „Vergangenheitspolitik“ abgrenzen. Dieser meint den Umgang mit dem institutionellen und dem personellen Erbe eines überwundenen (diktatorischen) Systems. Im Zentrum des Interesses von vergangenheitspolitischen Forschungen stehen nicht Diskurse über allgemeine Geschichtsbilder, nicht öffentlich symbolisches Handeln, sondern justitielle, legislative und exekutive Maßnahmen, die in einem relativ engen zeitlichen Rahmen getroffen werden<sup>16</sup>.

Bundesrepublikanische Geschichtspolitik fand, fünftens, vor dem Hintergrund einiger Besonderheiten statt, die ihr den charakteristischen Stempel aufdrückten. Dazu gehörte die kontrastive Bezugnahme auf den überwundenen Nationalsozialismus<sup>17</sup> genauso wie die ständige Abgrenzung ge-

15 „Vergangenheitsbewältigung“ meint nicht irgendeine Vergangenheit, sondern nur „die Zeit des Nationalsozialismus und den Umgang mit dessen katastrophalen Folgen durch die Deutschen in der Nachkriegszeit“. Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte*, München 1990, S. 180.

16 Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

17 Vgl. M. Rainer Lepsius, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“*, in: ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993, S. 229–245.

13 Mit Blick auf den Nationalsozialismus siehe auch Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München – Wien 1995.

14 Darauf hat in anderem Zusammenhang schon hingewiesen Hans-Peter Schwarz, *Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Herausforderung für die Forschung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/82, S. 3–16, hier S. 14.

genüber der „negativen Vergleichsgesellschaft“ DDR (M. Rainer Lepsius). Die Teilung Deutschlands und die systemische Rivalität der beiden deutschen Staaten führte in bestimmten Bereichen zu einer „geteilten Vergangenheit“, was vor allem hinsichtlich des Widerstands gegen Hitler deutlich wird<sup>18</sup>. Außerdem brachte die Einbindung in die jeweiligen Blöcke neue Erfahrungen, Geschichtsbilder und Erinnerungen hervor; sie ließ bestimmte Elemente der historischen Identität verblassen, dagegen gewannen andere an Farbe<sup>19</sup>. Diese Überlegungen müssen hier genügen; betrachten wir nun einzelne Phasen und Kontroversen der bundesdeutschen Geschichtspolitik.

### III. „Geschichtslose Zeit“ und Gründungsmythen der Bundesrepublik 1948–1953

Es ist immer eine eminent politische Frage, welche historischen Bezugsereignisse für eine gesellschaftlich-politische Selbstverständigung gewählt werden. Aber gerade in der formativen Phase der Bundesrepublik spitzte sich dieses Problem zu, weil die Traditionsbestände nicht unerschütterlich vorgegeben waren, sondern allesamt neu erstritten werden mußten – infolge der Verbrechen- und Kriegspolitik des „Dritten Reiches“, durch totale Niederlage und bedingungslose Kapitulation, durch Besatzungszeit, Souveränitätsverlust und durch die doppelte Staatsgründung. Die liberale Demokratie westlicher Prägung war der normative Maßstab für das Grundgesetz und die Verfassungsorgane der Bundesrepublik. In der „Kernstaat-These“ mit erhoffter Magnetwirkung auf Ostdeutschland und dem Alleinvertretungsanspruch, der 1955 als Hallstein-Doktrin offiziell formuliert werden sollte, fand der Gründungsmythos des neuen Staates seinen Ausdruck. Dieser antizipierte die politische Sinnggebung in der Form des Postulats der Wiedervereinigung „in Frieden und Freiheit“<sup>20</sup>. Damit war der neue Staat in gewisser Weise auf eine Funktion festgelegt, die dem

19. Jahrhundert entstammte – nämlich die nationale Einheit zu vollenden.

Gesellschaftlich betrachtet, kennzeichnete die frühe Bundesrepublik eine prekäre Desorientierung. Die Gesellschaft befand sich im Umbruch, soziale Wandlungsprozesse hatten sich beschleunigt, auf der individuellen Ebene konnte man einen Rückzug ins Private feststellen<sup>21</sup>. Die (West-) Deutschen waren nach der Zerstörung des „Dritten Reiches“, das sich in seiner Hybris als Voller der der deutschen Geschichte verstanden hatte<sup>22</sup>, zutiefst verunsichert. Als Zeitdiagnose dominierte in der professionellen Geschichtswissenschaft die Metapher von der „geschichtslosen Zeit“ und der Sinnlosigkeit deutscher Geschichte<sup>23</sup>. Im Bereich der Politik herrschte Ratlosigkeit; der erste Bundespräsident Theodor Heuss fragte bange, wo die „ein Volk miternährende Kraft der Geschichte“ gefunden werden könne<sup>24</sup>. Waren nicht so gut wie alle deutschen Traditionen hinfällig oder mißbraucht worden? Zeugte die „deutsche Katastrophe“ nicht von einem einzigartigen verhängnisvollen historischen Irrweg?

Die ersten zögerlichen Versuche, das Gründungsgeschehen des neuen Gemeinwesens Bundesrepublik den aus dem Nationalsozialismus gekommenen Bürgern geschichtspolitisch begreifbar zu machen, waren bezeichnenderweise Fehlschläge. An der Arbeit des Parlamentarischen Rates nahm die Öffentlichkeit keinen Anteil. Die Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 prägte sich im Bewußtsein der Menschen weniger stark ein als die Währungsreform von 1948. Von frühen Überlegungen, den 8. Mai als historisch-politischen Gedenktag – als Gedächtnisort<sup>25</sup> – zu etablieren, wurde rasch Abstand genommen, weil die DDR ihn als „Tag der Befreiung“ und gegen die Bundes-

21 Siehe dazu die Beiträge in Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988.

22 Vgl. Frank-Lothar Kröll, *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich*, Paderborn u.a. 1998.

23 Vgl. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993.

24 Rede des Bundespräsidenten Theodor Heuss anlässlich der Hundert-Jahr-Feier des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, 22. 8. 1952, zit. nach: Christoph Stölzl (Hrsg.), *Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven*, Frankfurt a. M. – Berlin 1988, S. 26.

25 Das Konzept geht zurück auf Pierre Nora (Hrsg.), *Les lieux de mémoire*, 7 Bde., Paris 1984–1992. Eine gute und knappe deutsche Einführung: ders., *Das Abenteuer der Lieux de mémoire*, in: Etienne François/Hannes Siegrist/Jakob Vogel (Hrsg.), *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 83–92.

18 Vgl. Jürgen Danyel (Hrsg.), *Geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995; Jeffrey Herf, *Devided Memory. The Nazi-Past in the two Germanys*, Cambridge/Mass. – London 1997.

19 Siehe dazu Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a. M. – New York 1997.

20 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, Darmstadt 1988, S. 22.

republik gerichtet inszenierte. Die Erinnerung an den 20. Juli 1944 war ebenfalls alles andere als populär; den Hitler-Attentätern haftete in der breiten Masse der Bevölkerung noch lange das Stigma von „Landesverrätern“ an<sup>26</sup>. So war es ein Ausdruck großer Verlegenheit, daß der 7. September als „Nationaler Gedenktag des deutschen Volkes“ ausgerufen wurde – der Tag, an dem sich Bundestag und Bundesrat 1949 konstituiert hatten. Diesem Symbol fehlte nämlich, wie es Heuss treffend ausdrückte, der „dramatische Geschichtsakzent“<sup>27</sup>. Die Wiedereinführung des Volkstrauertages 1951/52 hingegen erwies sich als äußerst zwiespältig, denn dieses wichtige Symbolfeld nährte künftig die Legende vom „normalen Krieg“ der Wehrmacht. Den ehemaligen Soldaten wurde so die Möglichkeit erhalten, in ihrem oft opferreichen Einsatz einen Sinn zu erkennen – auf Kosten der historischen Wahrheit<sup>28</sup>.

Politisch vorangetrieben wurde der Aufbau von historischen Forschungseinrichtungen, von denen zwei besonders bedeutsam waren: das Münchner Institut für Zeitgeschichte sowie die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn. Die erste Einrichtung sollte vorrangig den Nationalsozialismus erforschen. Sie trug nicht nur zur „Geburt der westdeutschen Zeitgeschichte aus dem Geist der Vergangenheitsbewältigung“ bei<sup>29</sup>, sondern unterstrich die Grundlage des neuen Selbstverständnisses: die kontrastive Absetzung vom „Dritten Reich“. Die zweite Institutsgründung hatte ihren Ursprung bereits in Überlegungen, die zur Jahrhundertfeier des Paulskirchenparlaments 1948 von Politikern und Wissenschaftlern angestellt worden waren. Sie forderten, daß die deutsche Parlaments- und Parteiengeschichte intensiv und öffentlichkeitswirksam gepflegt werden müsse, um das seit dem Scheitern der 48er Revolution in Deutschland gestörte Verhältnis zwischen Bürger und Parlament zu über-

26 Vgl. Peter Steinbach, „Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft“. Die Deutschen und der Widerstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/94, S. 3–14; Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994.

27 Neue Zeitung vom 6. 7. 1953, Der Tag der deutschen Einheit.

28 Vgl. N. Frei (Anm. 16), S. 30 und S. 133 ff.

29 Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 14. Weiterführende Literatur zur Errichtung des Instituts für Zeitgeschichte bei Udo Wengst, Geschichtswissenschaft und „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland nach 1945 und nach 1989/90, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995), S. 189–205, hier S. 193 f.

winden<sup>30</sup>. Verfassungsstaat und Parlamentarismus – dies sollten die beiden Pfeiler der Brücke sein, die die Bundesrepublik mit der Paulskirche verband. Aus diesem positiven historischen Bezugspunkt sollten gegenwärtige Normen und Werte geschöpft werden.

---

#### IV. Die symbolische Konstruktion gesamtnationaler Identität bis zum Mauerbau 1961

---

Neben diesem normativen Basiskonsens existierten während der gesamten fünfziger Jahre aber auch erhebliche gründungsmythische Dissonanzen über Sinn und Zweck der Bundesrepublik, deren Ausläufer bereits im einleitenden Beispiel deutlich wurden: War dieser Staat, wie es den Vorstellungen von SPD und FDP entsprach, auf dem „Rückweg“ zur nationalen Wiedervereinigung, oder war er auf dem neuen Weg in ein supranationales Europa, so die Option des überzeugten Antinationalisten Konrad Adenauer und seiner Anhänger? Seit den Stalin-Noten vom März 1952 und dem 17. Juni 1953 ist darum gestritten worden, ob in dieser Zeit die letzte Chance zur Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates vor 1989/90 vergeben worden sei<sup>31</sup>. Der Aufstand in der DDR wurde zum nachgerade alles überwölbenden geschichtspolitischen Schlüsselereignis<sup>32</sup>, dessen Darstellung, Analyse und Deutung die bundesdeutsche Geschichtskultur bis Mitte der sechziger Jahre prägte.

Mit dem „Tag der deutschen Einheit“ erhielt die Bundesrepublik unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 auf Initiative und Druck der oppositionellen Sozialdemokraten einen nationalstaatlichen Gedächtnisort. Zu einem Zeitpunkt, als die Westintegration verbindliche Formen annahm und sich die Republik infolge dieser Weichenstellungen vom Provisoriumsvorbehalt entfernte, fand somit paradoxerweise ein Rekurs auf die Gesamtnation statt. Die Sozialdemokraten wollten sich den Primat einer aktiven Wiedervereinigungspolitik symbolisch verbrieft lassen. Aber der Aufstand in der

30 Vgl. W. Schulze (Anm. 23), S. 252 ff.

31 Die Kontroverse ist heute noch nicht zu Ende, und die Literatur wächst beständig. Hier nur die Antipoden: Gerhard Wettig, Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem, in: Deutschland Archiv, 25 (1992), S. 157–167; Rolf Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945, Bd. 2, 1948–1955, Frankfurt a. M. 1996, S. 198 ff.

32 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989), in: Geschichte und Gesellschaft, 24 (1998), S. 382–411.

DDR bescherte nicht ihnen oder Gustav Heinemanns Wiedervereinigungspartei GVP, sondern Konrad Adenauer bei der Bundestagswahl im September 1953 einen hohen Wahlsieg. Pointiert gesagt, war somit die ostdeutsche Erhebung nichts Geringeres als der eigentliche Gründungsakt der Bundesrepublik – und durfte es zugleich nicht sein. Im sozialdemokratischen Geschichtsbild bedeutete der 17. Juni einen Arbeiteraufstand für die Einheit der Nation sowie eine Art sozialdemokratische Doppelrevolution gegen die SED-Diktatur im Osten und die „kleinstdeutsche“, „klerikal-restaurative“ Kanzlerdemokratie im Westen. Während die Liberalen den 17. Juni als Fortführung der freiheitlich-nationalen Volkskämpfe seit den Befreiungskriegen 1806–1813, vor allem aber seit der Revolution von 1848 deuteten, unterstellte ihn Konrad Adenauer – unter Protest des gesamtdeutschen Flügels der Union um Jakob Kaiser – seinen außenpolitischen Leitlinien.

Im Schutz des 17. Juni, den er zum Aufstand für die Westbindung erklärte, trieb der Kanzler die supranationale Integrationspolitik voran. Hier ließ sich eine klare Entscheidungssituation definieren: Bewahrung und Weiterentwicklung der freiheitlich-demokratischen Ordnung an der Seite der Europäer und der Amerikaner als Königsweg eines neuen, aus der Geschichte Lehren ziehenden Deutschlands; oder die Rückkehr zum deutschen Sonderweg und zur verhängnisvollen Schaukelpolitik zwischen Ost und West durch ein Eingehen auf die Neutralitätsofferten der Sowjetunion, die gerade gezeigt hatte, was von ihr zu halten war.

Wenngleich die antikommunistisch unterfütterte, supranationale Politik des Kanzlers durch ein eindrucksvolles Wählervotum sanktioniert wurde, so prägte sich doch bis Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik am „Tag der deutschen Einheit“ ein geschichtspolitischer Kult um den deutschen Nationalstaat aus<sup>33</sup>. Dessen Träger waren Adenauers deutschlandpolitische Gegner – neben kleineren Gruppen vor allem die SPD, die FDP, die Gewerkschaften, die Vertriebenenverbände, aber auch der Kaiser-Flügel der CDU. Im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ fand dieser Kult eine bedeutsame institutionelle Stütze. Ziel war es, mit Hilfe einer symbolischen Politik die Erinnerung an den gesamtdeutschen Nationalstaat in den Grenzen von 1937 aufrechtzuerhalten, eine Politik „gegen die Verwestlichung der Bundesrepublik“

33 Ausführlicher dazu Edgar Wolfrum, Der Kult um den verlorenen Nationalstaat in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der 60er Jahre, in: Historische Anthropologie, 5 (1997), S. 83–114.

zu treiben und alles zu tun, was half, sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik „abzuschaffen“<sup>34</sup>. In einer stark parteipolitisch geprägten Festkultur versuchte man, gesamtdeutsche Identität rituell zu konstruieren, etwa durch Feuer-Inszenierungen von der Insel Helgoland bis zur Zugspitze, mit Stafettenläufen der Jugend an die „Zonengrenze“ und anderen Massenveranstaltungen, an denen sich jährlich mehrere Millionen Menschen beteiligten, bis der Kult wenige Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer – als die Wiedervereinigungsidee in eine tiefe Krise geriet – fast vollständig zusammenbrach.

Jenseits der parteipolitischen Konfrontation bot der „17. Juni“ die Chance, die Nation als Wert wieder emotional darstellbar zu machen und von ihr zu reden, ohne vom Nationalsozialismus sprechen zu müssen. Er galt, viel stärker als der gesellschaftlich noch kaum akzeptierte 20. Juli 1944, als eine „Rehabilitierung“ der deutschen Nation vor den Augen der Welt. So konservierte dieses Schlüsselereignis nicht nur einen auf den Nationalstaat fixierten Historismus auf seiten der Geschichtswissenschaft, sondern der Aufstand gegen die SED-Herrschaft wurde im geschichtspolitischen Diskurs parteiübergreifend gleichsam als Beweis für die antitotalitäre Gesinnung der Deutschen und „der bewältigten Vergangenheit in unserem Volk“ herausgestrichen<sup>35</sup>. Das „Dritte Reich“ klammerte man aus der historischen Kontinuität aus, die Sicht vom „Betriebsunfall“ und die „Outlaw-Theorie“ bestimmten das reduktionistische NS-Bild in der Öffentlichkeit<sup>36</sup>. Den Deutschen bescheinigten ihre Politiker von rechts bis links, daß sie im „Dritten Reich“ Opfer, nicht Täter waren und nun auch noch das „Unrecht“ der Teilung erleiden mußten, für das man allein die Sowjetunion verantwortlich machte. Die ständigen, aus den Ostblockländern kommenden Diffamierungen der Bundesrepublik als „revanchistisch“ verstärkten diesen Trend noch. Die Totalitarismustheorie erhielt im Klima des Kalten Krieges eine immer stärkere Prägung durch das Bild der Sowjetunion und der DDR. Dies hatte

34 So der Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Wilhelm Wolfgang Schütz; zit. nach Leo Kreuz, Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung, Opladen 1980, S. 59 und 148.

35 Rainer Barzel in der Zeitschrift „Unteilbares Deutschland“, Juni 1964.

36 Vgl. Bernd Faulenbach, NS-Interpretation und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/87, S. 21 ff.; Ulrich von Hehl, Kampf um die Deutung. Der Nationalsozialismus zwischen „Vergangenheitsbewältigung“, Historisierungspostulat und neuer Unbefangenheit, in: Historisches Jahrbuch, 117/II (1997), S. 412 ff.



zur Folge, daß der Nationalsozialismus als deutsche Form einer europäischen Erscheinung des Einparteienstaats interpretiert und die Frage nach den historischen deutschen Sonderentwicklungen in den Hintergrund gedrängt werden konnte, was nicht zuletzt auch in den „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“ greifbar wurde, die die Kultusminister der Länder 1962 – ohne daß es kontroverse Diskussionen gegeben hätte – als verbindlich für den Schulunterricht verabschiedeten<sup>37</sup>.

## V. Der Paradigmenwechsel seit Mitte der sechziger Jahre

Dieses geschichtspolitische Gebäude hatte immer schon Risse gezeigt, doch erst Mitte der sechziger Jahre stürzte es ein. Ausschlaggebend dafür waren mehrere, sich überschneidende Entwicklungen: Die Veränderungen der internationalen Lage durch eine zuerst noch zaghafte Entspannungspolitik spielte eine Rolle, ebenso die neuen deutschlandpolitischen Konzepte der Parteien nach dem Mauerbau, die zu einer Neufokussierung der deutschen Frage führten<sup>38</sup>. Wichtig wurde indes vor allem, daß im deutschen Geschichtsbild tiefgreifende Revisionen einsetzten und zudem die nationalsozialistische Vergangenheit die Deutschen einholte.

Bereits 1960 hatte der Philosoph Karl Jaspers einen medienwirksamen Skandal vom Zaun gebrochen, der die Republik erschütterte. Jaspers machte allein die Deutschen für die Teilung ihres Landes verantwortlich und bezeichnete sie sogar als gerechte Strafe für die Heraufführung der Weltkatastrophe. Ihm zufolge war der deutsche Nationalstaat Bismarckscher Prägung an den Deutschen selbst – und zwar unwiederbringlich – gescheitert. Wer selber jedes Recht vernichtet hatte, dem stand es Jaspers zufolge nicht zu, aus der Vergangenheit noch irgendwelche Rechtsansprüche abzuleiten. Eine Wiedervereinigung zu fordern hielt er nicht nur für unreal im politischen Sinne, sondern aus moralisch-ethischen Gründen auch für ungebührlich. Nach Jaspers durfte es nur darum gehen, für die Ostdeutschen die Freiheit zu

fordern, nicht aber nach einem gesamtdeutschen Staat zu streben. Der öffentliche Aufschrei war groß; der Philosoph wurde des Verrats der Nation bezichtigt<sup>39</sup>. Wie niemals zuvor seit der Entstehung der Bundesrepublik stand trotzdem der Nationalstaat der Deutschen von 1871 bis 1945 in der Schußlinie der Kritik. Doch erst die Fischer-Kontroverse zwischen 1961 und 1965 über die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg gab den philosophischen Höhenflügen die wissenschaftliche Substanz. Vor allem aber barg sie erhebliche politische Implikationen, die der Historiker gar nicht beabsichtigt hatte: Sie war der Türöffner für eine neue Sonderwegsthese von links und verband sich mit neuen sozialliberalen Axiomen in der Innen- und Außenpolitik.

Fischers These einer aktiven, von einer Interessenkontinuität konservativer Gesellschaftsschichten getragenen Hegemonialpolitik vor und nach dem Ersten Weltkrieg brach in radikaler Weise mit dem bestehenden Geschichtskonsens, der den deutschen Selbstbehauptungscharakter der Politik 1914/18 betont hatte und damit einen dicken Trennungsstrich zwischen dem „guten“ Kaiserreich und dem „schlechten“ Dritten Reich, zwischen einem „maßvollen“ Nationalismus vor 1933 und einem „pervertierten“ danach ziehen konnte<sup>40</sup>. Das Bewußtsein von der relativen oder gar absoluten Unschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg spielte im (west-)deutschen Nationalbewußtsein eine zentrale Rolle. Daß beide Katastrophen des 20. Jahrhunderts Glieder ein und derselben Kette von Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte darstellen könnten, schien im Westen Deutschlands aus geschichtspolitischen Motiven heraus undenkbar – denn diese Sicht entsprach dem kommunistischen Geschichtsbild des SED-Regimes.

Dementsprechend massiv fiel die politische Reaktion auf Fischers Thesen aus. Über den Deutschlandfunk versicherte der neue Bundeskanzler Ludwig Erhard den Bürgern im August 1964, daß 1914 bei keiner Regierung ein bewußter Wille zum Krieg zu finden gewesen sei<sup>41</sup>. Nicht nur mit verbalen Mitteln und ihren zur Verfügung stehenden Informationsapparaten focht die Regierung gegen Fischers „Alleinschuld-These“ an. Aber die langfristige Wirkung der Kontroverse konnte sie nicht mehr rückgängig machen: Begleitet von einem

37 Abgedruckt bei Karl Borchering, Wege und Ziele der politischen Bildung in Deutschland. Eine Materialsammlung zur Entwicklung der politischen Bildung in den Schulen 1871–1965, München 1965, S. 99 ff.

38 Dies kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Vgl. Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1995, S. 79 ff.

39 Vgl. z. B. Die Zeit vom 19. 8. 1960, Der Streit um Jaspers.

40 Zum Gesamtkomplex: Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984.

41 Vgl. Die Welt vom 12. 8. 1964, Erhard zum Kriegsausbruch.

Generationswechsel in Wissenschaft und Politik wurde das bisherige nationalapologetische Geschichtsbild einer grundsätzlichen Revision unterzogen. Die „deutsche Frage“, so Ralf Dahrendorf 1965 programmatisch, „ist die Frage nach den Hemmnissen der liberalen Demokratie“<sup>42</sup>. Somit bildete sich eine neue Sicht vom Sonderweg aus, die nicht mehr – wie die konservative – am gesellschaftlichen Status quo orientiert war, sondern auf den Prozeß einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft zielte. Diese neue Vorstellung vom deutschen Sonderweg bzw. vom Ende des alten deutschen Sonderwegs im Jahre 1945 beinhaltete eine wichtige Funktion: Sie förderte – in längerer Perspektive gesehen – die republikanische und demokratische (Neu-)Begründung der Bundesrepublik und damit erstmals einen von „links“ ausgehenden Prozeß der Selbstanerkennung dieses Staates.

Darüber hinaus konfrontierten die parlamentarischen Debatten über eine Verjährung von NS-Verbrechen, die 1961 begannen und 1965, 1969 sowie 1979 fortgeführt wurden, ferner die spektakulären NS-Prozesse zwischen 1961 und 1966 – besonders der Eichmann-Prozeß in Jerusalem –, die bundesdeutsche Öffentlichkeit erstmals umfassend mit den Verbrechen des „Dritten Reiches“. Der bisherige politische Opfer-Diskurs wurde immer stärker von einem Täter-Diskurs abgelöst. Deutsche als Täter, nicht bloß als Opfer im „Dritten Reich“ – auch dies veränderte das historisch-politische Koordinatensystem der Bundesrepublik Deutschland<sup>43</sup>.

Schließlich verlangten Politiker und Publizisten gleich welcher Couleur seit Mitte der sechziger Jahre die Pflege eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins. Auch die Sozialdemokraten hatten mittlerweile die Westbindung als Staatsraison der Bundesrepublik anerkannt. Erich Ollenhauer bezeichnete es als eines der wichtigsten politischen Nahziele, „daß sich die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland mit unserem sozialen Rechtsstaat, mit unserer Demokratie identifizieren“<sup>44</sup>. Hinter diesen Überlegungen von links und von rechts stand der Gedanke, daß der Westen dem Historischen Materialismus des Ostens eigene Grundüberzeugungen entgegenstellen und den

grassierenden, einer Fortschrittseuphorie geschuldeten Geschichtsverlust überwinden müsse. Die politische Bildung in der Bundesrepublik erfuhr nun eine erhebliche Ausweitung. Der Geschichtsunterricht an den Schulen sollte nach dem Willen der Kultusminister als politische Bildungsaufgabe in der Demokratie begriffen werden<sup>45</sup>.

Dieses geschichtspolitische Konzept war ursprünglich als eine Art „ideelle Magnettheorie“ gegenüber dem Osten gedacht, es entfaltete aber eine erhebliche Eigendynamik in Richtung auf ein teilstaatsbezogenes Geschichtsbewußtsein. Denn mittlerweile gewann die „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik zunehmend an Eigengewicht und bestimmte den Wahrnehmungs- und Erfahrungshorizont der Bürger. Die Wiederaufbauleistungen bekamen eine immer stärkere Prägekraft als der Provisoriumsvorbehalt, und die Republik verfügte über populäre Gründungsmythen, wie das Wirtschaftswunder, die D-Mark, die soziale Sicherheit, die Westintegration, die Wiederbewaffnung und die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Der Stolz der Bürger auf die „Nation“ bezog sich immer mehr auf Leistungen und Merkmale des politischen Gemeinwesens Bundesrepublik<sup>46</sup>.

---

## VI. Geschichtspolitische Implikationen der Neuen Ostpolitik

---

Die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel seit 1969 barg aus mehreren Gründen – vor allem aber aus zwei – entscheidende geschichtspolitische Dimensionen, die alle nachfolgenden Kontroversen in der Bundesrepublik beeinflussten: Zum einen erinnerte diese Politik an die Wurzeln des deutschen Unheils, das 1933 bei Hitler lag bzw. noch früher in den Strukturproblemen des Deutschen Kaiserreichs. Dies führte zu einer politischen Polarisierung, wie man sie seit Adenauers Westpolitik nicht mehr gekannt hatte. Sie erklärt aber auch ihren – nicht zuletzt psychologischen – Erfolg im Osten, weil dort das zeitgeschichtliche

---

45 Vgl. Joachim Rohlfes, Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik 1953 bis 1969, in: Klaus Bergmann/Gerhard Schneider (Hrsg.), Gesellschaft, Staat, Geschichtsunterricht. Beiträge zu einer Geschichte der Geschichtsdidaktik von 1500 bis 1980, Düsseldorf 1982.

46 Vgl. zahlreiche Umfragen bei Werner Weidenfeld/Manuela Glaab, Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990, in: Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3, S. 2798–2962.

42 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 39.

43 Vgl. Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. – New York 1997, S. 279 ff.

44 Erich Ollenhauer, Unser Beitrag zur Wiedervereinigung, in: Mitteldeutsche Berichte vom Juni 1963.

Denken, wenn auch oft politisch instrumentali-  
siert, immer um das Trauma des nationalsozialisti-  
schen Deutschland kreiste. Zum anderen mündete  
diese neue Politik in einer geschichtspolitisch  
abgestützten Neubegründung der Bundesrepublik,  
die in eine – nach der christdemokratischen Ära –  
„zweite formative Periode“ (Richard Löwenthal)  
eintrat.

Willy Brandt, der das „andere Deutschland“ ver-  
körperte, unterließ nichts, um seine Koalition mit  
dem Pathos des Neuanfangs zu umgeben. Durch  
die Überhöhung des Machtwechsels als historische  
Zäsur, gepaart mit dem moralischen Gestus, den  
der Kanzler pflegte und damit die Opposition  
reizte, verstärkte sich die Polarisierung in der Bun-  
desrepublik. Brandt verstand sich „als Kanzler  
nicht eines besiegten, sondern eines befreiten  
Deutschland“<sup>47</sup>; Hitler, so erklärte er kurz nach  
der Wahl, habe nun endgültig den Krieg verloren.  
Am 8. Mai 1970 nahm erstmals eine Bundesregie-  
rung im Deutschen Bundestag offiziell zum Ende  
des Zweiten Weltkrieges Stellung und warb um  
Aussöhnung mit dem Osten und den Opfern. Die  
CDU/CSU-Opposition versagte ihre Zustimmung  
zu dieser „Kapitulations-Würdigung“; Niederlagen  
könne man nicht feiern<sup>48</sup>.

Der Kniefall Brandts vor dem Denkmal für die  
Opfer des Warschauer Ghettos verdichtete den  
moralischen Aspekt der Aussöhnung mit dem  
Osten. Die sozialliberale Koalition erklärte den  
Warschauer Vertrag zu einem historischen Wende-  
punkt der europäischen Geschichte, vergleichbar  
nur mit der Aussöhnung zwischen Deutschen und  
Franzosen<sup>49</sup>. Am Abend nach der Unterzeichnung  
des Vertrages ermahnte Brandt über das Fern-  
sehen seine Landsleute: Sie müßten jetzt beweisen,  
daß sie ein klares Geschichtsbewußtsein hätten.  
Nicht die sozialliberale Koalition, sondern die  
Reichsregierung Hitlers habe den deutschen Osten  
auf dem Gewissen. Mit dem Moskauer Vertrag  
gehe nichts verloren, und mit dem Warschauer  
Vertrag werde nichts preisgegeben – so parierte er  
die Angriffe der Opposition und der Vertriebe-  
nenverbände –, was nicht längst verspielt worden  
sei, „verspielt von einem verbrecherischen  
Regime, vom Nationalsozialismus“<sup>50</sup>.

47 Willy Brandt, *Erinnerungen*, Berlin – Frankfurt a. M.  
1994, S. 186.

48 Vgl. P. Reichel (Anm. 13), S. 278.

49 Vgl. *Freie demokratische Korrespondenz* vom 16. 11.  
1970, *Der Vertrag mit Polen – An einem Wendepunkt euro-  
päischer Geschichte*.

50 *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*  
(Hrsg.), *Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews, Mel-  
dungen 1971*, S. 380.

Hinter der Neuen Ostpolitik stand die Prämisse,  
daß die Teilung Deutschlands das durch Deutsche  
selbstverschuldete (aber nicht zwangsläufig unauf-  
hebbare!) Urteil der Geschichte darstellte. Das  
Unheil begann in dieser Lesart nicht erst 1945  
durch die Entscheidungen der Alliierten, sondern  
1933, und dieses Katastrophendatum wiederum  
stand in der Kontinuität der deutschen Geschichte  
seit 1870/71. Die Positionen der Kontroverse  
waren die Daten 1848 und 1871. Der Grundlagen-  
vertrag mit der DDR von 1972, so spitzte die CDU/  
CSU-Opposition ihre Ablehnung der Anerken-  
nung der faktischen Zweistaatlichkeit zu, bedeute  
die Liquidierung des Bismarckreiches im 101. Jahr  
seines Bestehens. Sie forderte ein Festhalten an der  
deutschen Staatsnation, wie sie sich seit 1871 ent-  
wickelt hatte (freilich in den Grenzen von 1937).  
Am Grabe Bismarcks in Friedrichsruh betonte der  
CDU-Vorsitzende Kurt Georg Kiesinger, daß die  
Reichsgründung zwar nicht mit demokratischen  
Mitteln geschehen sei, gleichwohl aber dem Willen  
des deutschen Volkes entsprochen habe<sup>51</sup>. Die  
Koalition hingegen argumentierte mit dem Begriff  
der Kulturnation. Die historischen sowie vor allem  
demokratischen Wurzeln des deutschen National-  
verständnisses wurden im Jahre 1848, kaum dage-  
gen im Datum der Reichsgründung gesehen. 1848  
war in dieser Sicht so bedeutsam, weil erstmals die  
deutsche Nation als politische Willensgemeinschaft  
in Erscheinung trat. Die Substanz der Nation sollte  
bewahrt werden, aber eine Nation mußte nicht  
auch im gleichen Staate leben.

Zwischen 1969 und 1974 wurde in der Bundesre-  
publik mit Hilfe von Historie und Tradition ein  
Neubegründungsprozeß vorangetrieben. Im kol-  
lektiven Gedächtnis der Bundesrepublik sollten  
die eigenständigen freiheitlich-demokratischen,  
auch revolutionären Traditionen belichtet werden.  
An dieser bisher sträflich vernachlässigten Front  
war zudem der Deutungskampf um das nationale  
Erbe mit der DDR auszutragen, für welche die  
„progressive“ Geschichte eine kostengünstige Res-  
source versuchter Legitimitätsschöpfung im deut-  
schen Sonderkonflikt war. Der Bruch mit dem  
Deutschen Reich und die „Ausbürgerung“ Bis-  
marcks aus der schwarz-rot-goldenen Ahnenreihe  
brachten in der Bundesrepublik einen kontrasti-  
ven Katastrophendiskurs hervor: „Hundert Jahre  
Deutsches Reich“ – so Bundespräsident Gustav  
Heinemann 1971 vor Millionen von Fernsehzu-  
schauern –, „dies heißt eben nicht einmal Versail-  
les, sondern zweimal Versailles, 1871 und 1919,

51 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. 1. 1971, *Deutsche  
Rückblicke auf die Reichsgründung*.

und dies heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation.<sup>52</sup> Die Zerschlagung des Reiches bedeutete nichts weniger als die notwendige Voraussetzung für eine endlich erfolgreiche Demokratie in (West-)Deutschland.

Die Bundesrepublik wurde historisch neu verortet. Anstelle nationaler Bezugspunkte hob man viel stärker auf die freiheitlichen ab. Die Freiheitsbewegungen aus den breiten Schichten des Volkes – die Bauernaufstände im 16. Jahrhundert, das Hambacher Fest von 1832, die Revolution von 1848/49 – galten als Wurzeln der Demokratie in Deutschland, und als deren bislang höchster Ausdruck erschien die Bonner Republik der sozialliberalen Ära<sup>53</sup>. Denn in ihr sei es zu einer historischen Symbiose von rechtsstaatlichem Liberalismus und sozialradikaler Demokratie gekommen. Freiheitlich-demokratische Traditionen, Bürgertugenden, soziale und emanzipatorische Bewegungen – daran habe es in der Ära Adenauer gemangelt; nicht nur die Rechts-, sondern auch die Sozialstaatlichkeit müsse nun ernst genommen werden. Die zweite deutsche Demokratie stand, so legte es die Koalition nahe, erst am Anfang einer wirklich freiheitlichen Periode deutscher Geschichte. Den Höhenflug dieser historisch rückgebundenen Reformeuphorie begrenzten freilich die Mühen des Alltags und eine starke Opposition. So scheiterte beispielsweise 1974 das Vorhaben, den „nationalpatriotischen“ Tag der deutschen Einheit – der von einem ehemals „linken“ zu einem „rechten“ Feiertag geworden war – durch einen verfassungspatriotischen Feiertag am 23. Mai – dem Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 – zu ersetzen.

Das Echo in der Geschichtswissenschaft, die sich Anfang der siebziger Jahre in einer Legitimationskrise befand<sup>54</sup>, war zwiespältig. Während die meisten älteren oder eher konservativ ausgerichteten Historiker sich weigerten, Geschichte nur nach dem praktischen Nutzen und der gesellschaftlichen Relevanz zu beurteilen oder Geschichtsschreibung lediglich als Vorgeschichte bundesdeutscher Gegenwart zu betrachten<sup>55</sup>, sah sich die jüngere Historiographie der kritischen Geschichtswissenschaft durch die Anstöße ermu-

tigt<sup>56</sup>. Das Entscheidende aber war, daß der wissenschaftlich bedingte Zugewinn an Ambivalenz letztlich die Deutung der Freiheitsbewegungen aus den moralisch-politischen Instrumentalisierungen befreite.

---

## VII. Die geschichtspolitische Tendenzwende seit Mitte der siebziger Jahre

---

„Auf die Ära der großen Erwartungen“, so hat Karl Dietrich Bracher seine Studie zu den Tendenzen des Zeitgeistes in den siebziger Jahren zusammengefaßt, „folgt die Zeit der großen Ernüchterungen und schließlich der Einbruch eines neuen Krisendenkens.“<sup>57</sup> In der Mitte des Jahrzehnts setzte unübersehbar eine Themenwende ein, entstand ein neuer Streit um Werte und Normen, bildeten sich vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden geistigen und politischen Polarisierung neue Wahrnehmungsmuster und Leitbilder aus, wandelte sich die politische Standortdebatte der Bundesrepublik grundlegend<sup>58</sup>. Innen- und außenpolitische Entwicklungen veränderten die Rahmenbedingungen, Stichworte müssen hier genügen: weltweite Diskussion über die Grenzen des Wachstums und die Zukunft der Industriegesellschaften, Entstehung neuer Protest- und Bürgerbewegungen, Ölkrise, Terrorismus, Stagnation der deutsch-deutschen Entspannungspolitik, ins Stocken geratene europäische Integration.

Auf den überschießenden emanzipatorischen und demokratisch-kritischen Anspruch aus dem Geist der Studentenbewegung und des sozialliberalen Neugründungsprozesses der Bundesrepublik antworteten konservative Politiker und Intellektuelle mit Gegenidealen. Sie kritisieren den politisch-„libertären“ Zustand der Bundesrepublik. Die Signalwörter: Emanzipation, Fortschritt, kritisches Bewußtsein, „Mehr Demokratie wagen“ und Entspannung wurden im politischen Diskurs einer umfassenden Kritik unterzogen. Die neue Krisenstimmung förderte konservatives Denken: „Be-

52 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gustav W. Heinemann: Zur Reichsgründung 1871, Bonn 1971, S. 4.

53 Vgl. Gustav W. Heinemann, Die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 25 (1974), S. 601–606.

54 Vgl. dazu u. a. Willi Oelmüller (Hrsg.), Wozu noch Geschichte, München 1977.

55 Vgl. Golo Manns Rede auf dem Historikertag in Regensburg 1972, Ohne Geschichte leben? in: Die Zeit vom 13. 10. 1972.

56 Vgl. Imanuel Geiss, Geschichte bis in die Schulbücher, in: Heinrich Böll/Helmut Gollwitzer/Carlo Schmid (Hrsg.), Anstoß und Ermutigung, Frankfurt a. M. 1974.

57 Karl-Dietrich Bracher, Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: ders./Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 286.

58 Vgl. Karl-Rudolf Korte, Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren, Köln 1990.

wahren“, nicht mehr „Verändern“ sollte nun die erste Bürgertugend sein. Anstelle von „Emanzipation“ avancierte „Identität“ zum geschichtspolitischen Modewort<sup>59</sup>. Im konservativen Gebrauch des Begriffs „Identität“ schwang dabei beides mit: die Vorstellung einer Ganzheit verbindlicher, nationaler, historischer Identifikationsmuster sowie die Kritik gegenüber einer linken, tendenziell subversiven Vergangenheitsbewältigung, die eine „endgültige“ Aufarbeitung der Vergangenheit verhindere und Identität somit unmöglich mache<sup>60</sup>. Dieser Identitätsdiskurs war nicht zuletzt ein Vorhall auf die großen geschichtspolitischen Konflikte der achtziger Jahre bis hin zum „Historikerstreit“. Darüber hinaus wurde er aber auch von ganz links aufgefüllt: Im Spektrum der Neuen Linken sowie auf dem linken Flügel der SPD paarte sich ein Antiamerikanismus mit der Wiederentdeckung gesamtdeutschen Kulturgutes; die Westbindung avancierte zum Gegenbegriff einer diffusen deutschen Identität, eines Bedürfnisses „nach geschichtlicher Überwindung des Zustandes Bundesrepublik“<sup>61</sup>.

Die Suche nach der angeblich verlorenen Identität hatte einen wichtigen Grund in der neuen staatssozialistischen Geschichtskonstruktion der DDR, die im Westen als Bedrohung wahrgenommen wurde. Um den kulturnationalen Anspruch der sozialliberalen Deutschlandpolitik zu unterlaufen, war es in der DDR zur Erfindung der „sozialistischen Nation“ gekommen<sup>62</sup>. Die Theorie von der „Klassennation“, die eine kapitalistische Nation Bundesrepublik von einer sozialistischen Nation DDR unterschied, sich aber eine nationalkommunistische gesamtdeutsche Zukunftsoption offenhielt, bedeutete in den Augen vor allem konservativer Politiker deshalb eine große Gefahr, weil in der Bundesrepublik das nationale Bewußtsein seit dem Grundlagenvertrag offenbar durch ein bundesrepublikanisches abgelöst worden war. Eine Reihe empirischer Studien kam zum Ergebnis einer zunehmenden „Bi-Nationalisierung“ Deutschlands<sup>63</sup>. Konnte also nicht eine politische Situation

eintreten, in der die DDR ein geschichtliches Vakuum füllte und allein noch Kommunisten die Forderung nach deutscher Einheit erhoben?

Solche Bedrohungsszenarien bildeten den Hintergrund für den Beschluß der Kultusminister vom November 1978 über die „Deutsche Frage im Unterricht“<sup>64</sup>. Das Problematische daran war, daß rechtspolitische Interpretationen des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag zur verbindlichen Basis für den Schulunterricht gemacht wurden. Der Beschluß sollte nicht auf eine „Wiedervereinigungslehre“ hinauslaufen, aber die Frage war, ob sich hochkomplizierte rechtspolitische Anliegen pädagogisch überhaupt vermitteln ließen. Linksliberale Kritiker geißelten den Beschluß der Kultusministerkonferenz als „Chauvinismus in der Schule“<sup>65</sup>.

---

## VIII. Die Affirmation der Bundesrepublik 1982–1989

---

Die Tendenzwende zwischen 1975 und 1978 bedeutete eine geschichtspolitische Inkubationszeit für die achtziger Jahre. „Identität“ avancierte zum Kernbegriff sowohl im politischen Diskurs als auch in einer neuen Konjunktur der Geschichte, die viele Alltagsbereiche umfaßte und beispielsweise den Topos „Heimat“ als authentisches Erlebnissfeld wieder hervorbrachte<sup>66</sup>. Während in den fünfziger Jahren der „Verlust der Geschichte“ und die „Flucht aus der Geschichte“ beklagt wurden, sah man sich nun mit einem völlig gegenläufigen Prozeß einer „Faszination der Geschichte“ und einer „Flucht in die Geschichte“ konfrontiert<sup>67</sup>. Die Gegenwart war noch nie derart vergangenheitsbezogen. So entstanden in Form von Geschichtswerkstätten und der Alltagsgeschichte neue, vor allem lokale Geschichtsbewegungen. Auch eine florierende „Flohmarkt-Nostalgie“<sup>68</sup> wies auf ein eigentümliches, populäres Geschichtsinteresse hin; populärhistorische Darstellungen wurden bestsellerfähig, und als „Schaufenster in

nalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/91, S. 12–24, hier S. 18 f.

64 Die deutsche Frage im Unterricht. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 23. November 1978, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 30 (1978), S. 343–356.

65 Karl-Heinz Janßen, Chauvinismus in der Schule. Die deutsche Frage im Unterricht: Schablonen aus Bonn, in: Die Zeit vom 8. 12. 1978.

66 Vgl. K.-R. Korte (Anm. 58), S. 107 ff.

67 Siehe die Beispiele bei K. Fußmann u. a. (Anm. 12).

68 Vgl. Volker Fischer, Nostalgie. Geschichte und Kultur als Trödelmarkt, Luzern – Frankfurt a. M. 1980.

59 Dazu Karl-Ernst Jeismann, „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20–21/86, S. 3–16.

60 Zur Kritik vgl. Hans Mommsen, Geschichtsunterricht und Identitätsfindung in der Bundesrepublik, in: Geschichtsdidaktik, 4 (1978), S. 291–300.

61 Martin Walser, Händedruck mit Gespenstern, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1979, S. 50.

62 Vgl. Klaus Erdmann, Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt a. M. u. a. 1996.

63 Literatur zur „Bi-Nationalisierungsthese“ und der Kritik daran bei: Heinrich August Winkler, Nationalismus, Natio-

die Vergangenheit“ erfuhren historische Ausstellungen einen geradezu unglaublichen Boom<sup>69</sup>. Das neue Geschichtsinteresse in der Bundesrepublik korrespondierte überdies mit einer politisch motivierten Neuausrichtung der DDR-Historiographie unter dem Signum „Erbe und Tradition“, die zu einer emotionalen Fundierung der „Nation DDR“ beitragen sollte<sup>70</sup>.

Es ist sicherlich nicht falsch, in dieser modischen historischen Faszination eine Reaktion darauf zu sehen, daß utopische Potentiale verlorengegangen waren. Das Charakteristikum des gesamten Geschichtsbooms schien außerdem vielen Beobachtern im Fehlen politischer Traditionsbekenntnisse zu liegen. In ihren Augen war es zu einer Art Ökonomisierung des Gedächtnisses infolge der Geschäftstüchtigkeit der Erinnerungsindustrie gekommen<sup>71</sup>. Beides aber vernachlässigt den Aspekt, daß in den achtziger Jahren zugleich eine weitere Politisierung der Erinnerung stattfand. Nach der „Wende“ von 1982/83 wurde wiederum versucht, das Selbstverständnis der Bundesrepublik neu zu justieren. Die Folge davon war erneut ein „polarisiertes Geschichtsbild“ (Hans Mommsen). Unverkennbar war das Bemühen der Union und der ihr nahestehenden Publizisten, den Aufbruchsmythos des frühen Sozialliberalismus endgültig zu entzaubern. Vor allem über eine Apologie des offenbar kongenialen Gründungskanzlers Konrad Adenauer kehrten Versatzstücke der fünfziger Jahre in den politischen Diskurs zurück. Insgesamt verschönerte man die „Fünfziger“ mit Blattgold, erkannte in ihnen eine Zeit des gesellschaftlichen Konsenses, der Stabilität, Sinnerfüllung und Zukunftsgewißheit. Der Kampf um die Kontrolle der geschichtspolitischen Diskurse bezog sich jetzt darauf, die bundesrepublikanische „Erfolgsnation“ Adenauerscher Prägung in die Ära Kohl hinein zu verlängern und die Bundesrepublik für die Konservativen zu reklamieren.

In den zahlreichen Interpretationskontroversen über das deutsche Geschichtsbild, über die „Natürlichkeit“ des Nationalstaats und über die „Normalisierung“ der Nation, die zwischen 1983 und 1989 die Geschichtskultur der Bundesrepublik

69 Vgl. Rainer A. Müller (Hrsg.), *Historische Ausstellungen 1960–1990. Eine Bibliographie der Kataloge*, Paderborn u. a. 1992. Zur Einschätzung: Etienne François, *L'Allemagne Fédérale se penche sur son passé*, in: *Vingtième Siècle*, 7 (1985), S. 151–163.

70 Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1949*, Frankfurt a. M. 1992, S. 283 ff.

71 Erklärungen bei Heinrich Theodor Grütter, *Warum fasziniert Vergangenheit? Perspektiven einer neuen Geschichtskultur*, in: K. Fußmann u. a. (Anm. 12).

prägten, war daher – jenseits gesamtdeutscher Deklamationen<sup>72</sup> – die westdeutsche Republik als „Nation“ gemeint. Die Bundesrepublik sollte mit einem zustimmungsfähigen Traditionsreservoir ausgestattet werden. Eine „Entkriminalisierung“ der deutschen Geschichte sowie ein Ende der Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche „Dauerbüßeraufgabe“ wurde als notwendige Voraussetzung eines neuen Patriotismus gesehen, der auf einer positiveren Beziehung zur eigenen Vergangenheit basieren sollte.

Das geschichtskulturelle Zeitklima kam diesen Bestrebungen entgegen. Dies kann hier nur mit den wichtigsten Stichworten konstatiert werden: Es formte sich ein Neohistorismus aus, die Sonderwegsthese wurde einer scharfen Kritik unterzogen, geopolitische Denkströmungen erlebten eine Renaissance<sup>73</sup>. Nicht nur zwei parteipolitisch zunächst umstrittene Museen<sup>74</sup> sollten eine bundesrepublikanische Erinnerung strukturieren, sondern massenwirksamer noch waren die symbolischen Erinnerungsgesten aus der politischen Sphäre, die auf eine Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit zielten, etwa Helmut Kohls (oft absichtlich mißverständenes) Wort von der „Gnade der späten Geburt“ von 1984 und vor allem die Bitburg-Affäre vom Jahr darauf. Ziel war es, die Diskurse um die Vergangenheitsbewältigung zu beenden und die Bundesrepublik nach fast vierzig Jahren erfolgreicher Demokratie mit dem positiven Gründungsmythos eines Rechtsstaates an der Seite des Westens unter möglichst weitgehender Ausklammerung der NS-Vergangenheit auszustatten und somit die letzten moralischen Überbleibsel der „Bewährungsfrist für eine historische moralische Schuld“ auszulöschen<sup>75</sup>; zumindest wurde dies von linksliberalen Kritikern unterstellt.

Im „Historikerstreit“ von 1986/87<sup>76</sup> als der letzten großen Kontroverse der „alten“ Bundesrepublik

72 Dazu Matthias Zimmer, *Nationales Interesse und Staatsräson. Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl von 1982 bis 1989*, Paderborn 1992; Heinrich Potthoff, *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995.

73 Kritik dieser Tendenzen bei Jürgen Kocka, *Geschichte und Aufklärung. Aufsätze*, Göttingen 1989; Hans-Ulrich Wehler, *Politik in der Geschichte. Essays*, München 1998.

74 Vgl. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), *ZeitRäume. Konzept, Architektur, Ausstellungen*, Bonn 1993/94; Chr. Stölzl (Anm. 24), hier eine Dokumentation der Kontroversen.

75 Charles Maier, *Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen*, Frankfurt a. M. – New York, 1992, S. 16.

76 Vgl. *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987.

spitzte sich die Konfrontation zwischen den Vertretern einer kritischen „Holocaust-Identität“ und denen einer affirmativen „Normale-Nation-Identität“ zu. Nicht nur die „konservative“ Seite, auch die „linksliberale“ betrieb in diesem Streit – der mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft nicht entscheidbar war – massiv Geschichtspolitik. Das Paradoxe war jedoch, daß beide Diskurse über den Stellenwert des Nationalsozialismus für das kollektive Gedächtnis letztlich auf eine Affirmation der Bundesrepublik hinausliefen: der „konservative“ Diskurs, indem er die „Normalität“ des Nationalstaats beschwor und die „verletzte Nation“ Bundesrepublik durch die bindende Identität des Nationalstaats kurieren wollte<sup>77</sup>; der „linksliberale“ Diskurs, indem er auf die „Logik“ der Geschichte rekurrierte<sup>78</sup>. Die gemäßigte Linke entdeckte im „Historikerstreit“ so nachhaltig wie nie zuvor die „alte“ Bundesrepublik als „ihre“ Republik. „Auschwitz“ blieb hier im Zentrum bundesdeutschen Werthorizonts, doch darüber hinaus entstand eine aus

77 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart 1987.

78 Vgl. (selbstkritisch gegenüber seiner früheren These) Heinrich August Winkler, *Abschied von den Sonderwegen. Die Deutschen vor und nach der Wiedervereinigung*, in: ders., *Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1997. Zum Gesamtkomplex vgl. Florian Roth, *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969–1990)*, Baden-Baden 1995.

„Auschwitz“ abgeleitete Verzichtsethik, die die deutsche Teilung als „gerechte Strafe“ klassifizierte.

Daß sich in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989 ein eigenes Traditionsfundament herausbildete, war also kein anonymer Vorgang und läßt sich auch nicht allein historiographiegeschichtlich erklären. Vielmehr ist dieser Prozeß in unterschiedlichen Phasen von verschiedenen politischen Kräften forciert oder gehemmt worden. Im Mai 1989 erreichte die Selbstanerkennung der Bundesrepublik ihre höchste Stufe. Die unzähligen politischen Reden zum vierzigsten Jubiläum der Republik, aber auch demoskopisches Material bestätigen<sup>79</sup>, daß die Bundesrepublik als „Nation“ akzeptiert war; sie galt gleichermaßen als das Werk Adenauers wie der Linken. Seinen vierzigsten Geburtstag feierte dieser Staat in einem Ausmaß, als handele es sich um ein gründungsmythisches Jahrhundertereignis. Ein Staat schien endlich angekommen und im Geschichtsbewußtsein seiner Bürger fest verankert zu sein – während gleichzeitig ungarische Grenzsoldaten damit begannen, den Eisernen Vorhang niederzureißen, sich in der DDR ein rapider Autoritätsverlust des SED-Regimes vollzog und sich – für die meisten unfaßbar – die „unverhoffte Einheit“ (Konrad H. Jarausch) anbahnte.

79 Vgl. Silke Jansen, *Zwei deutsche Staaten – zwei deutsche Nationen? Meinungsbilder zur deutschen Frage im Zeitverlauf*, in: *Deutschland Archiv*, 22 (1989), S. 1132–1143.

# Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR

## I. „Ein neues Kapitel“

Man habe damals vor der Alternative gestanden, so Erich Honecker rückblickend über die Gründung der DDR im Oktober 1949, „entweder die antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse zu festigen und planmäßig die revolutionäre Umwälzung auf dem Weg zum Sozialismus fortzuführen oder die antiimperialistischen, demokratischen Errungenschaften preiszugeben und eine Restauration monopolkapitalistischer Verhältnisse zuzulassen“. Angesichts dieser Alternative resümiert er: „Logischerweise entschieden wir uns für das erstere und gründeten unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat.“<sup>1</sup> In zahllosen Varianten ist dieses Selbstverständnis der DDR variiert worden, wonach sie selbst in der Tradition des Antifaschismus stehe, während in der Bundesrepublik Deutschland die „monopolkapitalistische“ Gesellschaftsordnung fortbestanden habe, die – so die Behauptung – schon einmal in den Faschismus geführt hätte.

„Der Faschismus“, so hatte Walter Ulbricht 1968 erklärt und so wurde er auch im Geschichtslehrbuch für die 9. Klassen in der Ausgabe des Jahres 1970 zitiert, „ist das Werk der aggressivsten, expansionistischsten Kräfte des Monopolkapitals, die mit den Mitteln der Militarisierung, der staatlich formierten Herrschaft und der Manipulierung der Menschen ein unmenschliches System schaffen.“<sup>2</sup> Als Begründung eines sich zunächst auf

*Der Artikel beruht auf Ergebnissen, die im Rahmen des von mir geleiteten DFG-Projekts „Politische Mythen der DDR“ erarbeitet wurden. An der Erarbeitung der Einzelstudien waren Dr. Raina Zimmering als wiss. Mitarbeiterin sowie Ruth Schäfer, Alexander Dowe und Dirk Schwiedergoll als studentische Hilfskräfte beteiligt.*

1 Zitiert nach Klaus Ullrich/Peter Seifert/Brigitte Müller/Horst Sauer, Deutsche Demokratische Republik, Leipzig 1989, S. 21.

2 Walter Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin (DDR) 1968, S. 41; zit. in: Lehrbuch Geschichte, Klasse 9, Berlin (DDR) 1970, S. 159. Es handelt sich bei dem Ulbricht-Zitat um eine Variation der Faschismusdefinition, die Georgi Dimitroff in

ganz Deutschland erstreckenden Anspruchs auf die Um- und Neugestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse<sup>3</sup> und später dann als Legitimation der Eigenstaatlichkeit der DDR hat dieses Selbstverständnis bis zum Schluß Bestand gehabt. So heißt es noch in einem zum 40jährigen Bestehen der DDR kurz vor deren Zusammenbruch veröffentlichten Band, mit der Gründung der DDR seien „die Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ein für allemal verankert“ und „ein neues Kapitel im Buch der deutschen Geschichte aufgeschlagen worden“<sup>4</sup>.

Der Begriff „Umwälzung“, der hier gebraucht wird, läßt die Frage nach den Akteuren offen. Daß mit dem Verzicht auf den Revolutionsbegriff an dieser Stelle freilich nicht zugestanden werden soll, die Veränderung sei mit der siegreichen Roten Armee *allein* von außen gekommen, wird kurz darauf unterstrichen, wenn es von der Politik der DDR heißt, sie folge „dem Schwur, den die in Konzentrationslager und Zuchthäuser Gesperrten, in die Illegalität und das Exil Getriebenen geleistet hatten: ein friedvolles Land zu errichten, von dessen Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, in dem auch die geistigen Wurzeln des Faschismus

den dreißiger Jahren geprägt hatte, wonach der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei; zit. nach Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Pietro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, Berlin (DDR) 1960, S. 87.

3 So hatte Otto Grotewohl einen Monat vor Gründung der DDR erklärt: „Das eigentliche Deutschland [ist] die sowjetische Besatzungszone. Darum handelt es sich [bei der Gründung der DDR] nicht um eine ostdeutsche Staatenbildung oder um eine ostdeutsche Regierung, sondern um eine Regierung für Gesamtdeutschland.“ Zit. nach Matthias Judt, Deutschland- und Außenpolitik; in: ders. (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 493.

4 Herausgeberkollektiv K. Ullrich u. a. (Anm. 1), S. 22; zum Antifaschismus als Begriff und Mythos vgl. Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993, sowie dies., Anti-Faschismus und politische Gegenwelten; in: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, hrsg. von Jürgen W. Falter u. a., Opladen 1996 (= PVS-Sonderheft 27/1996), S. 502–513.



ausgerottet sind und demokratische Verhältnisse herrschen. Deutsche Antifaschisten waren die Unermüdeten der ersten Stunde! Sie waren schon daran gegangen, Wege und Ziele abzustecken, die Keime des Neuen zu setzen, als der Krieg noch in den letzten Zügen lag.<sup>5</sup> Wenngleich in den entsprechenden Stellungnahmen nie vergessen wird, die entscheidende Rolle der Roten Armee bei der Zerschlagung des Faschismus anerkennend herauszustellen, so wird darin aber auch durchweg darauf Wert gelegt, daß die Befreiung vom Faschismus nicht bloß das Werk anderer Mächte gewesen sei, sondern daß dabei die deutschen Antifaschisten eine wichtige Rolle gespielt hätten. Weit über den tatsächlich geleisteten Widerstand kommunistischer Zellen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft hinaus wurde dabei das Bild eines kontinuierlichen, breite Bevölkerungskreise umfassenden Widerstands entworfen, in dessen Tradition sich die DDR dann selbst gestellt hat. Der Antifaschismus sowie insbesondere der antifaschistische Widerstand avancierten so zum Gründungsmythos der DDR, dessen Verbreitung und politische Funktion nachfolgend beschrieben und analysiert werden sollen<sup>6</sup>.

Wenn hier gegenüber dem Begriff der Ideologie und dem Konzept der Ideologiekritik das des politischen Mythos – verbunden mit der Analyse von Nutzen und Kosten politischer Mythen – verwendet werden soll, so vor allem deswegen, weil der Konzeptualisierung der DDR-Gründungserzählung als Ideologie notwendig bestimmte Annahmen bezüglich der historischen Wahrheit zugrunde liegen, die selbst aus der Perspektive einer beobachtenden Sozialwissenschaft nur schwer durchgehalten werden können, zumal dann, wenn sie nicht nur auf wissenschaftliche und politische, sondern auch auf literarische Texte angewandt werden sollen. Die Konzeptualisierung als politischer Mythos kommt dagegen mit sehr viel schwächeren Annahmen hinsichtlich historisch zutreffender und angemessener Aussagen aus. Im Unterschied zum Ideologiekonzept, das – soll es politikwissenschaftlich anwendbar sein – Annahmen über Ideologiepro-

duzenten, Ideologieverwender und ihre Adressaten voraussetzt, also wesentlich auf der Vorstellung der Instrumentalität beruht, kann das Konzept der politischen Mythen auf eine so scharfe Teilung in Mythenproduzenten und Mythenkonsumenten verzichten. Politische Mythen sind Herkunfts- oder Zukunftserzählungen, die „Bedeutungsinvestitionen“ in die Gegenwart tätigen und so für das politische Selbstverständnis einer Gemeinschaft von großer Relevanz sind. Dies soll hier im zweiten Kapitel eingehender dargestellt werden, bevor es im dritten Kapitel ausführlicher um den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR geht, nicht zuletzt im Vergleich mit dem bundesrepublikanischen Gründungsmythos von Währungsreform und Wirtschaftswunder. In einem abschließenden vierten Kapitel werden dann Nutzen und Kosten politischer Mythen überhaupt und insbesondere des politischen Gründungsmythos der DDR untersucht, auch und gerade im Hinblick auf die Frage seines Versagens beim Zusammenbruch des politischen Systems der DDR im Herbst 1989 sowie auf die politischen Entscheidungen, die im Frühjahr 1990 das Ende der Eigenstaatlichkeit einleiteten.

Was hier als „Gründungsmythos“ bezeichnet wird, stellt zumeist freilich nur einen Bestandteil in einem ganzen Mythensystem dar. Im Unterschied zu den an ihn angelagerten und ihn flankierenden „Additionsmythen“ kommt dem Gründungsmythos freilich eine stärker identitätsverbürgende Bedeutung zu; dementsprechend weist er eine geringere Variationsfähigkeit als die Additionsmythen auf. In der Selbstdarstellung der DDR hatten diese Additionsmythen die Aufgabe, dem Projekt des Arbeiter-und-Bauern-Staates eine bis ins späte Mittelalter zurückreichende Vorgeschichte zu verschaffen, so daß sich die DDR als endlich gelungene Verwirklichung schon lange angestrebter Ziele des deutschen Volkes begreifen und darstellen konnte. Solche Additionsmythen waren die Bauernkriege bzw. die sogenannte frühbürgerliche Revolution<sup>7</sup> sowie die antinapoleonischen Befreiungskriege. So heißt es in dem bereits zitierten

5 Herausgeberkollektiv K. Ullrich u.a. (Anm. 1), S. 23.

6 Zusammenfassend ist hier auf folgende einschlägige Arbeiten hinzuweisen: Manfred Wilke, Antifaschismus als Legitimation staatlicher Herrschaft in der DDR, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1990, S. 52–64; Sigrid Meuschel, Antifaschistischer Stalinismus, in: Brigitte Rauschenbach (Hrsg.), Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psychoanalyse deutscher Wenden, Berlin 1992, S. 163–171; Wilfried Schubert/Thomas Schmidt, „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubert (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, Berlin 1992, S. 12–28.

7 An Friedrich Engels anknüpfend, diese Anknüpfung aber deutlich überzeichnend, hat Alfred Meusel 1952 den Begriff „frühbürgerliche Revolution“ geprägt, in dem er Reformation und Bauernkrieg zu einem „einheitlichen revolutionären Prozeß“ zusammenfaßte; vgl. Alfred Meusel, Thomas Müntzer und seine Zeit, Berlin (DDR) 1952, S. 41. So wurde es schließlich auch möglich, dem zunächst geschmähten Luther einen prominenten Platz in der Vorgeschichte der DDR anzuweisen; vgl. Jan Hermann Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt/M. 1992, S. 149 ff.

offiziösen Selbstdarstellungsband der DDR anlässlich ihres 40. Gründungsjubiläums über die „Fülle von humanistischen und progressiven Traditionen“, als deren Fortsetzer sich die DDR verstand: „Dazu zählt die frühbürgerliche Revolution – Reformation und Bauernkrieg von 1517 bis 1526. Martin Luthers Ideen erschütterten das Feudalsystem. Zum Höhepunkt wurde der Bauernkrieg von 1525, in dem das Volk erstmals versuchte, die Gesellschaft revolutionär umzugestalten.“ Und daran anschließend heißt es: „Im Befreiungskrieg von 1813/14 gelang es dem deutschen Volk, die napoleonische Fremdherrschaft zu beseitigen und die Voraussetzungen für eine eigenständige nationale Entwicklung zu schaffen.“<sup>8</sup> Daß gerade den Befreiungskriegen neben Reformation und Bauernkrieg eine so herausragende Rolle zugeordnet wurde – eine größere jedenfalls als der Revolution von 1848/49 –, hat offenkundig mit der preußisch-russischen Waffenbrüderschaft<sup>9</sup> und der Abwehrhaltung gegen Westen zu tun, die als Vorläufer aktueller Konstellationen dargestellt werden konnten. Obendrein ließ sich damit der Nationalen Volksarmee eine Vorgeschichte verschaffen, die über Wehrmacht, Reichswehr und kaiserliches Heer zurückreichte und anschließfähige Militärtraditionen herausstellen sollte<sup>10</sup>. Aber nicht um diese Additionsmythen, sondern um den zentralen Gründungsmythos des antifaschistischen Widerstands soll es hier gehen.

---

## II. Die Bedeutung von Gründungsmythen für die Selbstbeschreibung politischer Gemeinschaften

---

Wohl alle politischen Gemeinschaften haben zwecks Selbstdarstellung nach außen wie Integration nach innen auf politische Mythen zurückgegriffen und sich dabei entweder sagenhafter Er-

---

8 Herausgeberkollektiv K. Ullrich u. a. (Anm. 1), S. 22.

9 Die Befreiungskriege hatten bereits im Gründungsmanifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ eine bedeutende Rolle gespielt (vgl. Gerd Ueberschär [Hrsg.], Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund deutscher Offiziere, Frankfurt/M. 1995, S. 268) und wären insofern mit dem Gründungsmythos des antifaschistischen Widerstands gut zu verknüpfen.

10 Vgl. hierzu Harald Bluhm, Befreiungskriege und Preußenrenaissance in der DDR, in: Rudolf Speth/Edgar Wolf- rum (Hrsg.), Politische Mythen und Geschichtspolitik, Berlin 1996, S. 71–95, sowie ders., Zur Ikonographie und Bedeutung von Darstellungen der Befreiungskriege 1813/1814 in der Staatsrepräsentation der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hrsg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1996, S. 162–174.

zählungen bedient oder aber historisch belegbare Ereignisse mythisch umgedeutet und überhöht. Oft sind es halb mythische, halb historische Gestalten, denen dabei eine herausragende Rolle als Stadt- oder Staatsgründer bzw. als Retter in höchster Not und Bedrängnis zukommt: Theseus in Athen, Romulus in Rom, Moses und David bei den Juden, Arminius, Barbarossa und Bismarck bei den Deutschen, Vercingetorix, Jeanne d'Arc und Napoleon bei den Franzosen, Tell bei den Schweizern usw.<sup>11</sup> In anderen Fällen sind es politische oder militärische Ereignisse, die für das Selbstverständnis einer politischen Gemeinschaft bedeutsam gemacht werden, wie etwa der Sturm auf die Bastille, die Schüsse des Panzerkreuzers „Aurora“ auf die Peter-und-Pauls-Festung, die Schlacht auf dem Amsfeld oder das „Wunder an der Weichsel“, als polnische Truppen 1920 Verbände der Roten Armee besiegten.

Dabei unterscheiden sich politische Mythen von bloßer Geschichtsschreibung dadurch, daß sie eigentlich nicht so sehr die Ereignisse selbst, sondern deren Bedeutung hinsichtlich des Fortgangs der Geschichte und ihre Bedeutsamkeit für das aktuelle Selbstverständnis der jeweiligen politischen Gemeinschaft vermitteln. Das Ereignis wird erzählt als eines, von dem an eine neue Zeit begonnen habe oder eine Niederlage mit verheerenden Folgen doch noch abgewendet werden können und derlei mehr. Politische Mythen berichten insofern nicht von Ereignissen, sondern von Zäsuren der Zeit und Interpunktionen der Geschichte.

Diese Bedeutungsinvestitionen politischer Mythen in Ereignisse oder Entwicklungen dienen vor allem der Vermeidung von historisch Zufälligem oder Beliebigem, also der Reduktion von Kontingenz. Kontingenz nämlich ist der bedrohlichste Verdacht, dem sich politische Gemeinwesen ausgesetzt sehen können: Wenn alles zufällig und beliebig ist, dann hätte die Gründung Roms womöglich unterbleiben, die Revolution ausfallen, die Schlacht verloren werden können, und Stalin hätte auch – um auf den Gründungsmythos der DDR zurückzukommen – zu anderen deutschlandpolitischen Entscheidungen gelangen können. Dann aber wäre, darüber war man sich zumindest in der politischen Spitze der DDR im klaren, der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ kein *Wendepunkt* in der deutschen Geschichte, sondern allenfalls eine

---

11 Einen Überblick zum französischen, deutschen sowie mitteleuropäischen Raum bietet Frantisek Graus, *Lebendige Vergangenheit. Überlieferung im Mittelalter und in den Vorstellungen vom Mittelalter*, Köln – Wien 1985.

Fußnote<sup>12</sup>. Im antifaschistischen Gründungsmythos wurde dieser Kontingenzverdacht „weggezählt“; er diene hierin nicht so sehr zur Täuschung der Beherrschten als vielmehr zur Beruhigung der Herrschenden und all derer, die mit der „Wendepunkt“-Auffassung politische Hoffnungen verbanden. So haben politische Mythen die Funktion, durch *Kontingenz-Reduktion* die Gleichgültigkeit und Beliebigkeit des Vergangenen gegenüber der Gegenwart „wegzuerzählen“ und die Vergangenheit in einen Garanten der Gegenwart und der Zukunft der politischen Gemeinschaft zu verwandeln.

Neben der Kontingenz-Reduktion kommt politischen Mythen die Funktion der *Komplexitäts-Reduktion* zu: Aus der Fülle historisch-politischer Ereignisse und Entwicklungen, der gesellschaftlichen Tendenzen und Gegentendenzen greifen sie ein Ereignis heraus und verwandeln es qua Bedeutungsinvestition in *das* Ereignis, das für den weiteren Verlauf der Geschichte, für die Signatur des Jahrhunderts, womöglich gar für den Anbruch einer neuen Epoche ausschlaggebend gewesen sein soll. Politische Mythen verschaffen Orientierung und Überblick; insofern bilden sie eine wichtige Ressource bei der politischen Integration eines Sozialverbandes. Infolge der durch sie hergestellten Unterscheidung zwischen Wichtigem und Unwichtigem, Hauptsächlichem und Nebensächlichem ermöglichen sie Orientierung und Urteilsbildung – auch wenn sich dies im historischen Rückblick oft genug als Desorientierung und Fehlurteil herausstellen mag, wofür gerade die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts zahllose Belege bereithält<sup>13</sup>.

Doch unbeschadet dessen sind es immer wieder politische Mythen, die Politik aus Experten-Handeln in eines verwandeln, an dem breitere Kreise der Bevölkerung partizipieren können – und seien es zunächst nur jene machtfernen Intellektuellen,

die sich als Publizisten oder Dichter an der Ausgestaltung und Verbreitung des jeweiligen Mythos beteiligen. Sie vor allem sind die Akteure und Profiteure eines Prozesses, in dessen Verlauf Politik aus dem auf Staatsgeheimnissen begründeten Handeln kleiner Herrschaftseliten in ein Geschehen verwandelt wird, das zumindest für die kommunikative Partizipation von mit den Staatsgeheimnissen nicht Vertrauten offen ist<sup>14</sup>. Politische Mythen sorgen dafür, daß der Verweis auf die Komplexität des politischen Geschehens kein überzeugendes Argument für den Ausschluß von Nichtspezialisten ist. Insofern sind politische Mythen zunächst nicht Medien der Schließung und Zutrittsbeschränkung, sondern vielmehr solche der Öffnung und Integration. Das freilich kann auch heißen, daß sie eine Bevölkerung bloß zum Akzeptieren von Entscheidungen bringen, ohne daß ihr reale Einflußnahme oder auch nur ein wirklicher Überblick möglich ist. Gerade diese Dimension soll nachfolgend am antifaschistischen Gründungsmythos der DDR eingehender betrachtet werden.

Neben der Kontingenz- und der Komplexitätsreduktion ist die *Loyalitäts-Reduktion* als dritte Dimension der Orientierungs- und Handlungsermöglichung durch politische Mythen zu nennen. Gerade in Phasen politischer und gesellschaftlicher Umbrüche – wie etwa während der Französischen Revolution, davor im Amerikanischen Bürgerkrieg, bei der Gründung des Deutschen Reiches 1871, in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in ganz Mitteleuropa und dort erneut während des Zweiten Weltkriegs und danach – sehen sich die Menschen mit divergierenden, zumeist konkurrierenden Loyalitäten konfrontiert: Welcher politischen Ordnung sollen und wollen sie nun angehören? Sind die alten Bindungen und Verpflichtungen noch verbindlich, oder sind es bereits die neuen? Ist die Zugehörigkeit zu einer Nation oder zu einer Partei wichtiger als die Staatsangehörigkeit oder die sprachlich-kulturelle Identität?

Divergierende Verpflichtungen und Loyalitäten werden durch den politischen Mythos geklärt, indem er *eine* Loyalität als die wichtigste und engste herausstellt; er reduziert letztlich die Fülle poli-

12 Die Formel vom „Wendepunkt in der Geschichte“ stammt zwar von Stalin selbst (vgl. Hermann Weber, *Die DDR 1945–1990*, München 1993, S. 28), aber in der sogenannten „Stalin-Note“ vom 10. März 1952 hat Stalin auch gezeigt, daß die sowjetische Politik andere Ziele verfolgen konnte als die Sicherung des Fortbestandes der DDR. Dem hohen Maß an politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion entsprach die – berechtigte – Angst der Führung, die Sowjetunion könne sich dieser Last einmal entledigen wollen. Das war 1990 der Fall.

13 Vgl. etwa Herfried Münkler/Wolfgang Storch, *Sieg – Frieden. Politik mit einem deutschen Mythos*, Berlin 1987; Wulf Wülfing/Karin Bruns/Rolf Parr, *Historische Mythologie der Deutschen 1798–1918*, München 1991; Andreas Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: Zur Entstehung des Nationalbewußtseins der Deutschen*, Reinbek 1996.

14 Dagegen läßt sich einwenden, dies sei bloß Scheinpartizipation; aber im politischen Bereich läßt sich die Trennlinie zwischen scheinbarer und tatsächlicher Partizipation nur sehr schwer ziehen, weswegen sie oft selbst Gegenstand politischer Kontroversen ist. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß die DDR ein Geheimhaltungsstaat mit teilweise paranoiden Zügen war und daß die Partizipation der Intellektuellen durch die Filter der Zensur mußte; vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, S. 135–162.

tischer Beziehungen auf die einfache, politisch aber hocheffiziente Gegenüberstellung von Freund und Feind<sup>15</sup>. Da dabei aber kein politischer Mythos die alleinige Definitionskompetenz besitzt, sondern die Freund-Feind-Bestimmungen durch unterschiedliche Mythen oft genug konträr erfolgen, entsteht ein System von Gegenmythen, die aufs engste aufeinander bezogen sind, indem sie sich wechselseitig die Verbindlichkeit bestreiten. Der französische Napoleon-Mythos und seine deutschen Fortschreibungen auf der einen, die deutschen Mythen von Arminius/Hermann, Siegfried, den Nibelungen und Kaiser Rotbart auf der anderen Seite waren solche Gegenmythen, die auf die Durchsetzung konkurrierender Loyalitäten abzielten.

Eine solche Funktion hatten auch die Gründungsmythen der beiden deutschen Staaten nach 1949: Der antifaschistische Gründungsmythos der DDR enthält nicht bloß eine Abgrenzung gegen die Vergangenheit (Weimarer Republik und „Hitler-Faschismus“), sondern auch und vor allem eine gegen die Bundesrepublik, der vorgehalten wurde, mit der Vergangenheit nicht wirklich gebrochen zu haben und die darum auch keine Loyalität von Demokraten verdiene. Umgekehrt ist der westdeutsche Gründungsmythos von Währungsreform und Wirtschaftswunder<sup>16</sup> unmittelbar gegen den im Osten eingeschlagenen, zunächst antikapitalistischen und dann sozialistischen Weg gerichtet, dem gegenüber die überlegene Leistungskraft einer marktwirtschaftlichen Ordnung herausgestellt wird: Wer nicht den Weg der Marktwirtschaft gehe, so die Botschaft, werde auf Dauer arm und bedürftig bleiben. Zugleich grenzte der Gründungsmythos von Währungsreform und Wirtschaftswunder die Bundesrepublik gegen die Vergangenheit – die Weimarer Republik sowie das

15 Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß sich Carl Schmitt, der die Formel von der Unterscheidung zwischen Freund und Feind als Kriterium des Politischen geprägt hat („Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*.“ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen* [1932], Berlin 1963, S. 26), auch für die Fragen des politischen Mythos interessiert hat. Vgl. Carl Schmitt, *Die politische Theorie des Mythos* (1923), in: ders., *Positionen und Begriffe*, Berlin 1988, S. 9–18.

16 So wird in diesem Mythos etwa der große Anteil der Amerikaner an der Währungsreform „wegezählt“, und die Prosperitätsphase wird mit der Währungsreform unmittelbar verknüpft, was vom Zeitablauf her unrichtig ist; vgl. Dieter Haselbach, „Soziale Marktwirtschaft“ als Gründungsmythos. Zur Identitätsbildung im Nachkriegsdeutschland; in: Claudia Mayer-Ischwandy (Hrsg.), *Zwischen Traum und Trauma – die Nation*, Tübingen 1994, S. 255–266, sowie Volker Hentschel, Ludwig Erhard, die „soziale Marktwirtschaft“ und das Wirtschaftswunder. Historisches Lehrstück oder Mythos?, Bonn 1988.

„Dritte Reich“ (so der hier bevorzugt verwendete Begriff) – ab, die auf dieser Ebene mit Wirtschaftskrise, Inflation, Wirtschaftsdirigismus etc. konnotiert wurden.

So wurden aus der für beide deutsche Teilstaaten gemeinsamen Geschichte mittels der jeweiligen Gründungsmythen deutlich voneinander unterschiedene Geschichten gemacht, denen gegenüber dann das gesellschaftliche wie politisch Neue um so schärfer und markanter hervortrat: Im einen Fall ist es der (Monopol-)Kapitalismus, der in den Faschismus geführt habe und gegen den Antifaschismus und Sozialismus eine gleichsam selbstvidente Verbindung eingingen; im anderen Fall sind es vor allem eine dirigistische Wirtschaftspolitik und die Fesselung der Marktkräfte, die in wirtschaftliche Krisen, zu Arbeitslosigkeit und dadurch zum Aufstieg der NSDAP geführt hätten, weswegen die Durchsetzung einer sozial abgefederten Marktwirtschaft die richtige Lehre aus den zurückliegenden Katastrophen sei.

Wie aber erlangen politische Mythen Wirksamkeit? Wie werden sie verbreitet? Wie werden sie zu Bestandteilen des kollektiven Gedächtnisses?<sup>17</sup> Wie werden sie zu Leitvorstellungen bei der Selbstinterpretation einer politischen Gemeinschaft? Im Anschluß an Jan Assmanns Überlegungen zur Überlieferung in früheren Hochkulturen läßt sich zwischen einem kommunikativen und einem kulturellen Gedächtnis unterscheiden, wobei das *kommunikative* Gedächtnis die Erinnerungen umfaßt, „die sich auf die rezente Vergangenheit beziehen. Es sind dies Erinnerungen, die der Mensch mit seinen Zeitgenossen teilt. Der typische Fall ist das Generationen-Gedächtnis. Dieses Gedächtnis wächst der Gruppe historisch zu; es entsteht in der Zeit und vergeht mit ihr, genauer: mit seinen Trägern. Wenn die Träger, die es verkörperten, gestorben sind, weicht es einem neuen Gedächtnis.“<sup>18</sup> Dem steht das *kulturelle* Gedächtnis gegenüber, das „eine Sache institutionalisierter Mnemotechnik“ ist. Daraus folgt, daß zum kommunikativen Gedächtnis im Prinzip jeder aus der Kompetenz der von ihm gemachten Erfahrungen beitragen kann, während das kulturelle Gedächtnis immer seine speziellen Träger hat: „Dazu gehören die Schamanen, Barden, Griots ebenso wie die Priester, Lehrer, Künstler, Schrei-

17 Der Begriff des kollektiven Gedächtnisses, das etwas anderes ist als die Summe der individuellen Gedächtnisse eines Sozialverbandes, wurde geprägt von Maurice Halbwachs; vgl. ders., *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt/M. 1985.

18 Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 52.

ber, Gelehrten, Mandarine und wie die Wissensbevollmächtigten alle heißen mögen.<sup>19</sup>

Im Hinblick auf die Zirkulation und Weitergabe politischer Mythen in den beiden Formen des kollektiven Gedächtnisses heißt das, daß eine über das kulturelle Gedächtnis vermittelte Erinnerung ungleich besser unter politische Kontrolle gebracht werden kann, als dies beim kommunikativen Gedächtnis der Fall ist, wo immer eine gewisse Widerständigkeit gegen offizielle Überformungen bestehen bleibt. Dafür besitzen die über das kommunikative Gedächtnis vermittelten Erinnerungen eine ungleich größere Glaubwürdigkeit, weil das Berichtete durch den Berichtenden selbst verbürgt und bestätigt wird.

Im Falle des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR geschah dies durch das öffentliche Auftreten von Widerstandskämpfern, von in Zuchthäusern und Konzentrationslagern Gefangenen sowie insbesondere von Spanienkämpfern, die nicht nur vom Erleiden des Faschismus, sondern auch vom bewaffneten Kampf gegen ihn berichten konnten<sup>20</sup>. Aber dieses kommunikativ vermittelte, persönliche Erinnerungsvermögen an das im Gründungsmythos Behauptete wurde mit dem Fortgang der Zeit zu einer immer knapperen Politikressource. Jan Assmann hat den Zeitraum, den das kommunikative Gedächtnis umfaßt, auf etwa vierzig Jahre beziffert, und so war die DDR gegen Ende ihres Bestehens mehr und mehr darauf angewiesen, ihren Gründungsmythos über die Medien des kulturellen Gedächtnisses zu verbreiten.

Aber auch ohne das allmähliche Wegsterben derer, die eigene Erinnerungen an Verfolgung und Widerstand kommunizieren konnten, gab es ein Problem: Es waren nur wenige, die in Deutschland aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatten; die meisten hatten, auch wenn sie sich nicht gerne daran erinnerten, irgendwie mitgemacht. Unter diesen Umständen war der Gründungsmythos der DDR von Anfang an viel stärker als der der Bundesrepublik auf die Medien des kulturellen Gedächtnisses angewiesen<sup>21</sup>. Im Unterschied zum Gründungsmythos der Bundesrepublik

mit ihrem den Großteil der Bevölkerung einbeziehenden Wiederaufbau und Wirtschaftswunder war es nicht so dicht und vielfältig mit persönlichen Erinnerungen an die betreffende Zeitspanne verknüpft, bzw. in diesen Erinnerungen war auch sehr viel anderes präsent als Widerstand.

Hinsichtlich des kulturellen Gedächtnisses lassen sich drei Vermittlungsformen politischer Mythen unterscheiden: die narrativ-extensive, die ikonisch-verdichtende und schließlich die rituell-szenische Form. Dabei fasse ich unter der *narrativ-extensiven* Form die verschiedenen Varianten erzählerischer Vermittlung zusammen: Sie reichen von einem bestimmten Typus der Historiographie über belletristische Literatur, Gedichte, Erzählungen, Romane bis zu politischen Texten und Reden. Zu der *ikonisch-verdichtenden* Form zählen Denkmäler und Mahnmale oder die in der DDR überaus beliebten Wandmalereien oder Mosaiken an großflächigen Fassaden, schließlich auch die bei Demonstrationen mitgeführten Bilder, die in bildhafter Verdichtung das narrativ Vermittelte repräsentieren. Unter der *rituell-szenischen* Form der Vermittlung politischer Mythen sind öffentliche Versammlungen, Gedenkveranstaltungen und Aufmärsche zu verstehen, bei denen in regelmäßiger Wiederholung und gemäß einer feststehenden „Liturgie“ jener Ereignisse und Personen gedacht wird, denen der politische Mythos eine herausragende Relevanz für Entstehung und Identität des Gemeinwesens zuspricht.

Alle drei Formen der Vermittlung politischer Mythen, die in dieser Klarheit freilich nur analytisch separiert werden können und eine Fülle von Überschneidungen und Verschränkungen aufweisen – die wichtigste ist wohl der Film<sup>22</sup> –, ergänzen und verstärken sich wechselseitig, wobei die narrative Vermittlung das Fundament darstellt, auf dem die ikonische wie die rituelle Form aufbauen. Ohne Rückbezug auf die Narration bleiben sie unver-

22 Gerade dem Film ist bei der Vermittlung des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR eine zentrale Funktion zugekommen; vgl. dazu jetzt Detlef Kannapin, *Dialektik der Bilder. Über den Umgang mit der NS-Vergangenheit im deutschen Film nach 1945 – Methoden und Analyseverfahren*, in: Wilhelm Hofmann (Hrsg.), *Visuelle Politik. Filmpolitik und die visuelle Konstruktion des Politischen*, Baden-Baden 1998, S. 220–240; Sandra Langenhahn, *Zur politischen Ikonographie des DEFA-Films am Beispiel der Produktionen zu Ernst Thälmann*, in: ebd., S. 267–280, sowie dies., *Ursprünge und Ausformung des Thälmannkults. Die DEFA-Filme „Sohn seiner Klasse“ und „Führer seiner Klasse“*, in: *Leit- und Feindbilder in DDR-Medien*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 55–65; grundsätzlich dazu auch Rainer Rother (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Völker im Film*, München – Berlin 1998 (Begleitband zu einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum).

19 Ebd. S. 52 und 54.

20 Die wichtigste Gestalt war hier Hans Beimler, der Politkommissar der 11. Internationalen Brigade, der 1936 bei den Kämpfen um Madrid unter ungeklärten Umständen ums Leben kam.

21 Vgl. Herfried Münkler, *Das kollektive Gedächtnis der DDR*, in: D. Vorsteher (Anm. 10), S. 458–468; grundsätzlich dazu auch Peter Steinbach, *Die Vergegenwärtigung von Vergangenheit. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erneuerung und öffentlichem Gedenken*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3–4/97, S. 3–13.

ständig oder verwandeln sich in ein leeres Ritual. Hieraus ist auch erklärlich, daß der entscheidende Ort bei der Vermittlung politischer Mythen die Schule bzw. die dort eingesetzten Lesebücher und ergänzenden Lehrmittel sind, und das wiederum hat zur Folge, daß der Staat durch seinen Einfluß auf die Unterrichtsgestaltung erheblich größere Einflußmöglichkeiten auf die Ausgestaltung und Verbreitung politischer Mythen hat als andere politische und gesellschaftliche Kräfte. Um wieviel mehr gilt dies erst, wenn Staat und Partei eine Einheit bilden und oppositionelle Gruppen nicht einmal die Möglichkeit haben, sich politisch zu formieren, wie dies in der DDR der Fall war.

### III. Der antifaschistische Gründungsmythos als Identitätsressource der DDR und Machtinstrument der SED

Die drei aus der Zerschlagung des „Großdeutschen Reiches“ hervorgegangenen selbständigen Staaten – die Republik Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland – sind mit der nationalsozialistischen Vergangenheit unterschiedlich umgegangen: Während der Nationalsozialismus, so M. Rainer Lepsius, in Österreich *externalisiert*, also als ein von außen kommendes Ereignis begriffen worden sei und ihn die Bundesrepublik Deutschland – nicht zuletzt infolge ihres Anspruchs, Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs zu sein – *internalisiert*, also als Bestandteil der eigenen Geschichte akzeptiert habe, habe ihn die DDR *universalisiert*, d. h. als eine Etappe in der Epoche des sich verschärfenden Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus begriffen<sup>23</sup>. Das entscheidende Instrument hierbei war die Faschismustheorie, wie sie in den dreißiger Jahren in der Komintern durchgesetzt worden war: Der Faschismus war danach die Periode im weltgeschichtlichen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in welcher die aggressivsten und reaktionärsten Gruppen des Monopolkapitals an die Macht gelangt waren<sup>24</sup>. Der Nationalsozialismus wurde so nicht als ein spezifisches Ereignis der deutschen Geschichte aufgefaßt, sondern auf ganz Europa ausgeweitet, und wenn er sich in Deutschland in aggressiverer und brutalerer Form zeigte als etwa

23 Vgl. M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Max Heller u. a. (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1989, S. 247 ff.

24 Vgl. Richard Saage, Faschismustheorien, München 1997<sup>2</sup>, S. 32 ff.

in Italien oder Spanien, dann deswegen, weil hier der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein fortgeschrittenes Stadium erreicht hatte. Nicht die deutsche Geschichte, auch nicht spezifisch deutsche Mentalitäten – wie Obrigkeithörigkeit und Untertanengesinnung, Furcht vor der Freiheit und Sehnsucht nach dem „starken Mann“ oder dergleichen – waren danach für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland verantwortlich, sondern verantwortlich war zunächst und vor allem eine kleine Gruppe von „Monopolkapitalisten“, die mit Geld und Intrigen Hitler den Weg zur Macht gebahnt hatte. Das war nach 1945 natürlich für viele, die damals irgendwie mitgemacht hatten, ohne sich direkt an Verbrechen beteiligt zu haben, eine nicht unwillkommene Theorie – sprach sie doch weitgehend von Mitverantwortung frei.

Die Entnazifizierung der DDR erfolgte also auf drei Ebenen: Zum einen erfolgte sie als Entfernung nationalsozialistischer Amtsträger und weitgehend auch der Parteimitglieder mit einem Eintrittsdatum vor 1937 aus ihren Positionen und Funktionen. Auf diese Maßnahmen hat sich die DDR später immer wieder als Zeichen für den von ihr vollzogenen tiefgreifenden Bruch mit dem Nationalsozialismus berufen<sup>25</sup>, und das zumeist in polemischer Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik, die einen solchen Bruch nicht vollzogen, sondern viele frühere NSDAP-Mitglieder nach einer kurzen Zwischenphase wieder in ihre alten Positionen gelassen habe. Daneben gab es im Rahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ aber auch eine Reihe von Maßnahmen, die sich nicht gegen ehemalige Nationalsozialisten, sondern gegen die

25 So heißt es in dem bereits zitierten Jubiläumsband zum 40. Jahrestag der DDR dazu: „520 000 ehemalige Angehörige der Nazipartei wurden aus öffentlichen Ämtern entlassen. Allein bis 1950 sind über 10 000 Personen, die der Kriegsverbrechen und Vergehen gegen die Menschlichkeit überführt waren, abgeurteilt worden. 7 136 Großgrundbesitzer und 4 112 Kriegsverbrecher wurden – den Bestimmungen des gesetzlich rechtsverbindlichen Potsdamer Abkommens folgend – entschädigungslos enteignet.“ (Herausgeberkollektiv K. Ullrich [Anm. 1], S. 24). Insgesamt dürften in der SBZ bzw. DDR knapp drei Prozent der Gesamtbevölkerung von Entnazifizierungsverfahren direkt betroffen gewesen sein, also etwa jedes achte Mitglied der NSDAP und ihrer Gliederungen; vgl. Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München 1998, S. 66 ff. Verglichen mit den Westzonen war damit ein ungleich höherer Anteil von NS-Verantwortlichen bestraft worden, und die Strafen waren zudem erheblich schwerer als im Westen; vgl. hierzu die exemplarische Untersuchung von Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213–299; sowie Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Eigentümer von Ländereien und Fabriken richteten, die aber auf der Basis der alten Faschismustheorie der Komintern als Bestandteil des antifaschistischen Kampfes angesehen werden konnten<sup>26</sup>. Der Rest der Bevölkerung wurde durch diese Faschismustheorie – und das ist die dritte Ebene – moralisch und politisch entlastet, und im antifaschistischen Gründungsmythos der DDR fand dies seinen bedeutsamsten Niederschlag. Hauptelement dieser Entlastung war die weitgehende Ausblendung des nationalsozialistischen Völkermords an den Juden, der in der Faschismustheorie der Komintern keinen Platz hatte<sup>27</sup>.

Die sozialpsychologischen Effekte, die die gründungsmythische Verbindung der DDR mit dem antifaschistischen Widerstand hatte, hat Stephan Hermlin im Rückblick folgendermaßen beschrieben: „Das Siegerbewußtsein . . . war zunächst einmal das Bewußtsein der Widerstandskämpfer, die ja auch nur zu einem geringen, wenn auch beträchtlichen Teil Kommunisten waren. Wir haben in den ersten Jahren der Republik ein ziemlich klares, deutliches Urteil über die deutsche Geschichte gefällt, das von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen wurde; das hatte aber wiederum Folgen, denn die Mehrheit der Bevölkerung war sich darüber im klaren, daß sie den Faschismus auf irgendeine Weise unterstützt hatte, und fühlte sich schuldig. Und dann ist den Propagandisten bei uns eingefallen, diese seltsame Formel von ‚Sieger der Geschichte‘ zu verwenden. An sich ein Absurdum, weil es Sieger der Geschichte nicht gibt, nie gegeben hat. In dieser Formel drückt sich die Überzeugung aus, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört; aber sie drückt sich auf eine etwas ungeschickte Weise aus. Man ernannte sich selbst zum Sieger der Geschichte. Diese Formel breitete sich sofort aus, wie ein Kreis in einem Wasser, in das man einen Stein geworfen hat. Jeder Bürger der DDR konnte sich nun als Sieger der Geschichte fühlen.

26 Vgl. hierzu Helga A. Welsh, „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 84–107.

27 Vgl. Y. Michal Bodemann, Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996, S. 100 ff.; zur westdeutschen Erinnerung des Holocaust im Vergleich zu dessen Bearbeitung in Israel vgl. Moshe Zuckermann, Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998. Eine polemisch-engagierte Auseinandersetzung mit der in der DDR unterbliebenen Beschäftigung mit dem Mord an den Juden bietet Michael Wolffsohn, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995.

Dadurch, daß man dem Volk diese Schmeichelei sagte und es entlastete, war es dann leichter zu regieren. Es ist schwer, auf die Dauer Leute zu regieren, die sich irgendwie schuldig fühlen. Mit dieser Formel erlangte die DDR gleichzeitig auch eine gewisse politische Autorität!<sup>28</sup>

Was Hermlin als einen späteren Effekt der Propaganda ansieht, der mit der politischen Gründungsidee der DDR nichts zu tun gehabt habe, ist freilich mit dem Gründungsmythos des antifaschistischen Widerstands selbst untrennbar verknüpft: die Verwandlung der Niederlage des Deutschen Reichs in einen (kommunistischen) Sieg und die Übertragung von Verantwortung und Schuld für die von Deutschen begangenen Verbrechen auf eine kleine Gruppe überzeugter Nazis und ihre „monopolkapitalistischen“ Hintermänner. Der antifaschistische Gründungsmythos stellte sicher, daß man selbst zu den Opfern des Faschismus und gleichzeitig zu den Siegern der Geschichte und nicht zu den Tätern und Verlierern gehörte. Was an der Vergangenheit belastend und beschämend war, was daraus an Schuld und Verantwortung für die Gegenwart erwachsen konnte, wurde als etwas Fremdes markiert, das mit der eigenen Identität nichts zu tun hatte. „Das NS-Erbe wurde zum Problem der Westdeutschen. Hitler war gleichsam ein Westdeutscher geworden“, so hat Bernd Faulenbach diese Entlastungsstrategie charakterisiert<sup>29</sup>.

Der antifaschistische Gründungsmythos der DDR war insofern zunächst eine Bereinigung des kollektiven Gedächtnisses, die viele entlastete und darum, wie Hermlin dies sicherlich zutreffend erinnert, von einem Großteil der Bevölkerung bereitwillig aufgegriffen wurde. Da er persönliche Erinnerungen relativierte und von Schuldgefühlen freisprach, fand er über längere Zeit breite Akzeptanz in der Bevölkerung<sup>30</sup>. Aber, und das hat

28 Stephan Hermlin, Wo sind wir zuhause? Gespräch mit Klaus Wagenbach, Frühjahr 1979, in: ders., In den Kämpfen dieser Zeit, Berlin 1995, S. 28. Daß Hermlin seine eigene Vita dem Gründungsmythos der DDR angepaßt hat, um auch bei den Siegern der Geschichte zu sein, legt das von Carl Corino veröffentlichte Material nahe; vgl. Carl Corino, „Außen Marmor, innen Gips“. Die Legenden des Stephan Hermlin, Düsseldorf 1996.

29 Bernd Faulenbach, Zur Funktion des Antifaschismus in der SBZ/DDR, in: Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags 1992–1994 in vier Bänden, hrsg. von Ingrun Drechsler u. a., München 1997, Bd. 1, S. 149.

30 Vgl. hierzu auch B. Faulenbach, ebd., S. 151 f.; Faulenbach erschwerte sich freilich selbst den Zugang zur politischen Attraktivität des Antifaschismus auch für viele, die dem SED-Staat ansonsten skeptisch bis ablehnend gegenüber-

Hermlin ansatzweise erkannt, man wußte oder ahnte doch, daß diese Freistellung von Schuld und Verantwortung insofern nur geborgt war, als der Widerstand einiger weniger zur Freistellung der übrigen genutzt wurde, und daß diese rechtfertigende und schützende Einbeziehung jederzeit auch wieder zurückgenommen werden konnte. Das politisch gute Gewissen hing nicht am eigenen Tun in der Vergangenheit, sondern an der Kollektivamnestie durch den antifaschistischen Gründungsmythos. Und der war, um auf die oben eingeführte Begrifflichkeit zurückzugreifen, nicht über das kommunikative, sondern allein über das kulturelle Gedächtnis gesichert<sup>31</sup>. Dadurch war der antifaschistische Gründungsmythos von vornherein immer auch eine Macht- und Herrschaftsressource derer, die über die offizielle Erinnerung verfügten. Oder pointiert formuliert: Wer über den Begriff des Antifaschismus verfügte, hatte auch die Macht, Oppositionellen und Mißliebigen den durch diesen Begriff gebotenen Schutz zu entziehen. Die schärfste Form dieses Schutzzugs war die Bezeichnung „Faschist“ oder „faschistisch“, die in der Frühphase der DDR zu einem willkürlich verwendbaren Vernichtungsbegriff wurde<sup>32</sup>. Weil der antifaschistische Gründungsmythos der DDR immer beides zugleich war, Integrations- wie Exklusionserzählung, und weil die Verfügung darüber im Herrschaftssystem der SBZ bzw. DDR ausschließlich in der Hand der Machthaber lag, war er – im Unterschied zu den Mythen des antifaschistischen Widerstands in Italien und Frankreich<sup>33</sup> – immer auch ein Herrschaftsinstrument.

standen, indem er den Gründungsmythos ausschließlich als Ideologie begreift und dementsprechend vor allem seine herrschaftsstrategische Funktion herausstellt.

31 Die Diskrepanzen, die zur offiziellen Erinnerungskultur entstanden, wenn die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in der persönlichen Erinnerung revoziert wurde, zeigen gleichzeitig Stärke wie Schwäche des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR: Es war klar, daß er in seiner offiziellen Form kaum der historischen Wahrheit entsprechen konnte, aber gleichzeitig erlaubte er, dieser unangenehmen Wahrheit auszuweichen. In dieser Hinsicht zumindest hat der antifaschistische Gründungsmythos der DDR sozial- wie individualpsychologisch dieselbe Funktion gehabt wie die lange Zeit vorherrschende Praxis des Verdrängens und Beschweigens im Westen.

32 Vgl. Günter Fippel, *Verfolgte des Nationalsozialismus und des Stalinismus*, in: *Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft* (Anm. 29), S. 154–162.

33 Die Mythisierung der Resistenza bzw. der Résistance hat in beiden Ländern in ähnlicher Weise zur Bereinigung des kollektiven Gedächtnisses gedient und die eigene Involviertheit in die nationalsozialistische Schreckenherrschaft in Europa marginalisiert. So war es in Italien nach brutalen Abrechnungsaktionen im Rahmen des Partisanenkrieges in Oberitalien schon 1946 unter Mitwirkung der Kommunisten zu einer Amnestie gekommen, die den „kleinen Faschisten“ die Rückkehr ins bürgerliche Leben ermöglichte (vgl. Hans Woller,

Grundlage der Vermittlung politischer Mythen ist, wie oben skizziert, der Unterricht in der Schule, wobei in der DDR dem Deutsch- und Geschichtsunterricht sowie der Staatsbürgerkunde eine besondere Bedeutung zukamen. In etwas vergrößerter Weise kann man festhalten, daß hierbei der Deutschunterricht darauf ausgelegt war, eine politisch nicht weiter differenzierte emotionale Bindung an den Antifaschismus zu vermitteln und Sympathien derjenigen zu wecken, die dem NS-Regime Widerstand geleistet hatten. Das erfolgte zunächst durch den Lektüreplan<sup>34</sup>. Als Beispiel hierfür kann die Erzählung „Kiki“ von Friedrich Wolf dienen, die sich seit den sechziger Jahren in nahezu allen Lesebüchern für die 6. Klasse findet. Erzählt wird darin das Schicksal eines kleinen Hundes, der Häftlingen eines nazistischen Straflagers zugelaufen ist. Während diese dem Hund von ihren schmalen Rationen etwas abgeben, wird er von den Aufsehern geschlagen, gequält und schließlich zu Tode gehetzt. Durch die Darstellung des Verhaltens gegenüber der hilflosen Kreatur werden Sympathien für die Antifaschisten geweckt, die sich später in politischen Optionen niederschlagen sollen. In höheren Klassen kam den Romanen „Das Siebte Kreuz“ (1939/42) von Anna Seghers<sup>35</sup> und „Nackt unter Wölfen“ (1958)

„Ausgebliebene Säuberung“? Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien, in: K.-D. Henke/H. Woller [Anm. 26], S. 148–191, insbes. S. 180 ff.). Die mit den „Säuberungsmaßnahmen“ in Frankreich verbundene Funktion der „Wiederherstellung einer nationalen Identität“ hebt Rouso hervor (Henry Rouso, *L'Épuration. Die politischen Säuberungen in Frankreich*, in: ebd., S. 192–240, insbes. S. 238 f.). Die Bedeutung der „antifaschistischen Lebenslügen“ (Altwegg) für die politische Kultur der Nachkriegszeit in beiden Ländern ist in den Debatten der letzten zehn Jahre in den Blick gekommen; vgl. dazu jetzt Jürg Altwegg, *Die langen Schatten von Vichy. Frankreich, Deutschland und die Rückkehr des Verdrängten*, München 1998; zur Kollaboration in Frankreich vgl. Gerhard Hirschfeld/Patrick Marsh (Hrsg.), *Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940–1944*, Frankfurt/M. 1991.

34 Zur Entwicklung der Literatur in SBZ und DDR im Hinblick auf den antifaschistischen Gründungsmythos vgl. Wolfgang Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*, Leipzig 1996, S. 70 ff.; die Einbeziehung anerkannter literarischer Werke in die Analyse der Selbstauslegung einer Gesellschaft ist möglich auf der Grundlage ihrer Konzeptualisierung als politischer Mythos, während das Ideologiekonzept auf den Nachweis der Auftragsarbeit gemäß politischen Direktiven angewiesen ist; vgl. dazu auch Wolfgang Emmerich, *Selektive Erinnerung. Selbstbegründungsmythen der literarischen Intelligenz in Ost und West nach 1945*, in: *Orientierung, Gesellschaft, Erinnerung*. Rostocker Philosoph. Manuskripte (1997), S. 95–114, insbes. S. 105 ff.

35 Anna Seghers' Werk, insbesondere „Das Siebte Kreuz“, war im Westen nach 1948/49 Gegenstand heftiger Kritik und Angriffe; sie sind dargestellt bei Alexander Stephan, *Anna Seghers' Das Siebte Kreuz. Welt und Wirken eines Romans*, Berlin 1997, S. 283 ff.; Stephan notiert diese Kritik jedoch



von Bruno Apitz<sup>36</sup> eine ähnliche Funktion zu, in denen es um den nazistischen Terror in den KZs, Möglichkeiten des Widerstands, die Flucht und schließlich – bei Apitz – das heroische Agieren der Kommunisten in Buchenwald geht. Daß einige Autoren ihre Texte als Beiträge in den politischen Auseinandersetzungen begriffen haben, zeigt Anna Seghers' Beschreibung der Aufgaben des Künstlers, wonach dieser „die Angriffspunkte erinnern“ müsse, „von denen aus er die Mentalität der faschistischen Jugend von ungeheurem Wahn, von lügenhaften Vorstellungen, von totenstarrer Verkrampftheit in Herrschsucht und mechanischem Gehorsam befreien kann“. Dabei müsse die Literatur den einzelnen Menschen wieder „einsetzen mit seinen Gefühlen und Leidenschaften, mit seinen persönlichen Bindungen in der Liebe, der Freundschaft, der Familie“<sup>37</sup>. Eine solche Bewußtheit über die politische Funktionalität literarischer Texte muß und kann aber keineswegs bei allen vorausgesetzt werden, die mit Erzählungen und Romanen zur Ausgestaltung des antifaschistischen Gründungsmythos beigetragen haben.

Ganz offenkundig hat die Vermittlung des Gründungsmythos der DDR über lange Zeit funktioniert und Wirkung gezeigt: „Ich konnte mir die

verständnislos, weil er die Funktion des Romans in der Konfrontation der politischen Gründungsmythen nicht zur Kenntnis nimmt.

36 Auch gegen Apitz' Roman wurde im Westen polemisiert; so warf ihm ein Rezensent u. a. vor, „eine rührselige Geschichte mit Lesebuch-Didaktik“ geschrieben zu haben (zit. nach W. Emmerich [Anm. 34], S. 135); auch hierbei spielte die gründungsmythische Dimension des Romans eine entscheidende Rolle. Die Situation der Schriftsteller in der SBZ und DDR beschreibt Günter de Bruyn rückblickend so: „Über Krieg und Nachkrieg zu schreiben, war in den fünfziger und sechziger Jahren, wenn man gedruckt werden wollte, nur mit Verschweigen und Lügen möglich; denn alles, was uns in diesen Jahren Angst gemacht hatte, war tabuisiert. Kein Sowjetsoldat durfte geplündert und vergewaltigt haben, kein nach dem Krieg Internierter durfte in Buchenwald, Ketschendorf oder in Sibirien verendet sein. Von den deutschen Offizieren, die von den Amerikanern in die sowjetisch besetzte Zone entlassen und von den Russen sofort wieder gefangen und abtransportiert wurden, durfte genauso wenig verlauten wie von den Opfern der Bodenreform und der Bauernvertreibung, von den Justizmorden in Waldheim, von der sogenannten Aktion Rose, die den Hotelbesitzern an der Küste gepochelt hatte, oder von den hohen Gefängnisstrafen für kritische Worte oder einem politischen Witz. So viel, wie ich heute weiß, wußte ich damals noch nicht, aber nichts war mir gänzlich verborgen geblieben... Man war gut trainiert aufs Verschweigen, denn gefährlich war auch das Reden darüber, was Hetze genannt wurde und bestraft werden konnte. Man behielt besser für sich, was man wußte, und da es noch besser war, davon gar nichts zu wissen, galt die Nichtbeachtung des Schweigegebots bald als ungehörig. Zwang wurde zur Konvention.“ Günter de Bruyn, Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1996, S. 117.

37 Zit. nach W. Emmerich (Anm. 34), S. 88.

Zeit des zwölfjährigen Reiches“, so erinnert sich Annette Simon, die Tochter von Christa und Gerhard Wolf, „nur als eine Zeit unsäglicher Greuel vorstellen. Das sehr früh angebotene sozial-ökonomische Erklärungsmodell vom ‚Faschismus als höchstentwickelter Form des Monopolkapitalismus‘ und die Projektion, daß diese Verbrecher nun alle im Westen Deutschlands lebten, boten dem Kind Entlastung... Die Geschichten von den gemordeten Antifaschisten waren die Heldensagen der DDR (die Ermordung von Millionen Juden war dabei meist nur ein Nebenthema), und die Überlebenden erfüllten deren Vermächtnis – schon deshalb mußten sie im Recht sein.“<sup>38</sup> Die Loyalitätsreduktion, wie sie oben als Funktion politischer Mythen beschrieben worden ist, ist hier, wie Simon es nennt, zur „Loyalitätsfalle“ geworden. Ganz ähnlich erinnert sich auch Annette Leo: „Die Helden meiner Kinderträume waren die Widerstandskämpfer. Allen voran natürlich mein Vater, der Partisan, der mit einer Pistole bewaffnet durch den Wald schlich, oder aus höchster Gefahr errettet wurde... Nicht nur zu Hause, auch in der Schule, wenn beim Morgenappell die Fahne hochgezogen und ein Spruch rezitiert wurde, bei Demonstrationen schwebten die Bilder der toten Helden über unseren Köpfen. Filme und Bücher handelten vom Kampf und Leidensweg Ernst Thälmanns, John Schehrs, Hans Beimlers.“<sup>39</sup>

Annette Leos Erinnerungen zeigen das Wechselspiel zwischen den narrativen, ikonischen und rituellen Elementen der Vergegenwärtigung des antifaschistischen Gründungsmythos. Auf der Grundlage der Erzählungen vom antifaschistischen Widerstand wurden einzelne Personen herausgegriffen und zu Ikonen des Mythos verdichtet: an erster Stelle natürlich Ernst Thälmann, der im KZ Buchenwald gefangene und schließlich ermordete KPD-Vorsitzende. Er war die wichtigste Identifikationsfigur der DDR, der wichtigste Märtyrer

38 Annette Simon, Antifaschismus als Loyalitätsfalle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Febr. 1993; vgl. auch das zusammenfassende Urteil von Günther Rüter: „Die stärkste Bindung der DDR-Literatur an ihren Staat bewirkte die sogenannte antifaschistische demokratische Umwälzung.“ Und über die Mehrzahl der Autoren im Juni 1953: „An der DDR als antifaschistischem Staat wollten sie festhalten, aber den stalinistischen Kulturbetrieb überwinden.“ Günther Rüter, Nur „ein Tanz in Ketten“? DDR-Literatur zwischen Vereinnahmung und Selbstbehauptung, in: ders. (Hrsg.), Literatur in der Diktatur. Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus, Paderborn u. a. 1997, S. 249–282, hier S. 252 f.

39 Annette Leo, Die Helden erinnern sich, in: Die wiedergefundene Erinnerung. Verdrängte Geschichte in Osteuropa, Berlin 1992, S. 159 f.

des Sozialismus, der Gründervater der neuen Gesellschaft, und die nach ihm benannten Thälmannpioniere waren auf sein Vermächtnis verpflichtet. In ihnen lebte Thälmann fort oder, deutlicher noch, in ihnen war er wiedererstanden. Sein Leben und Sterben erlangte durch sie Sinn und Bedeutung; sie trugen seinen Namen als „heilige Verpflichtung“, sein Vermächtnis zu bewahren und zu verteidigen<sup>40</sup>. So lautete das Gelöbnis der Jungen Pioniere anlässlich der Verleihung des Ehrennamens Ernst Thälmann im Jahr 1952:

*„Wir Jungen Pioniere, Söhne und Töchter des deutschen Volkes, geloben bei unserer Pionierlehre unserem Präsidenten Wilhelm Pieck, daß wir uns stets des Namens Ernst Thälmanns würdig erweisen werden, der für das Glück unseres Vaterlandes gekämpft und dafür sein Leben gegeben hat.*

*Das geloben wir!*

*Alle: Das geloben wir!*

*Wir geloben, daß wir im Kampf für die Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen Deutschland unsere Kraft einsetzen werden.*

*Alle: Das geloben wir!*

*Wir geloben, stets unerschrocken für den Sieg des Sozialismus in unserem Land einzutreten.*

*Alle: Das geloben wir!*

*Wir geloben, die Freundschaft mit der Sowjetunion zu pflegen und zu hüten so wie Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck.*

*Alle: Das geloben wir!*

*Wir versprechen, vorbildlich zu leben und zu lernen, um würdige Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik zu werden.*

*Alle: Das geloben wir!<sup>41</sup>*

Solche rituell-szenischen Vermittlungen des Gründungsmythos wurden ergänzt durch Denkmäler für Thälmann und entsprechende Straßenbenennungen<sup>42</sup>, durch die sein Name und seine Person im öffentlichen Bewußtsein präsent gehalten werden sollten. Thälmanns herausgehobene Bedeutung im Rahmen des DDR-Gründungsmythos zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Anlage des KZ Buchenwald, wo ihm ein eigenes Denkmal gewidmet wurde. Ganz wie Jesus Christus in der christlichen Ikonographie erscheint er hier seinen zur Trauerfeier versammelten Genossen und grüßt

sie mit erhobener Faust: Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten in einem als Versprechen, daß allen Niederlagen und Demütigungen zum Trotz am Schluß die Kommunisten doch siegen würden. Die Existenz der DDR war die Bestätigung dieser Verheißung, und die mythisierte Figur Thälmanns war für die DDR so etwas wie eine heilsgeschichtliche Garantie.

---

#### IV. Nutzen und Preis des antifaschistischen Gründungsmythos für die DDR

---

Der Nutzen, den die DDR aus ihrem Gründungsmythos zog, lag, wie gezeigt, zunächst in der klaren Abgrenzung gegen die zurückliegende deutsche Geschichte, angesichts derer die Gründung der DDR sich als ein „Wendepunkt“ verstand. Gleichzeitig wurde die DDR durch ihre Legitimationserzählungen aber auch nicht völlig von der deutschen Geschichte abgetrennt, sondern mit deren „besten Traditionen“ von den Bauernkriegen bis zum antifaschistischen Widerstand verbunden. Vor allem aber diente der Gründungsmythos zur deutlichen Abgrenzung gegenüber der mit einem konkurrierenden Alleinvertretungsanspruch auftretenden Bundesrepublik im Westen und verlieh dem „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ eine eigene Legitimation, die ihn gegen den aus dem Westen sehr bald erhobenen Vorwurf, er sei ein Gebilde von Stalins Gnaden, in Schutz nehmen sollte. Im antifaschistischen Gründungsmythos wurden also auch – und das sollte nicht übersehen werden – eigene politische Gestaltungsansprüche gegenüber der Sowjetunion geltend gemacht. Die historisch sicherlich kaum haltbare Konstruktion von der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZs Buchenwald und die entsprechende ikonische und rituelle Inszenierung dieser Selbstbefreiung in der künstlerischen Ausgestaltung der Gedenkstätte hatten nicht zuletzt auch diese Funktion<sup>43</sup>.

40 In der Bezeichnung „Thälmann-Pioniere“ wurde zugleich ein Bezug zu den Spanienkämpfern hergestellt: Die 11. Internationale Brigade trug ebenfalls den Namen „Ernst Thälmann“.

41 Zit. nach Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Opladen 1996, S. 65 (Faksimile der Pionierzeitung für das I. Pioniertreffen, Dresden 1952).

42 Vgl. Maoz Azaryahu, *Vom Wilhelmplatz zum Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR*, Tel Aviv 1991, S. 151 ff.

43 Vgl. die knappe Darstellung bei James E. Young, *Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust*, Wien 1997, S. 115–125; zur Rolle der inhaftierten Kommunisten in der Lagerorganisation sowie bei der „Selbstbefreiung“ vgl. Lutz Niethammer, *Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*, Berlin 1994, S. 24–67; vgl. hierzu auch die Berichte von Buchenwald-Häftlingen über die Vorgänge zwischen dem 1. und 12. April, in: *Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar*, hrsg. von David A. Hackett, München 1996, S. 358–377.

Neben diesen Funktionen der narrativen Identitätsstiftung, die auf die DDR als Ganzes und in Kontrast zu anderen politischen Einheiten bezogen war, diente der antifaschistische Gründungsmythos aber immer auch als Herrschaftsinstrument der SED im Innern, generell zunächst in der Denunzierbarkeit der sogenannten „bürgerlichen Opposition“ als „faschistisch“<sup>44</sup> und speziell der Unterwerfung der 1946 mit der KPD zur SED (zwangsvereinigten Sozialdemokratie)<sup>45</sup> unter die Vorgaben der kommunistischen Führung. Zunächst aber ging es darum, vermittelt der Mythen des antifaschistischen Widerstands die Arbeiterklasse von dem Verdacht freizusprechen, sie sei zu nicht geringen Teilen zur NSDAP übergelaufen bzw. zumindest doch für nazistische Parolen empfänglich gewesen. Dies war um so mehr erforderlich, als sich die NSDAP ja explizit an die deutschen Arbeiter gewandt und gegen den internationalistischen Sozialismus den nationalen Sozialismus als Leitidee gesetzt hatte. Dies war – und ist – auch einer der Gründe dafür, daß in der politischen Auseinandersetzung nicht das Wort „Nationalsozialismus“, sondern der für Deutschland nicht zutreffende Begriff „Faschismus“ verwendet wird. Ferner hielt man an der von der KPD wie der SED übernommenen Faschismusdefinition Georgi Dimitroffs fest, daß der Faschismus allenfalls ein Täuschungsmanöver gewesen sei, denn in Wirklichkeit habe er ja die Interessen der reaktionärsten Kapitalfraktionen vertreten. Der Faschismus, so wurde die Dimitroff-Formel im Ge-

schichtslehrbuch für die 9. Klasse variiert, „wurde im Interesse der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals an die Macht gebracht, um die Arbeiterklasse und alle anderen Schichten des deutschen Volkes zu unterdrücken“<sup>46</sup>.

Aber nicht alle Schichten hätten um ihre objektiven Interessen gewußt; so sei es dem Faschismus durch Demagogie und falsche Versprechungen gelungen, bei vielen Bauern, Handwerkern, Geschäftsleuten, Beamten und Angestellten Einfluß und Anhänger zu gewinnen, nicht jedoch – oder allenfalls marginal – bei der Arbeiterklasse: „Ein umfassender Einbruch in die Arbeiterklasse gelang der Hitlerpartei nicht“, heißt es im Geschichtslehrbuch weiter<sup>47</sup>. Das war der entscheidende Punkt im antifaschistischen Gründungsmythos für das Selbstverständnis der DDR: Die Resistenz der Arbeiterklasse gegenüber der faschistischen Ideologie und der von ihr getragene Widerstand wurden nicht aus individuellen Haltungen, Werten und Einstellungen einzelner, sondern aus der sozio-ökonomischen Lage der Klasse und dem durch die Aufklärungsarbeit der Kommunisten vorhandenen Wissen um diese objektiven Interessen heraus erklärt. Damit aber wurden nicht nur zeitweilige taktische Bündnisse zwischen KPD und NSDAP – etwa beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932 – verschwiegen, sondern die politische Führung der Sozialdemokratie wurde zugleich verdächtigt, der NSDAP nicht energisch genug Widerstand geleistet zu haben und statt dessen der KPD in den Rücken gefallen zu sein. Dem entsprechend wurde, wenn vom antifaschistischen Widerstand die Rede war, stets ein „vor allem die KPD“ oder „die KPD an der Spitze der deutschen Antifaschisten“ hinzugefügt<sup>48</sup>.

Demgegenüber unterschied man mit Blick auf die Sozialdemokratie zwischen der Masse der Mitglieder, für die die These von der Resistenz der Arbeiterklasse gegen die nazistische Versuchung geltend gemacht wurde, und einer „verräterischen Führung“. So heißt es von den sozialdemokratischen Führern – namentlich von Otto Wels und Theodor Leipart –, sie hätten sich geweigert, „gemeinsam mit der KPD den antifaschistischen Abwehrkampf“ aufzunehmen. „Diese Führer waren voller Illusionen über den Faschismus und glaubten, daß die SPD und die Gewerkschaften weiter existieren könnten, während der Faschismus bald abwirtschaften würde. Viele Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften sahen jedoch weiter als ihre Füh-

44 Als Beispiel sei auf die Verhaftung mehrerer der CDU angehörender Studenten der Berliner Universität unter dem Vorwurf „geheimer faschistischer Tätigkeit“ hingewiesen. Mehrere der Verhafteten hatten sich vor 1945 aktiv am Widerstand gegen Hitler beteiligt; vgl. U. Mähler/G.-R. Stephan (Anm. 41), S. 56 ff., sowie G. Fippel (Anm. 32), S. 153 ff.; zur Bedeutung der „Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien“, des sog. „Antifa-Blocks“, als Instrument, eine bürgerliche Mehrheit in der SBZ zu brechen, vgl. Ehrhardt Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997, S. 43 ff.

45 Aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik und der Niederlage gegen den Nationalsozialismus waren zahlreiche Sozialdemokraten nach Kriegsende zunächst für eine „Wieder“-Vereinigung beider Arbeiterparteien. Als aber schon bald klar wurde, daß die KPD keineswegs an einer gleichberechtigten Zusammenarbeit interessiert war, sondern ihren politischen Führungsanspruch mit allen Mitteln durchzusetzen gedachte, entstand in der SBZ eine entschiedene Opposition gegen die von Otto Grotewohl betriebene Vereinigungspolitik. Diese Opposition wurde mit Druck (Vorladungen, Verhaftungen) wie Gratifikationen (Aussicht auf Ämter und Positionen) gebrochen; die Vereinigung war kein nur erzwungener Schritt, aber freiwillig war er auch keineswegs, und wo, wie in Berlin, über ihn in der Mitgliedschaft der SPD abgestimmt wurde, fand er keine Mehrheit; vgl. Andreas Malycha, *Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung der Einheitspartei*, Bonn 1990<sup>2</sup>.

46 Lehrbuch *Geschichte, Klasse 9* (Anm. 2), S. 159.

47 Ebd., S. 136.

48 Ebd., S. 49, 127.

rer. Sie erkannten, daß nur der gemeinsame Kampf dem Hitlerfaschismus eine Niederlage bereiten konnte.“<sup>49</sup>

Die politische Relevanz dieser Feststellung lag darin, daß die Sozialdemokratie deswegen keinen Anspruch auf die Führungsrolle innerhalb der Einheitspartei der Arbeiterklasse erheben könne und die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von SPD und KPD zur SED unter Führung der Kommunisten stattzufinden hatte. Nicht die Mitgliederzahl beider Parteien, die für die Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben hätte<sup>50</sup>, sondern der antifaschistische Widerstand in der Zeit zwischen 1933 und 1935 und dann wieder seit Hitlers Überfall auf die Sowjetunion – ausgespart blieben die Jahre 1931 und 1932 und insbesondere 1939 bis 1941, die Zeit des Hitler-Stalin-Pakts – sollte danach den Ausschlag geben. Gleichzeitig wurde die Niederlage der Arbeiterparteien mit der Spaltung der Arbeiterbewegung erklärt, so daß die Überwindung dieser Spaltung als das stärkste Bollwerk gegen das Wiedererstarken des Faschismus dargestellt werden konnte. So hieß es in dem 1977 veröffentlichten Lehrplan für die 10. Klasse: „Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes nach der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes und nach Gründung der KPD.“<sup>51</sup> Daß – im Unterschied zur DDR – in der Bundesrepublik die Arbeiterklasse politisch gespalten blieb und zeitweilig dort die Kommunistische Partei verboten war, war im DDR-Gründungsmythos ein weiterer Indikator für die dort fortbestehende Gefahr eines Wiedererstarkens des Faschismus.

Diesem Ertrag an politischer Legitimation stehen nicht unerhebliche Kosten an politischer Flexibilität gegenüber, die die Verpflichtung auf den antifaschistischen Gründungsmythos mit sich brachte. Heiner Müller hat dies so beschrieben: „Der verordnete Antifaschismus war ein Totenkult. Eine ganze Bevölkerung wurde zu Gefangenen der Toten. Durch den nachträglichen Gehorsam der überlebenden Besiegten gegenüber den siegrei-

chen Toten der Gegenpartei, nach dem Modell Friedrichs des Zweiten, des einzigen Intellektuellen auf einem deutschen Thron, der nach seiner Zählung ein wirklicher Soldatenkönig wurde, verloren die Toten des Antifaschismus ihre Aura. Die Replik auf die Konzentrationslager war ‚das sozialistische Lager‘. Es selektierte auch noch seine Toten.“<sup>52</sup> Einen Aspekt dessen, was Müller als „Totenkult“ bezeichnet, hat Annette Leo als „Prozeß der Vergleichgültigung“ beschrieben, in dessen Verlauf infolge hypertropher Inanspruchnahme die verpflichtende und motivierende Kraft des Gründungsmythos dahinschwand: „Die Erinnerung als Staatsdoktrin, die sich in feierlichen Reden, Gesängen, Kranzniederlegungen manifestierte, verlor nach und nach all ihre Lebendigkeit und Widersprüchlichkeit. Sie erstarrte zum Ritual, da ihre Überlieferung von wechselnden aktuellen Zweckmäßigkeiten bestimmt wurde.“<sup>53</sup> Als die Verfasser des Aufrufs „Für unser Land“ sich angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs der DDR noch einmal emphatisch auf den Gründungsmythos beriefen und aus ihm die Motivation für innere Reformen bei Beibehaltung des Weges der Eigenstaatlichkeit erwarteten, verhallte ihre Aufforderung weitgehend ungehört: „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“<sup>54</sup> Zwar unterschrieben in den ersten zwei Wochen etwa 200 000 Menschen den Aufruf<sup>55</sup>, aber das war eine verschwindend kleine Anzahl – verglichen mit denen, die sich von einer Vereinigung mit der Bundesrepublik nicht nur die Lösung der schweren wirtschaftlichen Probleme des Landes versprachen. Pointiert formuliert wird man sagen können, daß vom Spätherbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 sich der bundesrepublikanische Gründungsmythos von Währungsreform und Wirtschaftswunder mitsamt den mit ihm verbundenen Prosperitätsversprechen in der Optionswahrnehmung der DDR-Bevölkerung entscheidend hat durchsetzen können und daß nach dessen Vorgaben anschließend der Vereinigungsprozeß politisch-operativ organisiert worden ist: erst Währungsunion, dann blühende Landschaften.

49 Ebd., S. 147; Bezug genommen wird hier auf die Politik beider Parteien nach dem 30. Januar 1933.

50 Im Oktober 1945 hatte die KPD ca. 248 900 Mitglieder, die SPD dagegen 302 400; vgl. Art. „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ in: Rainer Eppelmann u. a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn – München 1996, S. 534.

51 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Volksbildung, Lehrplan Geschichte, Klasse 10, Berlin (DDR), S. 18.

52 Heiner Müller, Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln 1992, S. 364.

53 A. Leo (Anm. 39), S. 160

54 Zit. nach Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 240 f.

55 Vgl. K. Schroeder (Anm. 25), S. 351.

Die Reduktionen von Kontingenz, Komplexität und Loyalität, als die die Aufgaben politischer Mythen beschrieben worden sind, wurden vom antifaschistischen Gründungsmythos nicht mehr geleistet, weil aus der Erzählung über die Vergangenheit kein Vertrauen in die eigene Fähigkeit zur Bewältigung der Zukunft mehr erwuchs. Dabei spielte zweifellos auch eine Rolle, daß in dem von Heiner Müller umrissenen Sinn aus dem antifaschistischen Gründungsmythos Blickfeldverengungen und -beschränkungen erwachsen, die lange vor dem politisch-ökonomischen Zusammenbruch der DDR zu einem inneren Immobilismus geführt haben, der den Staat immer mehr in innerer Agonie erstarren ließ. Dazu gehörte vor allem die Unfä-

higkeit zur Auswechslung der politischen Führung, als diese erkennbar keine Antworten mehr auf die deutlichen Krisensignale geben konnte. Diese Unfähigkeit war nicht zuletzt das Resultat dessen, daß jede zu Honecker und seinen Gefolgsleuten denkbare Alternative aus Personen hätte bestehen müssen, die ihre politische Prägung nicht mehr in der Zeit des antifaschistischen Widerstands, sondern bereits in der DDR erfahren hatten. Der neue Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende hätte die charismatische Legitimation des antifaschistischen Widerstands nicht mehr gehabt, und vor diesem politisch-legitimatorischen Wechsel scheute man so lange zurück, bis man bemerkte, daß diese charismatische Legitimation längst keine mehr war.

# DDR-Historie zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik

## Anmerkungen zu unterschiedlichen Forschungsansätzen und kontroversen Bewertungen

### I. DDR-Historie als Legitimationswissenschaft

Mit der DDR ist auch ihre Geschichtswissenschaft zugrunde gegangen. Folgt man dem Diktum von der legitimatorischen Funktion der Historie im politischen System der DDR, könnte man geneigt sein, die Hinterlassenschaften aus den Werkstätten der Historiker als ebenso marode zu bewerten wie die ökonomische Substanz, an der der „real existierende Sozialismus“ scheiterte. Das vernichtende Urteil über die parteigebundene, staatsaffirmative DDR-Historie setzte bald nach dem Paukenschlag der Geschichte vom November 1989 ein; doch es ist hier nicht der Ort, sich auf die Anfänge der heftigen Kontroversen noch einmal ausführlicher einzulassen, wie sie sich in den Arbeiten jüngerer Autoren im Umfeld der Arbeitsgruppe Unabhängiger Historiker widerspiegeln<sup>1</sup>. Vielmehr ist zu fragen, inwieweit polemische Untertöne als Ausdruck schonungsloser Aufklärung und unerbittlicher Abrechnung mit den einstigen „Genossen Historikern“ durch aktengesichertes Wissen über deren politische Rolle im Gesellschaftssystem der DDR und sozusagen „objektiv“ angereichert durch außerbiographische archivalische Befunde im Abstand der Jahre einer ausgewogeneren Diskussion gewichen sind.

Es herrscht unter Kritikern aus Ost und West Konsens, daß sich die Geschichtswissenschaft in der DDR zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik bewegte und die Indienstnahme der Historie durch die Politik überwog. Dabei ist zu bemerken, daß die Westdeutschen aus der Position, von dem

1 Zur frühen Auseinandersetzung mit dieser Thematik vgl. Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991; ders./Matthias Middell (Hrsg.), *Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft*, Leipzig 1994.

politischen Umbruch nur entfernt betroffen gewesen zu sein, es in ihrem historischen Urteil leichter haben als die Ostdeutschen, „über den Dingen zu stehen“<sup>2</sup>. Kein ostdeutscher Historiker kann hingegen die leidige Legitimationsthematik im Umgang mit der deutsch-deutschen Vergangenheit ausklammern, weil sie ihn in seiner biographischen Stabilität ebenso wie im Rückblick auf sein Wissenschaftsverständnis unmittelbar tangiert. Monographien und autobiographische Darstellungen aus ostdeutscher Feder kreisen denn auch um diesen neuralgischen Punkt – sei es als notorische Legitimation des Verdrängten oder als selbstkritische Aufdeckung von biographischen Distanzierungsmomenten gegenüber den Zumutungen der politischen Sozialisation im SED-Staat. In der Art dieser reflexiven Auseinandersetzung scheiden sich die ost- wie westdeutschen Geister.

Für den Leipziger Historiker Hartmut Zwahr, der sich durch seine sozialgeschichtlichen Studien zur „Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse“ im 19. Jahrhundert dem Verdacht einer historiographischen Komplizenschaft mit der SED nicht auszusetzen brauchte<sup>3</sup>, endete die „Selbsterstörung“ der DDR mit *seiner* „Selbstbefreiung“ aus einem politischen System, das ihm – nach eigener Darstellung – derart zuwider war, daß er sich nichts sehnlicher wünschte, als „nie wieder in einer

2 Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), *Historiker in der DDR*, Göttingen 1997, S. 15. Zur Legitimationsthematik siehe u. a.: Ulrich Neuhäuser-Wespy, *Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren*, Bonn 1996, sowie Ilko-Sascha Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997.

3 Vgl. dazu Christoph Kleßmann: „Je näher die Historiographie an die Gegenwart heranreichte, desto enger blieb die Anbindung an die Parteidirektiven, desto unergiebig war die Historiographie und desto platter fielen die ideologischen Klischees aus“, in: ders., *DDR-Historiographie aus bundesdeutscher Sicht*, in: Konrad H. Jarausch, *Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus. Paradoxien von Wissenschaft aus Politik*, in: *Berliner Debatte/Initial*, (1991/92), S. 138.

geschlossenen Gesellschaft leben, sich nie wieder deren Zwängen aussetzen“ zu müssen<sup>4</sup>. Die Wirtschaft ruiniert, ein irreparabler „Konstruktionsfehler“ des Sozialismus auf deutschem Boden; die Menschen „von innen mindestens so kaputt wie die Häuser“; eine Parteidiktatur, die über das Wahrheitsmonopol verfügt und eine Weisungspyramide errichtet hatte; die Volksbildung, die den Menschen zum „Funktionierer“ verformte, „zusammengesetzt aus Arbeitsfleiß, Kritiklosigkeit und Genügsamkeit“; die Fiktion der Machtausübung der Arbeiterklasse wie ein „Kartenhaus“ zusammengefallen – wer all dies liest bei Zwahr, ist irritiert hinsichtlich des generationellen Hintergrundes, aus dem das administrative System der DDR historisch abgeleitet wird<sup>5</sup>: im ersten Nachkriegsjahrzehnt entstanden, getragen von Männern und Frauen aus dem Widerstand, von kommunistischen Kadern und jungen Leuten, die von dem Gedanken der Wiedergutmachung erfüllt gewesen seien und die der „Ideologiewechsel“ motiviert habe, darunter „nicht wenige Verführte, Mitläufer, Mittäter des Nationalsozialismus“.

Inwieweit die noch lebenden ostdeutschen Repräsentanten jener „Restgeneration“ – die zu den Jahrgängen 1930 bis 1936 zählen, zu aktiven Antifaschisten zu spät, zu aktiven „Jungen Pionieren“ zu früh geboren waren und die Luftwaffenhelfergeneration knapp verfehlt hatten – die Einschätzung Zwahrs teilen könnten, mag einmal dahingestellt sein. Sie darüber zu befragen wäre vonnöten und erforderte einen doppelten Forschungsansatz, der strukturgeschichtliche Erkenntnisse „aus den Akten“ ebenso wie mentalitätsgeschichtliche „aus der Erinnerung“ zur Entmythologisierung von Geschichte und Entlegitimierung von Biographien gleichermaßen erschlosse, wobei der Einsatz von „Interviews“ im Forschungsprofil nicht lediglich als schmückendes Beiwerk „zu den Recherchen in den Archiven“ betrachtet werden sollte<sup>6</sup>.

4 Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993, S. 17.

5 Vgl. ders., *Zu einer beginnenden Diskussion. Administratives System und Gesellschaft, administratives System und Schule, Geschichtsschreibung usw., usw.*, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992, S. 25.

6 So etwa bei U. Neuhäuser-Wespy (Anm. 2), S. 12f., der den Erkenntniswert der von ihm gleichsam „flankierend“ durchgeführten Interviews nicht gerade hoch veranschlagt, denn „leider“ stellten die Interviews und Gespräche „nicht in dem gewünschten Maße eine Ergänzung oder ein Korrektiv zu dem Aktenmaterial aus den Archiven“ dar, was für ihn bedeutet, daß seine Darstellung da aufhört, wo die Aussagekraft und Reichweite der zu Rate gezogenen Akten erschöpft war.

Eine Philippika auf die DDR-Geschichtswissenschaft und ihre „Parteiarbeiter“ an historischer Front hat ein anderer ostdeutscher Autor, der der jüngeren Historikergeneration im vereinten Deutschland angehört, mit seinem 1997 erschienenen Buch verfaßt<sup>7</sup>. Wenn bei Ilka-Sascha Kowalczuk gleich zu Beginn des Kapitels über „das zweite Leben der DDR-Geschichtswissenschaft“<sup>8</sup> der Satz zu lesen ist, daß eine kleine Gruppe, „die sich um den Anfang 1990 gegründeten Unabhängigen Historiker-Verband (UHV) sammelte“, beharrlich gefordert habe, „daß nachweislich politisch belastete und an politisch motivierten Verfolgungen beteiligte Historiker sowie solche, die in ihren wissenschaftlichen Arbeiten kontinuierlich fälschten, logen und unterschlugen, nicht weiter an Hochschuleinrichtungen, Akademien und anderen öffentlich finanzierten Forschungs- und Lehrinrichtungen tätig sein dürften“, und der berechtigte Einwand Martin Sabrows<sup>9</sup>, daß die pauschale Frage, wem die DDR-Geschichte gehöre, am meisten den Fragesteller selbst disqualifiziere, mit Schlußstrichbefürwortung umschrieben wird, so charakterisiert es nur die andauernd gespannte Atmosphäre einer politisch aufgeheizten Debatte um die Vergangenheit der DDR-Historie und ihrer Funktionsträger.

In einer Dokumentation dieser Auseinandersetzungen erwähnt Kowalczuk jenseits von Gut und Böse diejenigen Sammelbände, „die die wichtigsten Aussagen repräsentieren“ und denen die moralisierende Nähe zur tagespolitischen Umbruchsituation von 1989/90 noch ins Gesicht geschrieben steht<sup>10</sup>. Eigentlich sollte man annehmen, daß im neunten Jahr der deutschen Einheit die teilweise einem Freund-Feind-Denken aus alten Zeiten verhafteten Zwischenbilanzen der frühen neunziger Jahre einer „Historisierung der sich wandelnden Deutungsmuster“<sup>11</sup> gewichen seien. Doch der Beginn einer ruhigeren Debatte ist nicht in Sicht, und die Tendenz, aus den Akten zu enthüllen, was bislang unter Verschuß lag, hält unver-

7 Vgl. I.-S. Kowalczuk (Anm. 2).

8 Ebd., S. 9.

9 Vgl. Martin Sabrow, *DDR-Bild im Perspektivenwandel*, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, Berlin 1994, S. 248.

10 Vgl. R. Eckert/W. Küttler/G. Seeber (Anm. 5); Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk/Isolde Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994; Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk/Ulrike Poppe (Hrsg.), *Wer schreibt die DDR-Geschichte? Ein Historikerstreit um Stellen, Strukturen, Finanzen und Deutungskompetenz*, Berlin 1995; vgl. ferner die Titel in Anm. 1.

11 M. Sabrow (Anm. 9), S. 251.

mindert an. Zum vorschnellen Urteil gesellt sich dann nicht selten eine präventiv selbstbewußte Interpretation, die – möglicherweise generationell bedingt – einen forschen „Look back in anger“-Standpunkt einnimmt. Hermeneutische Zurückhaltung scheint bei dieser Ausgangslage dem gehobenen Alter vorbehalten zu sein.

Früher brauchten die Historiker, bis sie etwas zu sagen hatten, im Durchschnitt länger als die *Shooting-Stars* der neudeutschen Geschichtswissenschaft. Außergewöhnlich ist diese Sachlage nicht. Auch Parteisekretäre und Geschichtsfunktionäre in der DDR standen zu ihrer Zeit schon früh auf den höheren Sprossen des Erfolgs, mit dem Unterschied, daß sie sich nicht als Fach-, sondern als Parteihistoriker auszeichneten. Zu welcher Kategorie der Studiosus Kurt Pätzold gehörte – um ein Beispiel anzuführen –, ist schwer zu entscheiden. Jedenfalls mußte ihm – aus der Sicht des Historiographen Kowalczyk – schon in jungen Jahren das Kainszeichen des SED-Einpeitschers eingebrannt gewesen sein, als er sich 1950/51 in Jena als „SED-Student“ an der von dem jungen Assistenten an der Parteihochschule der SED, Lothar Berthold, und dem Altfunktionär Fred Oelssner betriebenen Kampagne gegen Karl Griewank beteiligte<sup>12</sup>. Da Pätzold, Jahrgang 1930 und Student der Geschichte, Politischen Ökonomie und Philosophie an der Universität Jena in den Jahren 1948 bis 1953, in jedem „Wer war Wer in der DDR“ vorkommt und die Grunddaten seiner Biographie hinlänglich bekannt sind<sup>13</sup>, ist nicht eo ipso zu folgern, daß die oben geschilderten Vorgänge – eingeschlossen das hier gezeichnete Persönlichkeitsbild der beteiligten SED-Funktionäre – zu beweisen vermögen, „daß die kommunistischen Historiker sich sogar als unfähig erwiesen, mit jenen Nichtkommunisten zusammenzuarbeiten, die prinzipiell dem historischen und dialektischen Materialismus offen und wohlwollend gegenüberstanden“<sup>14</sup>.

Die rückwärtsgewandte Extrapolation einer, wenn man so will, linientreuen biographischen Entwicklung macht aus dem Jüngling Pätzold eine Leitfigur des „Genossen Historikers“ in der DDR. Im Dezember 1955 habe das SED-Zentralkomitee Parteifunktionäre aller Universitäten und Hochschulen, „unter ihnen von den Historikern zum Beispiel Kurt Pätzold“, zur zweiten Hochschulkonferenz eingeladen, um ihnen die neue Taktik zu

erläutern: „Kurt Hager, der zuständige ZK-Sekretär, eröffnete die Tagung mit einer allgemeinen Einführung, ehe der zuständige ZK-Mitarbeiter, Rolf Dlubek, ein längeres Grundsatzreferat hielt...“<sup>15</sup>

Die nachfolgende Darstellung bei Kowalczyk, die vom sogenannten „Geschichtsbeschluß“ von 1955 und von der berühmt-berüchtigten „Historikerberatung“ vom 12. Januar 1956 im Haus der Einheit handelt, bei der der sechszwanzigjährige Dlubek, wissenschaftlich nicht ausgewiesen, seine ganze Parteimacht auskostete, braucht hier nicht weiter zu interessieren. Was den „SED-Studenten“ Pätzold anbelangt, ist er in der oben zitierten Darstellung zunächst aus dem Text verschwunden, er taucht erst im Zusammenhang mit der Hochphase des Kalten Krieges und dem „seit Anfang 1957 erneut (veranstalteten) Kesseltreiben“, diesmal gegen Irmgard Höß aus Jena, wieder auf, die sich geweigert hatte, „einen Aufruf gegen die Bonner Atomaufrüstungspolitik, der gleichzeitig scharfe Angriffe gegen die westdeutsche Geschichtsschreibung enthielt, zu unterschreiben“<sup>16</sup>.

Das Beispiel Pätzold regt zu einer Überlegung an, die auf die erkenntnistheoretische Ambivalenz einer Kanonisierung des historischen Urteils bei gleichzeitiger Marginalisierung des biographischen Faktors aufmerksam machen will, auch wenn Kowalczyk sich wünscht, „spätere Generationen (würden) hoffentlich einmal fragen, warum ausgerechnet viele Historiker an der historisch-politischen Debatte mit Konsequenzen nicht interessiert waren und statt dessen den Schlußstrichbefürwortern zur Hand gingen“<sup>17</sup>. Denn das Spannungsverhältnis zwischen biographischer Öffnung und privatistischem Gedächtnisverschluß bei der Aufarbeitung der jüngsten deutsch-deutschen Vergangenheit läßt sich allein mit den Mitteln der traditionellen Heuristik, wie mir scheint, nicht lösen. Mitchell G. Ash hat einmal in bezug auf die Integration emigrierter jüdischer Wissenschaftler in den USA auf deren „Wissenschaftswandel“ verwiesen, der „durch eine bewußte oder unbewußte Reflexion auf ihre eigene Biographie“<sup>18</sup> zustande gekommen sei.

15 Ebd., S. 237.

16 Ebd., S. 269. Die letzte Erwähnung Pätzolds im Buch Kowalczyks findet sich auf S. 284 und ist ein Zitat aus „einem Schreiben von Kurt Pätzold an die ZK-Abteilung Wissenschaften“ betr. die Auswahl der am Berliner Historikertag im Jahre 1964 teilnehmenden ostdeutschen Historiker.

17 Ebd., S. 9, Anm. 3.

18 Mitchell G. Ash, Wissenschaftswandel in historischen Umbruchsituationen, in: Universität Potsdam/Historisches Institut (Hrsg.), Ideologie und wissenschaftliche Verant-

12 Vgl. I.-S. Kowalczyk (Anm. 2), S. 206, 208.

13 Vgl. z. B. Bernd-Rainer Barth u. a. (Hrsg.), Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch, Frankfurt am Main 1996, S. 558.

14 I.-S. Kowalczyk (Anm. 2), S. 208.



In der Tat könnte die hier thematisierte biographische Reflexivität einen Ausweg aus dem derzeitigen Dilemma eines Auf- bzw. Abrechnungsverfahrens bei der kontroversen Debatte um die DDR-Historie als affirmativer Ideologisierungsinstrument und darüber hinaus einen innovatorischen Anstoß für die Erforschung von DDR-Geschichte und entsprechender Biographien bedeuten<sup>19</sup>. Trotz oder gerade wegen der gegen ihn nach der Wende vorgetragenen belastenden Elemente seiner Rolle als Hochschullehrer<sup>20</sup> – um auf das Beispiel zurückzukommen – hat Kurt Pätzold in der Polemik um die Folgen der Abwicklungen an der Humboldt-Universität zu Berlin damit begonnen, durch eine biographische Argumentation den pauschalen Vorwurf der Staatsloyalität der DDR-Historikerschaft zu historisieren. Im Hinblick auf seine eigene Wissenschafts- und Hochschulbiographie sowie die vieler anderer seiner Generation hätten die Historiker als frühe Zeitgenossen der DDR „das nachfaschistische Deutschland mitgestalten“ wollen, und das hätten sie sich als sozialistische Gesellschaft vorgestellt<sup>21</sup>. Pätzolds Rückgriff auf biographische Argumentationsmuster – noch etwas zögerlich, weil möglicherweise „ungewöhnlich und kritikwürdig“ anmutend – scheint

nicht nur einer geschichtstheoretisch differenzierteren Interpretationsvariante zu entstammen, die sich erst nach der Zäsur von 1989 entwickelt hat, sondern überhaupt einer neuen Sichtweise auf die eigene Geschichtserfahrung, die aus dem erlebten Bruch in der eigenen Biographie als eine neue Qualität der Geschichtsaneignung entstanden ist.

Wer in der Manier der Pauschalisierung die Feder führe und die „Haltung der Geschichtswissenschaft und ihrer Angehörigen zum Staat DDR“ auf den Begriff „Hure“ bringe – so die Argumentation Pätzolds, die als solche wiederum Rechtfertigungs- und Entschuldigungselemente enthält –, habe von ihren Ausgangspunkten und Entwicklungen nichts verstanden. Die biographische „Herangehensweise“ scheine nicht nur durch „die überprüfbareren Vorgänge des ersten Nachkriegsjahrzehnts“ geboten, „sondern zusätzlich auch durch die Ignoranz gefordert, mit der gegenwärtig über sie hinweggegangen“ werde. Entsprechend solle „in der derzeit dominierenden Sichtweise“ der Gedanke gänzlich verdrängt werden, „daß aus den deutschen Zuständen des Mai 1945 mehrere Wege führten, und die Tatsache, daß einer der beiden tatsächlich begangenen schließlich in einer Sackgasse endete“, werde dahin gedeutet, „daß dem Weg der DDR von Anbeginn jede historische Legitimation gefehlt habe“<sup>22</sup>.

Die besondere Legitimationsfunktion, die der Geschichtswissenschaft in der DDR zugemessen wurde, begründete sich aus den vorausgegangenen Geschichtserfahrungen führender KPD-Kader im antifaschistischen Widerstand. Negativ beeindruckend waren im Urteil der KPD, wie die jüngst editierten stenographischen Protokolle der „Brüsseler Konferenz“ überzeugend belegen<sup>23</sup>, sowohl die Massenbasis wie die pädagogischen Erfolgsrezepte der Nationalsozialisten in sämtlichen Organisationsbereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens, vor allem aber in der Jugendsozialisation. Deshalb kam es im Sinne von Geschichtspragmatikern wie Anton Ackermann, Alexander Abusch oder Ernst Niekisch „nach Hitler“ darauf an, die „konkreten“ Lehren aus der Geschichte zu ziehen, „das deutsche Volk“ umzu-erziehen und die „bürgerliche Festung Wissenschaft“, nach einem Wort Stalins, zu „stürmen“.

22 Ebd., S. 187 f.

23 Vgl. Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber (Hrsg.), Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD 1935. Reden, Diskussionen und Beschlüsse, Moskau vom 3. bis 15. Oktober 1935, 2 Bde., München 1997.

wortung. Dokumentation der Veranstaltung vom 5. Juli 1995, Potsdam 1995, S. 19.

19 Vgl. mein Forschungsprojekt „Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein. Autobiographische Geschichtserfahrungen aus vierzig Jahren deutscher Teilung. Mentalitätsgeschichtliche und kulturelle Transformationsprozesse“ sowie eine von mir initiierte und in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte am 26./27. 9. 1997 in Braunschweig veranstaltete biographiegeschichtliche Tagung zum Thema: „Die gesplante Geschichtsvermittlung. Ein biographischer Ost-West-Dialog mit deutsch-deutscher Vergangenheit“. Mehrere Gespräche im Rahmen der Erhebungsphase des angezeigten Projektes fanden mit Kurt Pätzold im Jahre 1997 statt. Auch war Kurt Pätzold in Braunschweig als Podiumsgesprächsteilnehmer vertreten. Vgl. hierzu seinen Beitrag „Innerdeutscher Pädagogen-treff in Braunschweig. Wie steht es um die vielberufene Aufarbeitung eigener Lehrerbiographien?“, in: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 43/44 vom 30. 10. 1997, S. 16.

20 Vgl. zu der umfangreichen Literatur zum Thema Humboldt-Universität (und Kurt Pätzold) die frühe Stellungnahme Konrad H. Jarauschs noch in der heißen Phase der Abwicklungsdiskussion: „Vom Zusammenbruch zur Erneuerung. Überlegungen zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft“, in: ders. (Anm. 1), S. 22–25, dort bes. Anm. 18. Zur Kritik am sogenannten „Bielefelder Weg“, verfaßt von Armin Mitter und Stefan Wolle im Feuilleton der FAZ (10. 8. 1993) unter der Überschrift „Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre“, vgl. Ingrid Matschenz/Kurt Pätzold/Erika Schwarz/Sonja Striegnitz (Hrsg.), Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996.

21 K. Pätzold (Anm. 19), S. 188.

Im Herrschaftssystem der DDR oblag der Historie der besondere sozialisatorische Auftrag, mit der Bereitstellung des „richtigen“ Geschichtsbildes einen politischen Beitrag zu leisten zur Vermittlung und Propagierung einer „sozialistischen deutschen Nation“. In diesem Vermittlungsvorgang kam den Universitätshistorikern die Funktion des Transmissionsriemens für die wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Verifizierung des „Historischen Materialismus“ zu. Der Historikerfleiß hat sich seit der Wende mit besonderem Engagement gerade auf jenes Instrumentalisierungstheorem konzentriert<sup>24</sup>. Eine biographiegeschichtliche Modernisierung der Forschungsansätze erfordert aber, daß das Bild vom Ideologietransport durch Geschichtswissenschaft um die sozialisationstheoretische und bildungsgeschichtliche Komponente erweitert wird.

## II. Bewußtseinsbildung als Einheit von Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung

In Zeiten deutscher Zweistaatlichkeit waren die Bereiche Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung im Westen inhaltlich und institutionell geteilt, im Osten vereint. Selbst in der Anfangsphase der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR, als die bürgerlichen Historiker an den Rankeschen Objektivitätsbegriff anzuknüpfen versuchten und sich gegen eine einseitige Festlegung auf die „materialistische Geschichtsauffassung“ aussprachen, stand das Wort Fritz Hartungs auf der ersten Historikertagung des Jahres 1946 im Senatssaal der Berliner Universität paradigmatisch für die grundsätzliche Frage nach dem Selbstverständnis von Historikern in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umbruchsituationen: „Die Universität darf und wird hinter den Anforderungen, die hier an den künftigen Lehrer gestellt werden, nicht zurückbleiben.“<sup>25</sup> Und die an die Adresse der versammelten „Herren Professoren“ gerichtete Mahnung Anton Ackermanns, des Bil-

dungsexperten der KPD/SED und, neben Paul Wandel, verantwortlichen Koordinators der von der „Deutschen Verwaltung für Volksbildung“ (DVV) einberufenen Historikertagung, aus der „Geschichtsklitterung des Nazismus“ konsequent die Lehren zu ziehen, den „Bruch mit dieser Vergangenheit“ „vollständig“ vorzunehmen, „den Mut zur Wahrheit“ zum „höchsten Gebot des deutschen Historikers wie Geschichtsstudenten“ werden zu lassen und „diese wahre Geschichtswissenschaft volksnah und volksverbunden“ zu betreiben, traf ins Mark: „Sagen Sie nicht“, rief Ackermann aus, „was geht das alles uns Historiker an!“ Abgesehen davon, daß es sich bei diesen Fragen „um Existenz und Zukunft unseres Volkes“ handele, „um Fragen also, die jeden Deutschen angehen“, hätten sie für den „Geschichtslehrer an unseren Hochschulen“ eine spezifische Bedeutung. Der „nationalsozialistische Ungeist“ sei keineswegs vom Himmel gefallen. Selbst die spezifisch faschistischen Lehren seien keine freien Schöpfungen der „Gottfried Feder, Rosenberg und Goebbels“. Das treffe für alle sogenannten „Schulen“ der Naziideologie zu. Ob wir „das Führerprinzip und den autoritären Staat, die Lehre der Rassen und des Lebensraums“ betrachteten oder „die Pläne zur Schaffung eines großdeutschen Raumes oder eines weltumspannenden Kolonialreiches“, alles sei in mehr oder weniger fertiger Gestalt schon dagewesen, „ehe Hitler seine erste Versammlungsrede hielt oder Feder das Naziprogramm niederschrieb“<sup>26</sup>.

Erst mit der zunehmenden Legitimierung und ideologischen Stabilisierung des DDR-Staates arbeiteten Universitätshistoriker, „Geschichtsmethodiker“ und „Geschichtspropagandisten“<sup>27</sup>, wie sie expressis verbis bezeichnet wurden, Hand in Hand in Forschung, Lehre und Schulstuben am Idealbild des Sozialismus. Die Zusammenarbeit

26 Ebd.

27 Der Begriff „Propaganda“, obwohl durch das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ vorbelastet und durch nazistische Praxis desavouiert, war im offiziellen Vokabular der DDR ein Terminus technicus und stand in etwa für „Verbreitung“, „Vermittlung“ und Indoktrination der materialistischen Geschichtsauffassung und kommunistisch-sozialistischen Weltanschauung. Bis 1957 war beim ZK der SED die „Abteilung Wissenschaft und Propaganda“ unter der verantwortlichen Leitung des ZK-Sekretärs Kurt Hager eingerichtet. Ab 1957 hieß sie „Abteilung Wissenschaften“ des ZK der SED. Zur Begriffsverwendung von „Geschichtspropaganda“ in der Geschichtsdidaktik und -methodik der DDR vgl. u. a. Wendelin Szalai, Geschichtsbewußtsein und Feindbilder. Stand und Perspektiven in „Deutschland-Ost“, in: Hartmut Voit (Hrsg.), Geschichte ohne Feindbild? Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989, Erlangen 1992, S. 85.

24 Auch in der neueren Bildungsforschung steht das Instrumentalisierungstheorem im Zentrum der Analyse. Vgl. hierzu u. a. Sonja Häder/Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext, Weinheim 1997, S. 12.

25 Zit. nach Anke Huschner, Deutsche Historiker 1946. Aus dem Protokoll der ersten Historiker-Tagung in der deutschen Nachkriegsgeschichte vom 21. bis 23. Mai 1946, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), (1993) 10, S. 900.

zwischen Forschern, Hochschullehrern, Archivaren, Lehrern und „Propagandisten“ war eine pädagogisch-didaktische Angelegenheit von höchster Priorität in der DDR. Die Universitätshistorie mußte in diesem Zusammenspiel von Anfang an ein klares Profil zeigen. Der Kampf Dlubeks gegen „Abweichler“ und latente „bürgerliche“ Historiker konnte nur in „langwieriger Überzeugungsarbeit“, letztlich aber nur in ihrer Umerziehung und Disziplinierung entschieden werden<sup>28</sup>, wofür die Diskussionen in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (ZfG) zwischen 1956 und 1957 sowie die Umbesetzungen in der ZfG-Redaktion ein Paradebeispiel darstellen. Rolf Dlubeks „Kritische Bemerkungen zu J. Kuczynskis Ausführungen über die Rolle der ökonomischen Tätigkeit des Menschen und über die ‚Funktion des Menschen als Produktivkraft‘“<sup>29</sup> in der geschichtlichen Entwicklung oder Werner Bertholds „Bemerkungen zu den von J. Kuczynski und anderen Historikern aufgeworfenen Problemen des ‚Geschichtemachens‘“ zielten darauf ab, den „wissenschaftlichen Meinungsstreit“ nicht eskalieren zu lassen und den notorischen Revisionisten Kuczynski – wie es Alfred Meusel mit rührendem Sinn für Ausgleich formulierte – „für eine Auffassung zu gewinnen – oder: zurückzugewinnen –, die es ihm ermöglicht, seine großen Fähigkeiten für die Weiterbildung der marxistischen Geschichtswissenschaft, für die Sicherung des Friedens, für den Aufbau des Sozialismus und für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung unserer geliebten Heimat einzusetzen“<sup>30</sup>. Kuczynski, „ein hoffnungsloser Fall von Optimismus“, der mit seinem Aufsatz in der ZfG (1/1957) unter dem Titel „Der Mensch, der Geschichte macht“ wieder einmal für Furore gesorgt hatte, blieb am Ende nicht auf der Strecke, dafür aber der damalige Chefredakteur der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Fritz Klein, dem Dlubek in einer Redaktionssitzung vom 22. März 1957 mitgeteilt hatte, „daß die Abteilung Wissenschaften des ZK der Meinung“ war, „den Genossen Klein ... mit sofortiger Wirkung von seiner Funktion als Chefredakteur zu beurlauben“.

Wenn Fritz Klein nach der Wende in einem Gespräch mit Neuhäuser-Wespy seine damalige Entbindung vom Chefredakteursposten mit der „Abwesenheit simpelster Formen von Rechtsstaatlichkeit“<sup>31</sup> beklagte, so als habe man zu DDR-Zeiten gegen die unbegründete Kündigung den

Rechtsweg beim Arbeitsgericht beschreiten können, verkennt er die historische Bedingtheit seines eigenen Nachwendeurteils. Dieser für einen Erkenntnisgewinn wichtige Aspekt einer kritischen Historisierung und Biographisierung von Vergangenheitsaufarbeitung tritt bei Neuhäuser-Wespy nicht in den Blick. Insofern gelingt es ihm auch nicht, andere analytische Konzepte zur Erforschung der DDR-Geschichtswissenschaft als die in bewährter Manier aus den Akten entwickelten zur Diskussion zu stellen: Die archivalischen Quellen belegen, daß die Geschichtswissenschaft in der DDR von Anfang an eine politische Angelegenheit war, und damit wäre eigentlich alles über das Thema gesagt. Von daher gesehen spricht schon einiges für das offene, biographische Bekenntnis Wolfgang Ruges zu seiner „Politikverbundenheit“, wenn er im Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR einmal sagte, „daß die bisweilen bei Ex-Kollegen zu beobachtende demonstrative Abwendung von der eigenen Vergangenheit“ die Vermutung nahelege, „daß sie auch früher nicht mit ihrer ganzen Persönlichkeit hinter den von ihnen vorgetragenen Auffassungen standen“<sup>32</sup>.

Die Konstruktion von Geschichtsbewußtsein gehorchte in der sozialistischen Pädagogik den strengen Regeln der theoretisch-wissenschaftlichen Vorausplanung, Begründung und institutionellen Festschreibung der einmal für richtig erachteten methodischen Wege. Ein entscheidender Konstruktionsfehler des Sozialismus im allgemeinen und in der DDR im besonderen war die pädagogische Erstarrung von Geschichtsvermittlung in einem naiven, weil unangefochtenen und unanfechtbaren Regelsystem der Bewußtseinsprägung. Die Implosion des sozialistischen Systems war auch eine Folge der sträflichen Verkennung der bildungstheoretischen Einsicht, daß die autonome Lernfähigkeit der Individuen im Sozialisationsprozeß auf Dauer nicht zu unterbinden ist.

„Die Akten“ verweisen in diesem Zusammenhang auf einen interessanten Fall. Er handelt von der Einrichtung einer sogenannten „Prognose-Kommission“ beim Institut für Marxismus-Leninismus, in der hoffnungsvollen Apostrophierung des Begriffes „Prognose“, womit vermutet werden könnte, daß die perspektivische Aussagekraft der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft durch gezielte sozioökonomische Analysen und Forschungsarbeiten abzusichern sei. Zur großen Überraschung sprechen die Akten jedoch davon, daß die Kommission darüber nachzudenken hatte,

28 Vgl. U. Neuhäuser-Wespy (Anm. 2), S. 46 ff.

29 Vgl. hierzu ZfG, (1957) 6, S. 121 ff.

30 Zitiert nach U. Neuhäuser-Wespy (Anm. 2), S. 49.

31 Ebd., S. 51.

32 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, (1993) 3, S. 583.

wie Geschichte „vermittelt“ und effektiv in die Köpfe der Lernenden eingebrannt werden sollte, damit ein sozialistisches Geschichtsbewußtsein entstehe. Zu den Hauptaufgaben der Kommission gehörten demnach die Ermittlung von Schwerpunkten der Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die „Bestimmung des Inhalts des Geschichtsbildes der Menschen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, „wirksamste Wege und Methoden zur Entwicklung eines sozialistischen Geschichtsbildes“, „die Hauptrichtung der Rationalisierung der Arbeit des Historikers“ sowie die „Hauptrichtungen der Kaderentwicklung“<sup>33</sup>. Der Historiker der siebziger Jahre – so ist einem Arbeitspapier der Kommission zu entnehmen – werde nicht wie der Naturwissenschaftler, Mediziner oder Jurist „die gleiche Bereitschaft, sich belehren zu lassen, vorfinden“, dafür biete er aber einen „äußerst interessanten, lebendigen Stoff“ an, falls er es verstehe, „die Geschichte wirklich zu nutzen“.

Die Kommission mit dem klangvollen Namen war nur eine Episode in der planwissenschaftlichen Verwaltung von Geschichte, sie führte ein ephemeres Dasein und wäre nicht weiter der Rede wert, verwies sie nicht auf das Grundproblem des Junktims zwischen Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung, mit dem jeder Historiker in der DDR, auch wenn ihm der Stallgeruch des Didaktischen nicht schmeckte, konfrontiert war. Insofern ist jeglicher strukturgeschichtliche und aktengestützte Zugriff auf das Thema der Instrumentalisierung der DDR-Historie verdienstvoll und eine Voraussetzung für eine problemorientierte Geschichtsforschung. Denn die Formung von Geschichtsbewußtsein war für den Marxismus-Leninismus keine Nebensächlichkei. Universität, Schule und die Mammutorganisation der FDJ wirkten zusammen. „Die ganze Erziehung, Bildung und Schulung der heutigen Jugend“ müsse „eine Erziehung zur kommunistischen Moral sein“, hatte Lenin in seiner Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands am 2. Oktober 1920 gefordert<sup>34</sup>. Und was Universität und Schule an Bewußtseinsbildung nicht schafften, das bewirkte – um im Bild zu bleiben – die Arbeit der Komsomolzen „in den Gemüsegärten am Stadtrand“.

Erziehung zu sozialistischem „Bewußtsein“ setzte früh ein im pädagogischen Alltag der DDR. Sie

verlief über mehrere gesinnungsprägende Stationen: Am Anfang stand die Kinderkrippe, die Einschulung mit der Zuckertüte und dem elterlichen Abonnement der ABC-Schützen-Zeitung „Bummi“<sup>35</sup>. Geschichtsunterrichtliche Bewußtseinsbildung in der Schule war nur *ein* Faktor auf dem langen Marsch zum Klassenbewußtsein. Bereitschaftsdienste und Treuegelöbnisse bei den Thälmann-Pionieren, der Freien Deutschen Jugend oder die kultische Einschwörung der Jugend auf den Staat z. B. bei der „Jugendweihe“ waren die sozialisatorische Wegzehrung.

Unter dem Strich zählt bei aller geplanten, koordinierten und kontrollierten Erziehungsarbeit und Bewußtseinsbildung das, was in den Köpfen ankommt und hängenbleibt – in der hermeneutischen Theorie mit dem „wirkungsgeschichtlichen Bewußtsein“<sup>36</sup> umschrieben. Doch gemessen an den „strategischen Orientierungen des XI. Parteitages“ der SED, „unserer Schuljugend“, wie es damals hieß, „ein breites, solides und ausbaufähiges Fundament der Allgemeinbildung zu vermitteln“ und sie „im Geiste unserer kommunistischen Weltanschauung und Moral zu erziehen“, war der Gesamtertrag der geschichtsunterrichtlichen Kärnerarbeit oftmals bescheiden, weil sich eben in der Erziehungspraxis nicht immer bewahrheitet, daß, „was wir heute für die Kinder leisten“, „morgen tausendfach Gewinn“ trage<sup>37</sup>.

Längst aber gab es in den Schulstuben aufgrund der Stupidität der inhaltlichen wie didaktischen Leerformeln Bewußtseinsdissidenten. Immer nur würden „Fakten aufgezählt, beispielsweise über die Leistungen der Menschen in der Sowjetunion beim Aufbau des Landes, was alles gebaut wurde, um wieviel Prozent die Produktion gestiegen“ sei – so äußerte sich ein Anonymus einer neunten Klasse in einer Fragebogenaktion über Geschichtsinteresse im Jahre 1977 an einer Polytechnischen Oberschule (POS) in Potsdam quer zu dem ange-

35 „Bummi“, die Zeitung für die ganz Kleinen, gab es nur in Verbindung mit „Bummi für Eltern“, denn ohne elterliche pädagogische Einwirkung im „Weitererzählen“ von Geschichte wären die Geschichtsbilder aus der Erwachsenenwelt für das kindliche Gemüt unverständlich geblieben. Wie anders als über den Katalysator des elterlichen Kopfes sollten „Gagarin-Fähnchen“, „Auf dem Arm des Präsidenten Wilhelm Pieck“, „Schokoladenmedaillen“, „Rote Halstücher“, „Egon Krenz“ und „Am Werbellinsee“ als Geschichtsgeschichten übersetzt werden. Vgl. z. B. „Bummi für Eltern“, (1984) 1, S. 5 f.

36 Vgl. Hans-Georg Gadamer, Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen 1986, S. 346 ff.

37 Margot Honecker, Was wir heute für die Kinder leisten, trägt morgen tausendfach Gewinn, in: Deutsche Lehrer-Zeitung/Information, (1987) 27, S. 7 f.

33 Zitiert nach U. Neuhäuser-Wespy (Anm. 2), S. 83–86.

34 W. I. Lenin, Die Aufgaben der Jugendverbände, in: ders., Über Kultur und Kunst. Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden, Berlin (DDR) 1960, S. 361 f.

strebten Endprodukt von Geschichtsbewußtsein in einem sozialistischen „Schülerkollektiv“. Bezeichnenderweise schloß der Schüler seinen Kommentar mit der trefflichen Bemerkung: „Es ist immer so schön gesetzmäßig. Immer heißt es, trotz Kälte oder Hitze und obwohl die Technik primitiv war, siegten die Menschen in der Sowjetunion. Ich finde diesen Satz abgedroschen . . .“

---

### III. Der Historiker zwischen politischem Auftrag und Wissenschaftsethos

---

Seit der Wende nun wird die historisch-politische Debatte geführt über die ambivalente Stellung der DDR-Historie zwischen dem Anspruch politischer Auftragsbefreiung und wissenschaftlicher Eigenverantwortlichkeit. Durch ihre Systemnähe und parteiliche Gebundenheit wurde den DDR-Historikern allenfalls noch die historiographische Rolle informierter Zeitzugenschaft und auskunftsfähiger Übersetzer der zu interpretierenden Dokumente zugedacht. Argumentative Fronten taten sich auf, die einem Erkenntnisgewinn in der Sache deshalb im Wege standen, weil es nicht gelang, die Perspektive teilnehmender Selbstbeobachtung zum methodologischen Vorteil zu nutzen. Zu selten richtete sich die kritische Sicht auf die Frage, was der Untergang der DDR und ihrer „Legitimationswissenschaft“ für den einzelnen Historiker bedeutete<sup>38</sup>. „Noch bevor die östlichen Historiker zu sich selber finden und bestimmen konnten, was und wer sie waren und wie sie so geworden waren, wie sie sich wiederfanden, wurde ihnen – zumindest aus ihrer Perspektive – von den ‚Siegern der Geschichte‘ vorgeschrieben, wer und was sie gewesen waren und wie sie hätten sein sollen und vor allem: wie sie in Zukunft sein sollten“, schreibt Karl Heinrich Pohl in der Einleitung zu seinem Buch „Historiker in der DDR“<sup>39</sup>.

Inmitten einer Flut von Abrechnungs- und Rechtfertigungsliteratur könnten die darin abgedruckten „persönlichen Texte“ von Zeitzugern, die als Historiker und Geschichtsvermittler über ihren beruflichen Werdegang, ihr Verhalten und ihre Belastungen im Staate der DDR berichten, dazu beitragen, die immer wieder durch Enthüllungsgeschichten aus den Aktenbeständen der Gauck-

Behörde brisant gewordene Debatte über die Last der DDR-Geschichtswissenschaft in ruhigere Bahnen zu lenken. Nicht die in einer Mischung aus Überheblichkeits- und Triumphgefühlen gerichtete Anklage steht somit im Vordergrund, sondern eine hermeneutische Verständigung über Probleme unseres Umgangs mit Geschichte in Zeiten von bewußtseinsprägenden Umbrüchen.

Die Frage nach der Bedeutung von Biographien als Quelle sozialgeschichtlicher Erkenntnis ist gerade mit der Zäsur von 1989 virulent geworden. Eigentlich müßte die Biographieforschung sich im Aufwind befinden<sup>40</sup>. Allen berechtigten und unberechtigten kritischen Einwänden zum Trotz, die einem solchen erfahrungsgeschichtlichen Forschungsverfahren wissenschaftliche Authentizität aberkennen, hat es zumindest den Anschein, als seien „zeithistorische Dialoge“ als Ausdrucksform einer Verbindung von Zeitzugenerfahrung und wissenschaftlicher Spezialforschung derzeit *en vogue*<sup>41</sup>. Den ungeahnten Möglichkeiten durch die Öffnung der Archive stehen zahllose Biographien gegenüber, die auf ostdeutscher Seite überwiegend durch den politischen Bruch geprägt sind – Biographien, die es zu erschließen gälte, sofern die betroffenen Personen einem Fremden ihre Zustimmung zum Gespräch erteilen und ihm ihre ungeteilte Erinnerung öffnen. Zwar lassen sich Gefühle nicht archivieren, Ängste und Hoffnungen nicht in die Glasvitrine legen. Doch zum Forschungsfeld des Zeitgeschichtlers gehört unabdingbar das Phänomen der Erinnerung des Menschen ebenso wie dessen Streben nach Vergessen.

Die Verstehensschwierigkeiten, mit denen sich die Hermeneutik im überkommenen Sinne befaßt, sind immer von der Art des Abschiedes, der – wie

---

40 In der pädagogischen Biographieforschung ist vielfach von „Biographisierung“ von Geschichtserfahrung die Rede. Nach Dilthey besteht die besondere Leistung des „Bewußtseins“ in der Zusammenhangbildung. Norbert Elias hat diese kognitive Fähigkeit als das „Potential zur Synthese“ bezeichnet. Ständig arbeiten wir daran, unser Leben zu erklären, Linien in das Material unserer Vergangenheit zu bringen, sie zu konturieren und zu ordnen. Mißlingt diese Zusammenhangbildung, sprechen wir von Krisis oder umgangssprachlich auch davon, daß wir „das alles nicht mehr zusammenkriegen“. Vgl. hierzu u. a. Winfried Marotzki, Bildungsprozesse in lebensgeschichtlichen Horizonten, in: Erika M. Hoernig (Hrsg.), Biographieforschung und Erwachsenenbildung, Bad Heilbrunn 1991, S. 135 ff., sowie Lothar Steinbach, Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein. Reflexionen über das Verhältnis von autobiographischer Geschichtserfahrung und Oral History, in: BIOS, (1995) 1, S. 89 ff.

41 Vgl. z. B. die öffentliche Vortragsreihe mit Zeitzugern des „Zentrums für Zeithistorische Forschung“ (Potsdam) im Wintersemester 1997/98 unter dem Titel: „Zeithistorische Dialoge – politische Erfahrungen“.

38 Vgl. Werner Bramke, Freiräume und Grenzen eines Historikers im DDR-System. Reflexionen sechs Jahre danach, in: K. H. Pohl (Anm. 2), S. 29.

39 K. H. Pohl, ebd., S. 7.

wir wissen – schmerzlich sein kann, weil sich nichts mehr nachholen läßt, was in der Biographie nicht vorkommt. Stets liegt zwischen der Erinnerung des einen und dem, der sie verstehen möchte, ein Bruch. Ohne diese Reflexion aus Negation und Selbstverständnis gäbe es keine geschichtliche Erkenntnis. Geschichtliches Erkennen vollzieht sich im Leben selbst als Kritik, als Erinnerung und Abschied, Aufnahme und Verwerfung, Leben und Tod. Deshalb verkraftet das Abschiednehmen, das zum Leben gehört, die Ironie des Historikers nur schwer, zumal sich niemand gerne vom anderen belehren lassen möchte, wie kritisch er mit sich, seiner Biographie und dem Abschiednehmen umzugehen habe. Die Intimität des Abschiednehmens, von dem gesagt wurde, die DDR-Bürger hätten davon in den letzten Jahren „ein Übersoll“ gehabt<sup>42</sup>, wird dann zur „Sentimentalitätsfalle“, wenn – um im Bild der deutschen Vereinigung zu bleiben – alles, was der Einheit mißlingt, die Nostalgie einer vermeintlich „schöneren“ und „besseren“ Vergangenheit heraufbeschwört.

Unter einem biographiegeschichtlichen Forschungsaspekt dienen die publizierten lebensgeschichtlichen Reflexionen ostdeutscher Historiker gewissermaßen als Leitfaden und kritisches Korrektiv für das Arrangement von retrospektiven „Interviews“ und dialogischen Gesprächen mit ihnen. Bereits im Vorfeld der autobiographischen „Bekenntnisse“ werden, um mit Droysen zu sprechen, dem „forschend verstehenden“ Interpret die Grauzonen der vermeintlich „heilen Welt der Diktatur“<sup>43</sup> sichtbar – aber auch nur dann, wenn man sie Stück für Stück aus den Selbststilisierungen von vermeintlich „ideologiefreien Spielwiesen“, fachwissenschaftlichen „Nischen“ und den eingeschränkten Möglichkeiten der individuellen Verweigerung im Herrschaftssystem der DDR kritisch herausfiltert. Darüber geben in dem von K. H. Pohl herausgegebenen Band *Betroffene Auskunft: ostdeutsche Historiker, die über die kritische Aufarbeitung ihrer eigenen Biographie reflektieren und denen dabei nicht nur in einer selbstgefälligen Rechtfertigungsattitüde kleine Widerständigkeiten und Akte eigener Autonomie, sondern auch der geflissentlichen Anpassung und stumpfen Unterwerfung einfallen.*

Joachim Petzold, Neuzeithistoriker und von 1956 bis 1991 namhafter Mitarbeiter am Institut für

42 Stefan Wolle, *Der endlose Abschied. Gedanken eines Historikers über sechs Hauptschwierigkeiten beim Schreiben von DDR-Geschichte*, in: Berliner Zeitung vom 21./22. 3. 1998, S. 3.

43 Ders., *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998.

Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, stellt seine biographische Reflexion hinter die Erörterung des allgemeinen Phänomens von politischem Auftrag und wissenschaftlicher Verantwortung von Historikern in der DDR zurück. Zu den bedingungslosen Apologeten einer staatsaffirmativen DDR-Geschichtswissenschaft schien er nicht zu gehören. Wer seine historiographischen Beiträge, die nach der Wende entstanden sind, liest, entdeckt in ihnen das zerbrochene Selbstbewußtsein eines DDR-Historikers, der dabei ist, seine eigene Vergangenheit „objektiv“, unter weitgehender Umgehung der dunklen Kammern der Erinnerung, aufzuarbeiten. Die Ich-Erzählung meidet Petzold mit Bedacht. Doch eine kritische Aufarbeitung der eigenen Biographie müßte sich der Forderung stellen, die Wolfgang Küttler nach der Wende ausgesprochen hat: „Wer als Mitbetroffener in die Debatte (um den Standort der DDR-Historiographie zwischen Politik und Wissenschaftlichkeit – d. Verf.) eingreift, muß sich immer auch der Tatsache bewußt sein, daß die Zusammenhänge von Last und Leistung, von Wissenschaft und Staatsaktion, über die er in der dritten Person berichtet, auch in der Ichform gedacht und erzählt werden müßten.“<sup>44</sup>

Petzolds auffällig distanzierendes Verhältnis zur „Subjektivität“ bekunden seine Publikationen aus jüngster Zeit<sup>45</sup>. In dem 1997 erschienenen Buch *„Ideale und Idole im Schatten Hitlers und Stalins“* spricht Petzold im Vorwort davon, daß „der Verfasser“ im Sommer 1992 am Forschungsschwerpunkt *Zeithistorische Studien in Potsdam* „den Auftrag“ erhalten habe, „zu untersuchen, wie sich die politische Bewußtseinsbildung jener jungen Menschen vollzog, die in den Gründerjahren der DDR ihre Oberschulzeit abschlossen ... und fast ihr ganzes Berufsleben in der DDR verbrachten“<sup>46</sup>. Was Petzold „mentalitätsgeschichtlich“ thematisiert, soll durch „Objektivität“ überzeugen.

44 Wolfgang Küttler, *Zwischen Wissenschaft und Staatsaktion. Zum Platz der DDR-Historiographie in der „Ökumene der Historiker“*, in: Berliner Debatte/Initial, (1991) 2, S. 142.

45 Joachim Petzold war zweimal Gesprächspartner in dem in Anm. 19 genannten Forschungsprojekt *„Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein“*. Darüber hinaus nahmen er und seine Ehefrau, Waltraud Petzold, an der Braunschweiger Tagung vom 26./27. September 1997 als Referenten bzw. Gesprächspartner teil. Zu den Publikationen Joachim Petzolds vgl. ders., *Zum Verhältnis zwischen FDJ und Junger Gemeinde bis 1953*, in: Helga Gotschlich (Hrsg.), *„Links und links im Schritt gehalten ...“*. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Berlin 1994, sowie ders., *Ideale und Idole im Schatten Hitlers und Stalins*. Dresdener Oberschüler auf dem Wege aus dem Dritten Reich in die DDR, Potsdam 1997.

46 J. Petzold, ebd., S. 10.

Für ihn ist die Erinnerung keine verlässliche Kategorie der Geschichtserkenntnis, die „Oralhistorie“, wie er es nennt, ein fragwürdiges Unterfangen. Fast hat es den Eindruck, als folge er unbeirrt einem historistischen Objektivismus mit dem Ziel, „subjektive Erinnerungen und private Dokumente durch objektivere Belege und allgemein zugängliche Archivalien zu ersetzen“<sup>47</sup>.

Diesem Anspruch zum Vorteil gereichte der heuristische Umstand, daß Petzold archivalische Materialien in Form von Abituraufsätzen aufbewahrte, die er als Quelle und „Hinterlassenschaften“ der ehemaligen Oberschule Dresden-Nord bzw. des altsprachlichen Gymnasiums Minden/Westfalen in seine vergleichende Analyse einbezieht. Ein weiterer günstiger Quellenumstand ergab sich für Petzold im Auffinden seiner autobiographischen Zeugnisse in Form von Schulaufsätzen und diversen Unterrichtsaufzeichnungen der Oberschule Dresden-Nord, an der er, Jahrgang 1933, Pennäler gewesen war und als Sohn einer Arbeiterfamilie 1951 sein Abitur absolviert hatte. Gänzlich solle der „Zeitzeuge“ nun doch nicht hinter dem „Historikerideal“ zurückstehen, und sicherlich werde die „Bewußtseinsforschung“ nicht ohne die Erinnerungen der Zeitzeugen auskommen, auch wenn man in ihnen nur einen Reiz sehen mag, „angemerkt zu bekommen, wie ein dokumentarisch faßbarer Vorgang persönlich erlebt wurde und die Welt aus betroffener Sicht aussah“.

Bei dieser erfahrungsgeschichtlichen Textstelle seiner Biographie wechselt Petzold allerdings die grammatische Person:

*„Ich war zwar fast immer Klassenvertreter und erbrachte im Geschichtsunterricht über dem Durchschnitt liegende Leistungen . . . Aber eine besondere Rolle im Schulleben oder gar in politischen Organisationen habe ich nicht gespielt. Ich wurde – sowohl altersbedingt als auch zur Zurückhaltung erzogen – mehr geführt, als daß ich selbst geführt hätte. Ich war Suchender, dem vieles verborgen blieb. Die Betroffenheit im doppelten Sinne hielt sich in Grenzen. Erst als es 1949 um die Gründung zweiter deutscher Staaten, um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und vor allem um den Kult um Stalin ging, kam ich in Schwierigkeiten, die über meine Dresdener Schulzeit hinaus reichen sollten. Diese lassen sich jedoch nicht mit denen derer gleichsetzen, die öffentlich protestierten und dafür bestraft wurden. Ich habe in den Auseinandersetzungen meist zu vermitteln und auszugleichen versucht . . . Früh wurde mir beigebracht und schließlich durch eigene Erfah-*

*rungen bestätigt: Niemand hat das Recht, die absolute Wahrheit für sich zu beanspruchen und anderen seine Ansichten aufzuzwingen . . .“<sup>48</sup>*

Die Legitimationsthematik, von der eingangs die Rede war, wird in dieser Passage in narrativer Komprimierung berührt – eine Thematik, die das biographische Spannungsverhältnis jener Einheit der Gegensätze zwischen politischer Indienstnahme durch Staat und Partei und persönlicher, innerer Verweigerung variiert. Diese Ambivalenz begleitete Joachim Petzolds Historikerlaufbahn anscheinend auch über die Schockerfahrung des biographischen Einschnitts von 1989 hinaus. Ein Historiker von Rang, der nach seinem Studium an der Berliner Humboldt-Universität „ununterbrochen bis zu dessen Auflösung 1991 am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR“<sup>49</sup> gearbeitet hatte, sah sich – wie die meisten Historiker der DDR – „nach der Wiedervereinigung Deutschlands“ dem „Vorwurf“ ausgesetzt, Eigenverantwortung zu tragen für die „hochgradige Politisierung der Geschichtswissenschaft“<sup>50</sup>. In einer Leserzuschrift an die Redaktion der ZfG aus dem Jahre 1994<sup>51</sup> reagierte Petzold auf die „Verleumdung“ durch Armin Mitter und Stefan Wolle, vor allem auf ihren Artikel in der „Wochenpost“ vom 28. Oktober 1993: „Wem gehört die DDR-Geschichte?“, mit der – in den Worten Petzolds – „sachlichen Feststellung“, „beiden Historikern“ sei „an den Geschichtsinstituten der Akademie der Wissenschaften der DDR das nicht widerfahren, was sie nunmehr am Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien“ forderten, kurz: die Ausbootung der einst etablierten DDR-Historiker.

Im Grunde aber ging es (und geht es nach wie vor) in jener Debatte um die Frage, in welchem qualitativen Verhältnis bei der historischen Aufarbeitung die Auseinandersetzung mit der eigenen biographischen Rolle im Wissenschaftssystem der DDR zu der vielfach benutzten Rechtfertigungsformel steht, als DDR-Historiker lediglich die Weisungen Kurt Hagers befolgt zu haben. Petzold selbst argumentiert in diesem Kontext – ohne es direkt zu benennen – in biographiegeschichtlicher Absicht, wenn er darüber nachdenkt, daß es „Entwürfe, Gutachten und Protokolle im Privatbesitz“ gebe, ohne deren Kenntnis keine „umfassende Bewertung“ der internen Auseinandersetzungen unter

48 Ebd., S. 17 f.

49 Ebd., S. 10.

50 Joachim Petzold, Politischer Auftrag und wissenschaftliche Verantwortung von Historikern in der DDR, in: K. H. Pohl (Anm. 2), S. 94 ff.

51 Vgl. ZfG, (1994) 3, S. 258–261.

47 Ebd., S. 17.

Historikern der DDR möglich sei<sup>52</sup>. Es drängt sich dabei die Frage auf, was für einen DDR-Historiker politischer Auftrag bedeutete und wie er diesen mit seinem Wissenschaftsethos als Fachhistoriker vereinbaren konnte. Wichtig bleibt für die Bewertung, daß die Historiker der DDR in ihrem biographischen Zwiespalt, in den sie nach der Wende geraten waren, an den Spuren von Anpassung und Eigenständigkeit gemessen werden, die sie in ihren wissenschaftlichen und didaktischen Publikationen vor und nach der Wende hinterlassen haben.

Aus der Rückschau entzieht sich Petzold seiner Verantwortlichkeit für die Funktionalisierung und Politisierung von Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung in der DDR nicht. Auch Historiker, die sich im Schutze des XX. Parteitages der KPdSU gegen den Stalinismus wandten, hätten ihre wissenschaftliche Tätigkeit als einen politischen Auftrag verstanden. Sie hätten sich zumindest Mühe gegeben, die angebliche Gesetzmäßigkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus in den beiden Weltkriegen nachzuweisen. „Der Verfasser“ habe zwar nie zu denen gehört, „die Entscheidungen beeinflussen konnten, aber er sei „während seiner gesamten Berufstätigkeit auf seinem Arbeitsgebiet mit ihrer Umsetzung befaßt und insofern mitverantwortlich“ gewesen<sup>53</sup>. Auch habe man immer mit Konsequenzen rechnen müssen, wenn man etwas publizierte, was im direkten Gegensatz zu den Weisungen der SED-Partei-führung stand. Diese Erfahrung habe er bei seiner Dissertation über die Dolchstoßlegende machen müssen, weil dieses Thema grundsätzlich die Frage für die DDR-Historie behandelte: „Wie halten wir es mit der Weimarer Republik?“ Fazit:

*„Die meisten Historiker der DDR und mit ihnen der Verfasser verschlossen sich nicht dem Auftrag, politisch im Sinne der DDR zu erziehen. Es gab in dieser Beziehung lediglich deutliche Abstufungen unter den Historikern. Einige hatten keine Hemmung, zum Mittel der direkten Geschichtsfälschung zu greifen und beispielsweise den antifaschistischen Kampf der KPD in der Weimarer Republik in einem Buch zu rühmen, ohne zu sagen, daß mit Faschismus auch die Sozialdemokratie als dessen angebliche Filiale gemeint war. . . . Nur ganz wenige Historiker haben in der DDR ihre Mitarbeit verweigert und ihre Zuflucht in historiographischen Nischen gesucht. Der Verfasser hat nicht zu ihnen gehört, sondern darauf gehofft, daß die wissenschaftlichen Freiräume im Laufe der Zeit größer würden. . . .“<sup>54</sup>*

Ein Schnitt durchzieht Petzolds Geschichtspublizistik. Wissenschaftliche Diskursivität und Kommunikation und nicht polemische Aktualisierung von Geschichte wäre das Ziel, wonach der Geschichtswissenschaftler im Idealfall strebt. Die Forschungen zur Genesis der nationalsozialistischen Weltanschauung, von sozialdarwinistischen Ideenspendern ausgehend und alldeutschen Verbandsvertretern über jungkonservative Publizisten um Moeller van den Bruck bis hin zu Chefideologen vom Schlage Alfred Rosenbergs, wie sie in Petzolds bekanntesten Publikationen vor 1989 repräsentiert sind<sup>55</sup>, ruhten auf den festen Fundamenten einer lange unerschütterbaren marxistisch-leninistischen Faschismustheorie. So schien die Aussage Henry A. Turners in der seinerzeitigen Bewertung führender Faschismustheoretiker der DDR, der moderne Kapitalismus sei kaum zu verteidigen, falls die These zuträfe, daß der Faschismus sein Produkt sei, „wohl eher unfreiwillig als absichtlich“ zustande gekommen zu sein<sup>56</sup>. Selbst Turners Synonymisierung von „Faschismus“ und „Kapitalismus“ war keineswegs originär. Ihr war Theodor Geigers frühe wissenschaftliche Position aus dem Jahre 1932 bezüglich der Transformation der proletaroiden in die faschistoiden Mentalitätsgruppen vorgelagert. Auch die mit dem „Enttypisierungsschock“ umschriebene neuere Forschungserfahrung<sup>57</sup>, die die Hypothese bestätigt, daß Wirtschaftswundermentalität im Westen und antifaschistische Siegeshoffnung im Osten auf den Faschismuserfahrungen als Vorgeschichte der ost- und westdeutschen Nachkriegsgeschichte auflagen und man „hinterher“ erst merkt, „daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“, hat nach 1989 kaum an historisch-politischem Analysewert verloren.

Martin Lintzels Postulat von der wissenschaftlichen Verantwortung des Historikers, auf das sich Joachim Petzold in seinem Beitrag über „die Lampes und die Hapes“ – einem Thema zum Verhältnis von parteipolitischer Anpassung und autonomer Wissenschaftlichkeit – selbst bezieht<sup>58</sup>,

55 Vgl. hierzu die Auflistung in der Anm. 5, in: J. Petzold, Ideale und Idole (Anm. 45), S. 11.

56 Vgl. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.), Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin (DDR) 1980, darin u. a. auch der Beitrag von Joachim Petzold, Die Entstehung der Naziideologie, S. 261–278.

57 Vgl. Lutz Niethammer (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn 1983.

58 Joachim Petzold, Die Auseinandersetzung zwischen den Lampes und den Hapes. Zum Konflikt zwischen Parteidoktrinen und Geschichtswissenschaftlern in der NS-Zeit, in der SBZ und in der frühen DDR, in: ZfG, (1994) 2, S. 101–117.

52 Vgl. hierzu J. Petzold (Anm. 50), S. 95.

53 Ebd., S. 100.

54 Ebd., S. 103.



stellt den Grundgedanken einer um den Wertebegriff bei Max Weber erweiterten Historik in den Mittelpunkt, daß „jedes Geschichtsbild“ auf „Auslese und Wertung“ beruhe und insofern „subjektiv“ bedingt sei. Gerade diese Tatsache, so Lintzel, gebe uns keinen Freibrief, „nun nach unserem Belieben die Geschichte zu modeln“. Wenn man aus der Geschichte lernen wolle, so könne man sie „nur so gebrauchen, wie sie ist, und nicht, wie man sie sich wünscht“. Im Kontext der kontroversen Bewertungen der besonderen staatsaffirmativen Rolle, die die DDR-Historie spielte, ist die grundsätzliche Überlegung nicht ohne Belang, daß wohl erst im biographischen Dialog sich für den betroffenen Historiker die Gewissensfrage stellt, wann und wie die Historie und ihre Funktionsträger durch die Politik benutzt wurden. Wer sich der Politik verpflichtet, muß sich vor der Politik verantworten.

Als sich die politischen Beziehungen der DDR zum westlichen Ausland in den achtziger Jahren „normalisiert“ hatten, strebte die marxistisch-leninistische Geschichtsforschung nach Anerkennung innerhalb der internationalen „scientific community“ und speziell nach innerdeutscher Breitenwirkung ihrer historiographischen Erträge, sofern man dieser „Öffnung nach außen“ nicht bloß die administrative Intention einer Parteiideologie unterstellt, die darauf hinauslief, auf dem Gebiet der gespaltenen deutsch-deutschen Geschichtsvermittlung Terrain zu gewinnen und die DDR überhaupt als das bessere Erbe der deutschen Geschichte anzubieten. Gewiß war die Lizenzausgabe eines Buches zur Kulturgeschichte des „königlichen“ Schachspiels<sup>59</sup> in Westdeutschland politisch unverfänglich, betriebswirtschaftlich jedoch devisenverdächtig. Eine „kämpfende Wissenschaft“<sup>60</sup>, wie es die DDR-Geschichtswissenschaft auch war, sah sich in der politischen Pflicht, ihre wissenschaftlichen Produkte auch auf der Basis „volksnaher“ und populärwissenschaftlicher Schriften zu vermitteln sowie für Verbreitung zu sorgen. Man mag über den geschichtsdidaktischen Stellenwert von Klappentexten geteilter Meinung sein, 1984 jedenfalls wurde beim Frankfurter Röderberg-Verlag der Band Joachim Petzolds „Faschismus. Regime des Verbrechens“ wie folgt angekündigt:

59 Vgl. ders., Schach. Eine Kulturgeschichte (1986); Lizenzausgabe in der Bundesrepublik unter dem Titel: Das Königliche Spiel. Die Kulturgeschichte des Schach, Stuttgart 1987.

60 Walter Frank, Kämpfende Wissenschaft, Hamburg 1934, zitiert nach: Georg G. Iggers, Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR aus der Sicht der USA, in: K. H. Jarausch (Anm. 1), S. 61.

*„Wir legen hier die Antworten eines Historikers aus der DDR auf Fragen vor, die auch – und gerade von jungen Menschen – bei uns in der Bundesrepublik gestellt werden. Dr. Joachim Petzold . . . befaßt sich seit langem mit der Erforschung faschistischer Ideologien. In unserem Verlag ist bereits sein Buch ‚Die Demagogie des Hitlerfaschismus‘ erschienen, beim Pahl-Rugenstein Verlag das Buch ‚Wegbereiter des Faschismus‘. Nicht alle Leser werden den Standpunkt von Dr. Petzold teilen. So wird zum Beispiel seine Darstellung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik umstritten sein. Aber es lohnt sich, über die Argumente von Dr. Petzold nachzudenken. Die Probleme, die er behandelt, gehen uns alle an. Stellungnahmen sind erwünscht. Der Autor ist zu einem Streitgespräch bereit.“*

Auf die nicht nur in der Geschichtswissenschaft in Ost und West, sondern auch von Zeit zu Zeit im politischen Umfeld heftig diskutierte Frage, warum die „antifaschistische Aktionseinheit“ zwischen SPD und KPD in den dreißiger Jahren nicht zustande kam, gibt das Buch u.a. folgende Auskunft:

*„Die rechten sozialdemokratischen Führer haben sich – unterstützt von fast der gesamten bürgerlichen Geschichtsschreibung – unablässig bemüht, ihre Kapitulationspolitik zu rechtfertigen. Angeblich wäre ein Generalstreik angesichts eines Arbeitslosenheers von 6 Millionen und des Ausnahmezustandes aussichtslos gewesen . . . Offensichtlich hatten die SPD-Führer Angst, das Risiko eines Widerstandes zu tragen. Hinter dieser Furcht stand ihr – von Erich Honecker mit Recht als pathologisch bezeichneter – Antikommunismus, der wiederum ganz unmittelbar mit dem Übergang ins Lager der Bourgeoisie zusammenhing . . .“<sup>61</sup>*

#### IV. Die Wende als Lernprozeß

Mit dem politischen Ende der DDR-Geschichtswissenschaft stand auch ihre einstige marxistische Ausgangslage zur Disposition. „Daß unsere Geschichtsschreibung . . . politische Ziele verfolgte“, schrieb Wolfgang Ruge in einem persönlichen Nachruf auf sie, „ist unbestritten“<sup>62</sup>. Geschichtswissenschaft sei „von Natur her“ eine „eminent politische Wissenschaft“. Das Versagen der DDR-

61 Joachim Petzold, Faschismus. Regime des Verbrechens, Frankfurt am Main 1984, S. 73 f.

62 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, (1993) 3, S. 587.

Geschichtswissenschaft sieht Ruge in der „Spezifik unserer Fehlprognosen“ aufgrund der angenommenen „Gesetzmäßigkeiten“, die die Grundlage der marxistischen Geschichtsauffassung bildeten. Es gelte, von der Vorstellung Abschied zu nehmen, die Geschichte verlaufe als vorherbestimmter und vorhersehbarer Prozeß der Abfolge von Gesellschaftsformationen. Der die gesamte Sozialismusidee tragende Gedanke von Marx und Engels habe sich als Illusion erwiesen, die alle Träume vom planmäßigen Aufbau einer auf Vernunft fußenden Gesellschaft zerrinnen ließ.

Wenn von den Träumen einer sozialistischen Gesellschaft nicht viel geblieben ist, scheint die Frage immerhin berechtigt, ob der Marxismus auch als wissenschaftliche Methode gänzlich seine Relevanz verloren habe<sup>63</sup>. Es ist nicht zu übersehen, daß die Berufung auf das Scheitern des Marxismus manchem „Marxisten“ als biographisches Alibi dient, sich selbst zu spät mit dem „frühen Marx“ befaßt zu haben. Denn die Vereinfachungen und Dogmatisierungen der Marxschen Philosophie schufen erst die Marxisten<sup>64</sup>.

So mag denn der große Philosoph des Kommunismus nach dem Mißerfolg des realsozialistischen Gesellschaftsexperiments allenfalls noch in den kulturkritischen Metaphern seiner „Frühschriften“ zu überzeugen. Für die (Re)konstruktion historischer Prozesse taugt der Positivismus der Marxschen Geschichtsphilosophie dagegen wenig. Die Begrifflichkeiten von den „historischen Akteuren“ und den „Klassen“, die im und durch „Klassenkampf“ Geschichte „machten“, sind hohl geworden. Die Analyse von „Klassenbewußtsein“ hat sich auf das Individualbewußtsein, sozusagen vom Bauch wieder zum Kopf hin, verlagert, und auch die Analysemethoden und das Forschungsdesign sind differenzierter geworden.

Die *Bewußtseinsgeschichte* des Einzelnen wäre in erster Linie zu erforschen als ein individualisierter Prozeß der Aneignung von Geschichte. Und nur in der Summe von Bewußtseinsgeschichten entstehen *Mentalitäten*, so daß eine Bibliothek von Ein-

zelbiographien die Voraussetzung bildete für die soziographische Erfassung von Mentalitäten.

Für die Ostler wie die Westler müßte die Wende auch als biographischer Lernprozeß begriffen werden. Vor 1989 waren die Geschichtswissenschaften in beiden deutschen Staaten in Positionen erstarrt, gespalten in Forschungs- und Erklärungsansätzen, gespalten auch in der Vermittlung von Erkenntnissen und Lehren aus der Geschichte. Es wurde gegeneinander geforscht. Was die DDR-Historie betrifft, so war der Gegner oder „Klassenfeind“ stets im Visier, trotz oder gerade wegen des privilegierten Zugangs der hochrangigen DDR-Historiker zum bibliothekarischen „Giftschrank“. Das dichotomische deutsche Weltbild aus Zeiten des Kalten Krieges schuf Zerrbilder des anderen, und der Historiker oder Didaktiker jenseits der Elbe wurde aus der Fernsicht der DDR unbedenklich mit dem Etikett des „Faschisten“ oder „Neofaschisten“ versehen. Dennoch lagen in der Zeit der deutschen Spaltung die Forschungsthemata nicht durchweg so weit auseinander, wie es den Anschein haben konnte. Wo auf beiden Seiten der Grenze über den „alltäglichen Faschismus“ und die kleinen „Nazis“ geforscht wurde, standen sich Historiker aus Ost und West beispielsweise in der Frage, was die, die damals „dabei“ waren, wissen konnten und was sie heute nicht mehr zu wissen vorgeben, sehr nahe<sup>65</sup>. Darüber sollten sich Historiker und Geschichtsvermittler aus Ost und West unterhalten, und sie können es nunmehr auch, denn die Geschichte hat mit der Wende eine Begegnung zwischen uns möglich gemacht. Nicht zum Ende kam die Geschichte, sondern sie bestätigte sich als eine Geschichte ohne Ende.

Zählten sich die DDR-Historiker einst zu den Siegern, so müssen sie sich heute zu den „Verlierern“ der Geschichte rechnen lassen. Aus der Sackgasse, in die die Diskussion um die sogenannte „innere Erneuerung“ an den Hochschulen in den neuen Bundesländern geraten ist, helfen weder geharnischte Selbstverteidigungsargumente auf ostdeutscher noch narrative Hegemonialansprüche auf westdeutscher Seite. Eine Mentalitätsforschung ohne Sensibilität schafft ohnehin nur ein gestörtes Verhältnis zu einer dringend notwendigen dialogischen Geschichtsaufarbeitung. Ein nicht selten zu beobachtendes „westdeutsches“ Selbstverständnis vom geradlinigen Geschichtsverlauf hin zu einer

63 Vgl. Georg G. Iggers, Was bleibt von der marxistischen Geschichtswissenschaft? Ein ost-westlicher Vergleich, in: K. H. Jarausch/M. Middell (Anm. 1), S. 121 ff.

64 Vgl. die feinfühligste Nachbetrachtung Alf Lüdtkes zu einer differenzierenden Marx-Analyse vor allem „westlicher“ Marx-Exegeten gegenüber einer grobschlächtigen, zum Ritual erstarrten „östlichen“ Marx-Rezeption, in: ders. (Hrsg.), Was bleibt von marxistischen Perspektiven in der Geschichtsforschung?, Göttingen 1997, sowie ders., Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/98, S. 3–16, insbes. Anm. 59.

65 Vgl. z. B. Kurt Pätzold/Irene Runge, Pogromnacht 1938, Berlin (DDR) 1988, S. 77; Lothar Steinbach, Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich, Bonn 1983 (Neuaufgabe 1995), S. 61, sowie die Rezension meines Buches seinerzeit durch Kurt Pätzold, in: ZfG, (1984) 8.

demokratischen Weltgesellschaft ignoriert die Wende als einschneidenden Bewußtseinsschock und vor allem die massenhaften Biographiebrüche, die eigentlich nur die Ostdeutschen zu verkraften haben<sup>66</sup>.

Kein biographischer Rechtfertigungsdruck lastet auf den meisten Historikern und Geschichtsvermittlern aus Deutschland-West. Durch die Wende wurden sie in ihrem historischen Selbstbewußtsein nicht gebeutelt. Eingebunden in eine marktwirtschaftlich-liberalistische Lebenswelt, aufgestiegen zu Rang und Prestige, vom Berufserfolg verwöhnt, tun sie sich schwer, ihre Biographien nach den Kriterien der politischen Ereignisgeschichte zu strukturieren, weil für sie der Umbruch von 1989 allenfalls als Glücksfall der Geschichte in Erscheinung trat, von den ökonomischen und sozial mißliebigen Folgen der Vereinigung einmal abgesehen. In dem Maße, wie die „Wiedervereinigung“ vielen Westdeutschen als „Wolkenkuckucksheim“<sup>67</sup> er-

66 Vgl. Felix Philipp Lutz, Verantwortungsbewußtsein und Wohlstandschauvinismus: Die Bedeutung historisch-politischer Einstellungen der Deutschen nach der Einheit, in: Werner Weidenfeld u. a. (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte, Köln 1993, S. 172.

67 Lutz Niethammer, Zwischen Freiheit und Einheit. Über die Gegenwart deutscher Vergangenheit, in: Geschichtsdidaktik, (1980) 2, S. 203.

schieen, stand ihr Desinteresse am ehemals anderen Deutschland in einem entsprechenden Verhältnis.

In der Asymmetrie der biographischen Strukturierung von Geschichtserfahrung ist nach 1989 eine Unterschiedlichkeit der Ausprägung von kritischem Geschichtsbewußtsein zu konstatieren, das, wie es scheint, ein Gefälle zwischen Ost und West aufweist. Es wäre an der Zeit, daß sich auch die Westler einem Lernprozeß unterziehen. Doch das vielbeschworene Lernen aus der Geschichte und ein Voneinanderlernen nach der Wende wird wahrscheinlich erst gelingen können, wenn die Zeitgenossen beginnen, sich bedingungslos und kritisch auf ihre disparaten Vergangenheiten als einem wechselseitigen Wirkungsprozeß einzulassen; wenn sie nicht mehr nur übereinander reden, sondern im Dialog versuchen, über unterschiedliche Geschichtserfahrungen und Geschichtsbewertungen miteinander zu sprechen. Daß käme einem Lernprozeß gleich, an den wir uns erst noch gewöhnen müßten. Die Diskussion darüber ist also noch nicht abgeschlossen, welcher diskursive Weg einzuschlagen sei, um den Problemen des gespaltenen Verhältnisses der Deutschen zu ihrem kollektiven Geschichtsbewußtsein und dem inneren Einigungsprozeß auf den Grund zu gehen.

## **Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/98, S. 3–15

Die Frage nach dem Ort der Bundesrepublik Deutschland in der Geschichte hat nicht nur die historische und politische Wissenschaft beschäftigt. Zwischen 1949 und 1989 haben vielmehr die politischen Eliten in verschiedenen Phasen und mit unterschiedlichem Erfolg immer wieder versucht, Traditionen zu bilden und Erinnerung zu gestalten. In öffentlichen Konflikten über die deutsche Vergangenheit wurde um die grundlegenden Vorstellungen, Normen und Werte der Bundesrepublik gerungen. Diese Konflikte – die immer vor dem Hintergrund einer doppelten Diktaturerfahrung (NS-Vergangenheit und gegenwärtiges SED-Regime) sowie der deutschen Teilung stattfanden – veränderten nachhaltig die politische und die Geschichtskultur im Westen Deutschlands. Damit ist ein Politik- und Handlungsfeld in der Demokratie angesprochen, das bisher wenig beachtet worden ist: die Geschichtspolitik.

Im ersten Teil der Ausführungen werden die Kategorien Geschichtsbewußtsein, Geschichtskultur und Geschichtspolitik erörtert. Der zweite Teil zeichnet die wichtigsten geschichtspolitischen Kontroversen in der Bundesrepublik Deutschland nach. Ausgehend von den frühen Gründungsmythen 1948/49 werden Erinnerungsstrategien, Inszenierungen und Rituale in den fünfziger Jahren ebenso thematisiert wie die Paradigmenrevision Mitte der sechziger Jahre, die geschichtspolitischen Implikationen der Neuen Ostpolitik seit 1969 und Tendenzen der Geschichtspolitik in der Ära Kohl. Ein wichtiges Ergebnis dieser Konflikte über einen Zeitraum von vierzig Jahren war, daß sich zunehmend ein spezifisches bundesrepublikanisches Geschichtsbewußtsein herausgebildet hat.

## **Herfried Münkler: Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/98, S. 16–29

Ausgehend von der Feststellung, daß offenbar alle politischen Großverbände auf mythische Erzählungen bzw. Überlieferungen angewiesen sind, werden Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als Gründungsmythos der DDR untersucht. Unter Mythos wird dabei eine in der Regel auf ein historisches Ereignis (oder eine Entwicklung) bezogene Erzählung verstanden, die diesem Ereignis eine herausragende Bedeutung für den Fortgang der Geschichte beimißt und einen zentralen Platz im kollektiven Gedächtnis der betreffenden Gemeinschaft einnimmt. Diesen Platz zu sichern dienen politische Texte wie auch literarische Erzählungen, Denkmäler und Straßennamen, Festveranstaltungen und Aufmärsche. In diesem Sinne wird der antifaschistische Gründungsmythos sowohl als Selbstinterpretation der DDR-Gesellschaft als auch als Herrschaftsinstrument der SED analysiert. Nur mit diesem Mythos konnte sich die DDR positiv von der Bundesrepublik abgrenzen und deren ökonomischem „Wohlstand für alle“ die Entlastung bzw. Selbstbestätigung der eigenen Bevölkerung als „Antifaschisten“ und „Sieger der Geschichte“ entgegensetzen. Abschließend wird der politische Nutzen als Legitimationsquelle mit seinen politischen Kosten der Immobilität und zunehmender Verluste an Glaubwürdigkeit in Beziehung gesetzt. Die These ist, daß der DDR-Gründungsmythos durch den instrumentellen Gebrauch der Machthaber so desavouiert worden ist, daß er im Herbst 1989 keine revitalisierende Kraft mehr besaß.

**Lothar Steinbach: DDR-Historie zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik.  
Anmerkungen zu unterschiedlichen Forschungsansätzen und kontroversen Bewertungen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/98, S. 31–44

Unter Kritikern aus Ost und West herrscht Konsens, daß sich die Geschichtswissenschaft in der DDR zwischen Wissenschaftlichkeit und Politik bewegte und die Indiennahme der Historie durch die Politik überwog. Die Debatte über die besondere Rolle der DDR-Historie als einer expliziten Legitimationswissenschaft ist seit der Wende z.T. sehr kontrovers geführt worden, und es ist zu fragen, inwieweit polemische Untertöne als Ausdruck schonungsloser Abrechnung mit den einstigen „Genossen Historikern“ sowohl durch aktengesichertes Wissen als auch durch neue biographische Befunde im Abstand der Jahre einer ruhigeren Diskussion gewichen sind.

Jeder strukturgeschichtliche und aktengestützte Zugriff auf das Thema der Instrumentalisierung der Historie durch die Politik ist verdienstvoll und Voraussetzung für eine problemorientierte Geschichtsforschung. Gleichwohl wird sich die Geschichte der Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung nicht schreiben lassen ohne die Biographien ihrer Funktionsträger. Der Beitrag plädiert daher für eine stärkere historiographische Einbeziehung des Faktors der Biographisierung von Geschichtserfahrung. Biographische Reflexivität könnte einen Ausweg zeigen aus dem Dilemma eines Auf- bzw. Abrechnungsverfahrens bei der fachinternen wie politischen Auseinandersetzung um die DDR-Historie.

Wichtig ist, daß sozialistische Bewußtseinsbildung als eine Einheit von Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung zu verstehen war. Mit der zunehmenden ideologischen Stabilisierung des DDR-Staates arbeiteten Universitätshistoriker, Geschichtslehrer und -methodiker als „Geschichtspropagandisten“ Hand in Hand in Forschung, Lehre und Schulstuben am Idealbild einer „sozialistischen deutschen Nation“. Die Wende verursachte insofern nicht nur existentielle Einschnitte, sondern vor allem Bewußtseinsbrüche. Was einmal für „richtig“ gehalten wurde, erwies sich nunmehr als „falsch“. Ein Umdenkungsprozeß und ein Abschiednehmenmüssen, auch von nicht hinterfragten Geschichtsbildern, setzte für die Ostdeutschen in großem Stil ein. Aufgrund ihrer geistigen Systemnähe und parteilichen Gebundenheit wird einigen DDR-Historikern vor allem von westdeutschen Kritikern, die ihrerseits von der Zäsur von 1989 biographisch verschont geblieben sind, allenfalls noch die erkenntnisfördernde Rolle von historischen Auskunftspersonen zgedacht.

Fast zehn Jahre nach der Wende ist es allerdings an der Zeit, daß auch die Westdeutschen lernen, vor dem Hintergrund der deutschen Einheit über sich selbst und den Abbau so mancher Befangenheiten gegenüber dem „Osten“ nachzudenken, die in 40 Jahren deutscher Teilung gewachsen sind. Denn das vielbeschworene Voneinanderlernen wird wohl erst gelingen können, wenn die Zeitgenossen beginnen, sich bedingungslos und kritisch auf ihre disparaten Vergangenheiten als einen wechselseitigen Wirkungsprozeß einzulassen, und versuchen, im Hinblick auf ihre unterschiedlichen Geschichtserfahrungen und Geschichtsbewertungen miteinander statt übereinander zu sprechen.